

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**TUIS: Gefahrenabwehr
mindert Risiko
Neue Gesetzesvorlagen vom
Bundestag verabschiedet**





Praktische Ziele „zum Anfassen“ sind der beste Ansporn für jeden Helfer. Auf diesen kurzen Nenner läßt sich die Maxime bringen, nach der Horst Uffmann seinen Instandsetzungszug in Halle/Westfalen führt. An solchen Zielen herrschte für die Helfer vom Teutoburger Wald bisher kein Mangel – nicht zuletzt ein Verdienst des 50jährigen Zugführers.

Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Horst Uffmann aus Halle/Westfalen

„Jahrelang in den Startlöchern aber nichts passiert – das kann für einen gut ausgebildeten Helfer ganz schön frustrierend sein!“ Horst Uffmann kennt die Situation aus eigener Erfahrung. Für „seinen“ THW-Instandsetzungszug in Halle/Westfalen waren Einsätze bisher ausgesprochen rar. Eine wirkliche Katastrophe ist heute jedoch auch nicht mehr notwendig, um die Leistungsfähigkeit der Helfer vom Teutoburger Wald unter Beweis zu stellen. Nach dem Motto, „Wer keine einsatzmäßigen Bedingungen hat, der schafft sich welche“, wurden die Männer um den 50jährigen Zugführer aktiv. Das Ergebnis ist ein Übungsgelände mit Modellcharakter (siehe auch Heft 10/89). Dazu Horst Uffmann: „Die Übungsstrecke war ein Ziel, auf das der gesamte Zug hingearbeitet hat. Schon beim Bau kamen viele Bereiche der Ausbildung zum Tragen und es entstand etwas, das auch nach Dienstschluß noch greifbar war.“

Teamgeist gefordert

Das Projekt, das den Teamgeist des I-Zuges forderte und förderte, ist bezeichnend für die Art, wie Uffmann seine Helfer zu überdurchschnittlichen Leistungen motiviert. Und so ist es nicht verwunderlich, daß auch sein eigener Werdegang im THW von Engagement geprägt ist, das über den normalen Dienstbetrieb hinausgeht.

Horst Uffmann bezeichnet sich scherzhaft als „Überläufer“. Nach neun Jahren aktiver Mitarbeit im Deutschen Roten Kreuz, Ortsverband Ravensberg-Halle, wechselte er zum Technischen Hilfswerk. „Ich hatte damals eine Werbeveranstaltung des THW besucht und war sofort interessiert. Als gelernter Elektriker konnte ich meinem technischen Interesse freien Lauf lassen und auch das THW war natürlich daran interessiert, Fachleute zu verpflichten“, erinnert er sich. Uffmann verpflichtete sich im Mai 1973 zur Mitarbeit im THW. Bis dahin war Horst

Uffmann zum THW gekommen – jetzt kam der THW zu ihm: Als der OV Halle eine neue Unterkunft suchte, stellte „der Neue“ kurzerhand einen Teil des elterlichen Bauernhofes zur Verfügung, der schon seit Jahren nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wurde.

Engagement als Vorbild

Acht Jahre später beginnt Uffmanns „Karriere“ auch in seiner Personalakte: 1981 Gruppenführer, 1982 Truppenführer und schließlich am 1. April 1984 Zugführer. Daß es sich dabei trotz des Datums nicht um einen Aprilscherz gehandelt hatte, bewies Horst Uffmann wiederum drei Jahre später. Beim Landeswettbewerb des Instandsetzungsdienstes belegte er mit seinem Zug den ersten Platz trotz starker Konkurrenz aus dem Einzugsbereich des LV V, Nordrhein-Westfalen.

Aber auch die „Konkurrenz“ im eigenen Hause kommt nicht zu kurz: Seit Jahren achtet Uffmann darauf, daß sich der Ortsverband, der „nur“ aus ebendiesem I-Zug besteht, auf versierte Führungskräfte stützen kann. So nimmt die Ausbildung denn auch einen besonders weiten Raum im Dienstbetrieb der Haller ein. Horst Uffmann, der sich zwischenzeitlich zum „Prüfer Grundausbildung“ qualifiziert hat, kümmert sich regelmäßig in eigenen Ausbildungsgruppen um die Vermittlung der Grundkenntnisse, wobei das Übungsgelände besonders dienlich ist.

Überschaubare Strukturen

„Gerade ein kleiner Ortsverband wie Halle bietet für solche Projekte die idealen Voraussetzungen“, schildert Uffmann im Gespräch mit dem Bevölkerungsschutz-Magazin, „In diesem Rahmen bleibt alles über-

schaubar, jeder kennt jeden.“ So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß die Helfer sich auch nach dem Dienst schon mal zusammensetzen und über neue Pläne reden. Auch, wenn Horst Uffmann Unterstützung sucht, um außerhalb des Dienstes Vorbereitungen zu treffen, fehlt es nie an Freiwilligen. Daß er in dieser Hinsicht über eine gewisse Überzeugungsgabe verfügt, beweist er auch in der eigenen Familie: Axel, einer seiner beiden Söhne, ist in den Zug seines Vaters eingetreten. Inzwischen ist er auf dem Weg zum Jugendgruppenbetreuer ...

Erfolgslebnisse notwendig

Auf die Frage, was er im THW verändern würde, wenn er die Möglichkeiten dazu hätte, unterstützt der Zugführer den Entwurf des THW-Helferrechts-Gesetzes: „Eine solide Rechtsgrundlage für das THW würde uns auch im Gesellschaftsgefüge eine neue Stellung verschaffen. Wir brauchen aber auch außerhalb von Katastrophenfällen Einsatzmöglichkeiten, die den Helfern beweisen, daß ihr Engagement im THW auch praktisch sinnvoll ist. Das könnten Einsätze im Bereich des Umweltschutzes oder bei der Elektro-Instandsetzung sein. Gerade der I-Dienst bietet da vielfältige Möglichkeiten, ohne der Feuerwehr in ihrem Aufgabenbereich ‚auf die Füße zu treten‘. Für die Helfer wären das Erfolgslebnisse, die für die weitere Motivation von erheblicher Bedeutung sind. Das trifft besonders auf die Gegenden zu, wo es, wie hier bei uns in Halle, kaum regelmäßige Einsatzmöglichkeiten gibt. Die Ortsverbände am Rhein oder an der Küsten können wegen der immer wieder eintretenden Hochwasser da sicherlich nicht über Einsatzmangel klagen! Die Einsatzkraft und die Effektivität des THW ließen sich durch eine solche Erweiterung des Tätigkeitsfeldes sicherlich erhöhen, ohne große Kosten zu verursachen.“ PS

11/89



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das Bevölkerungsschutz-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutscherherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutscherherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich; im Juni/Juli und im
August/September als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Leitender Redakteur:

Peter Steinfurth

Redaktion:

Jochen von Arnim, Günter Sers,
Paul Claes, Sabine Matuszak

Layout:

Peter Bartke

Druck,**Herstellung und Vertrieb:**

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau

2

Aktuelles im Blickpunkt

Hilfe für den Menschen ist im Prinzip unumstritten

8

Katastrophenschutzergänzungsgesetz und THW-Helferrechtsgesetz im Bundestag

Qualität statt Konkurrenz

16

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble sprach vor 500 Luftrettungs-Experten

Hochspezialisierter Sachverstand

20

Schutzkommission beim Bundesminister des Innern mit neuer Geschäftsordnung

Der Beginn einer neuen Zusammenarbeit

22

Erste Katastrophenschutzübung der EG in Le Perthus/Südfrankreich

TUIS: Gefahrenabwehr mindert Risiko

30

Hilfeleistungssystem der chemischen Industrie hat sich bewährt

Bundesverband für den Selbstschutz

33

Technisches Hilfswerk

38

Warndienst

45

Deutsches Rotes Kreuz

46

Arbeiter-Samariter-Bund

49

Johanniter-Unfall-Hilfe

51

Malteser-Hilfsdienst

53

Deutscher Feuerwehrverband

55

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

61

Wissenschaft und Technik

64

Minimagazin

U 3



Bundesinnenminister Schäuble sprach mit dem Bundesausschuß des THW

Wenn alles seinen erwarteten Verlauf nehme, dann könne im November noch mit der Verabschiedung des vom gesamten THW mit Spannung erwarteten Helferrechtsgesetzes gerechnet werden, erklärte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble vor den Mitgliedern des Bundesausschusses der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk am 25. Oktober 1989 in Bonn.

Nachdem Dr. Schäuble schon am 10. Juni dieses Jahres, also kurz nach seinem Amtsantritt als Bundesminister des Innern, beim Bundeswettkampf in Mannheim sein Interesse am Technischen Hilfswerk bekundet hatte, stand er nun erneut den Repräsentanten des THW zur Verfügung.

In einer Art aktueller Fragestunde gab er den von den THW-Helfern gewählten Landessprechern, den hauptamtlichen Landesbeauftragten und dem Direktor der Bundesanstalt, Gerd Jür-



gen Henkel, Gelegenheit, einige Anliegen zur Sprache zu bringen und sich aus berufenem Munde direkt informieren zu lassen.

Da das Katastrophenschutzergänzungsgesetz hinsichtlich des THW nur einige allgemeine Regelungen enthalten werde, freue er sich mit dem THW, so Minister Schäuble, auf die mit dem Helferrechtsgesetz erreichte Rechtsgrundlage, die das THW endlich

auf ein festes Fundament stellen werde.

Des weiteren konnte der Minister erfreut einer Darstellung des THW-Bundessprechers, Konsul Peter Merck, entnehmen, daß das THW auch ausstattungsmäßig und nicht zuletzt im Bereich der Unterkünfte der 617 Ortsverbände in den letzten Jahren erheblich vorangekommen sei.

Eine wesentliche Aufgabe müs-

se es jetzt sein, so der Bundesausschuß, die Mobilität und damit die Einsatzkraft der Ortsverbände und Einheiten durch Beschaffung geeigneter Fahrzeuge weiter zu verbessern. Im übrigen werde unter anderem eine auch der angestrebten Vereinfachung der Verwaltungsarbeit dienende neue Konzeption einer bundeseinheitlichen EDV von allen Ortsverbänden benötigt und deshalb dringend erwartet.

Der Minister versicherte den Mitgliedern des Bundesausschusses, er habe jederzeit ein offenes Ohr für das THW und werde sich dessen Problemen mit Nachdruck widmen.

Unser Bild zeigt von links: THW-Direktor Henkel, Bundesinnenminister Dr. Schäuble, Ministerialrat Dr. Ammermüller, THW-Bundessprecher Merck und Ministerialdirigent Beyer.

(Foto: Hilberath)

Bundespräsident zeichnete Betreuer von DDR-Flüchtlingen aus

Bundespräsident Richard von Weizsäcker zeichnete am 14. November 1989 in der Villa Hammer Schmidt für besondere Hilfeleistung und beispielhaften Einsatz 65 Helferinnen und Helfer mit dem Bundesverdienstkreuz aus. „Ich habe hohe Achtung für das große Maß an offenen Herzen, klugen Köpfen, helfenden Händen und den nimmermüden Einsatz, mit dem Sie in den vergangenen Tagen und Wochen all jene Menschen betreut haben, die aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen waren“, sagte Weizsäcker.



In Anwesenheit von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein, und des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt, überreichte Weizsäcker jedem einzelnen das Bundesverdienstkreuz am Bande mit der Bitte, dieses Symbol des Dankes auch für jene entgegenzunehmen, die bei der Ordensverleihung nicht dabei waren.

Sachbearbeiter des Bundesinnenministeriums, Angehörige der

Botschaften, des Bundesgrenzschutzes, der Bundeswehr sowie Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes und weitere ehrenamtliche Helfer, die den Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR den Weg in die Bundesrepublik erleichtert haben, waren Gäste des

Bundespräsidenten. Der Ehrung schloß sich ein Empfang an, bei dem Weizsäcker mit jedem einzelnen ins Gespräch kam.

Unser Bild zeigt einen Beamten des Bundesgrenzschutzes, der aus der Hand des Bundespräsidenten den Verdienstorden entgegennimmt.

Kolumbianische Delegation informierte sich über Katastrophenschutz

Alarmstart – der Rotor des Rettungshubschraubers läuft an; während der Sanitäter bereits seinen Platz einnimmt und den Sicherheitsgurt anlegt, springt der vom nahegelegenen Krankenhaus herbeigerufene Notarzt noch in die Maschine. – Der Helikopter hebt ab.

Zwischen Alarmierung und Start sind 2 Minuten und 16 Sekunden vergangen. Für die Männer der Rettungshubschrauberstation in Köln-Merheim ein alltäglicher Vorgang. Doch diesmal sind hochrangige Mitarbeiter des kolumbianischen Katastrophenschutzes und des dortigen Roten Kreuzes zu Gast. Sie sind beeindruckt von der Schnelligkeit und der Routine, mit der dieser aktuelle Einsatz vonstatten geht.

Noch kurz vorher hatte Thomas Helbig, der diensthabende Pilot der Station, den Kolumbianern einen Überblick über den Ausrüstungsstand und das Einsatzsystem des Flugrettungsdienstes gegeben.

Die kolumbianische Delegation unter ihrem Leiter Camilio Cardenas Giraldo, Direktor des NATIONALEN KATASTROPHENSCHUTZES Bogotá, hielt sich im Rahmen eines Gästeprogramms in der Bundesrepublik Deutschland auf, um Kenntnisse über den deutschen Katastrophenschutz zu sammeln und diese Erfahrungen in die eigene Arbeit umzusetzen.

Nach dem Besuch der Hubschrauberstation stand an diesem Tag die Besichtigung des THW-Ortsverbandes Köln-Porz auf dem Programm. Hier erläuterten Ortsbeauftragter Kurt Berkenhoff und Geschäftsführer Hans-Joachim Regel die Aufgaben und techni-

schon Möglichkeiten des Hilfswerks, wobei die Kolumbianer großes Interesse an den THW-Fahrzeugen und der vielseitigen Ausstattung zeigten.

Kolumbien ist ein Land, daß nahezu regelmäßig von schweren Naturkatastrophen heimgesucht wird. So folgte die kolumbianische Delegation auch mit Aufmerksamkeit den Vorträgen in der Katastrophenschutzschule des Bundes, in denen zum Abschluß des Informationsbesuches das bundesdeutsche Ausbildungssystem im Katastrophenschutz dargestellt wurde.

Führungsmodelle, effiziente Gliederung von Einsatzeinheiten und Akzeptanz des Katastrophenschutzes in der Bevölkerung – diese Probleme standen im Mittelpunkt der Diskussion zwischen den kolumbianischen und den deutschen Fachleuten. Dabei führten auch die Erfahrungen des Technischen Hilfswerks bei auswärtigen Erdbebeneinsätzen – etwa in Italien und Mexiko – zu lebhaften Nachfragen der Kolumbianer.

Beide Seiten vereinbarten weiterführende Kontakte, um den einmal begonnenen Erfahrungsaustausch zu intensivieren.

„Seilakt“ mit der Klapprage

Die BVS-Dienstvorschrift 3, Seite 17, Ziffer 4.42.9 sagt es ganz eindeutig: „Die zweimal zusammenlegbare Einheitskrankentrage darf zum Bergen aus Höhen und Tiefen nicht verwendet werden.“ Im Widerspruch dazu stand unser Titelbild der Ausgabe 8/89, das auch prompt zahlreiche Anrufe in der Redaktion zur Folge hatte. Was die Klapprage betraf, hatten die aufmerksamen Beobachter zweifellos recht – doch auch die Leinen waren ins Kreuzfeuer der

Kritik geraten. Zum Abseilen dürften nur Fangleinen – jedoch keine Arbeitsleinen eingesetzt werden, hieß es von seiten der Kritiker. Das ist in der Sache zwar richtig – aber hier gilt es, die Akteure in Schutz zu nehmen: Die rot eingefärbte – und damit als Arbeitsleine erkennliche – Befestigung des „Verletzten“ auf der umstrittenen Trage darf auch laut Vorschrift eine Arbeitsleine sein. Lediglich zum Abseilen der Trage müssen Fangleinen verwendet werden. Diese Leinen sind jedoch auf dem Foto überhaupt nicht zu sehen.

Ungarische Brand- und Katastrophenschützer zu Gast in der Bundesrepublik

Unter Leitung von Dr. István Horváth, Oberrat des Verteidigungsbüros des Ministerrates der Republik Ungarn, besuchte eine fünfköpfige ungarische Delegation auf Einladung des Bundesministers des Innern die Bundesrepublik Deutschland. Die ungarischen Experten des Zivil-, Brand- und Katastrophenschutzes wollten sich hier über Organisation, Ausrüstung und Ausbildung in diesem Bereich informieren. Der Besuch kam durch Vermittlung des Deutschen Feuerwehrverbandes zustande, der mit den ungarischen Fachleuten schon seit Jahren enge Kontakte unterhält.

Am 2. Oktober wurden die Gäste im Bundesministerium des Innern begrüßt. Ministerialrat Dr. Andrews stellte in einem Lichtbildvortrag das deutsche Zivil- und Katastrophenschutzsystem sowie die nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl im Bundesministerium des Innern erarbeitete Krisenmanagement-Konzeption für großflächige Gefahrenlagen dar. Weitere Gesprächsthemen waren das System der Luftrettung in der Bundesrepublik und das Technische Hilfswerk.

Am Abend hatte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, die ungarische Delegation zu einem Abendessen eingeladen.

Der folgende Tag war dem Thema „Vorbeugender Brand

schutz in Gebäuden“ gewidmet. Hierfür konnte den Ungarn kein geeigneter Demonstrationsort geboten werden als die Anlage der Firma Total-Walther in Köln-Delbrück. Die Gäste zeigten sich außerordentlich beeindruckt von dem hohen Stand der Technologie auf diesem Gebiet.

Nachmittags war dann der abwehrende Brandschutz in der Praxis Gesprächsgegenstand. Die Feuerwache I der Berufsfeuerwehr Bonn informierte die Gäste über Organisation, Einsatzgrundsätze und Ausrüstung einer großen Berufsfeuerwehr mit einem weit gefächerten Aufgabenspektrum. Das Programm des Tages endete mit einem Empfang der Stadt Bonn mit anschließendem Abendessen auf Einladung des Oberbürgermeisters.

Am 4. Oktober hatte die ungarische Delegation dann bei einem ganztägigen Besuch im Bundesamt für Zivilschutz Gelegenheit, das ihr vermittelte Bild vom deutschen Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz durch Detailerörterungen zu ergänzen und zu vertiefen.

Am nächsten Tag war dann eine Werkfeuerwehr Ziel des Besuchs der Gäste. Die Firma Bayer AG, Leverkusen, hatte die ungarischen Experten eingeladen, das werkseigene Gefahrenabwehrsystem kennenzulernen. Die Gäste zeigten sich von der durch den hohen Ausbildungs- und Ausrüstungsstand geprägten Leistungsfähigkeit stark beeindruckt.

Am 6. Oktober fand dann im Bundesministerium des Innern unter Leitung von Ministerialrat Dr. Andrews die Abschlußbesprechung statt. Eine Reihe von Fragen, die sich den Gästen in der Vielzahl der Veranstaltungen gestellt hatten und in der Terminenge nicht restlos beantwortet werden konnten, wurden aufgearbeitet. Außerdem wurde den Delegationsmitgliedern auf ihren Wunsch umfangreiches Informationsmaterial über das deutsche Gefahrenabwehr- und Krisenmanagementsystem zur Verfügung gestellt. Die Ungarn möchten sich bei der Aktualisierung ihres Systems und bei der Erarbeitung einer neuen Konzeption, soweit möglich, an das deutsche Vorbild anlehnen. Damit wurden gleichzeitig auch positive Signale und die Richtung für eine künftige Zu-

sammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn angedeutet. Dies schließt auch die Prüfung des etwaigen Abschlusses eines deutsch-ungarischen Abkommens über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen mit ein.

Die deutsche Seite versäumte nicht, den ungarischen Gästen ihren tief empfundenen Dank auszusprechen für die großzügige Unterstützung, die Ungarn bei der Bewältigung des Problems der zahlreichen Übersiedler aus der DDR geleistet hat.



Bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland informierten sich die ungarischen Brand- und Katastrophenschutz-Experten über die deutschen Systeme des Zivil-, Brand- und Katastrophenschutzes. Unser Bild zeigt von links: Oberstleutnant Dr. János Bleszity (Stellvertretender Landesfeuerkommandant), Oberleutnant der Feuerwehr István David (Fachreferent und Dolmetscher), Delegationsleiter Dr. István Horvat (Oberrat des Verteidigungsbüros des Ministerrates), Oberst Endre Sztanek (Leiter des Zivilschutzes) und Dr. Andreas Barczay.

Alkohol im Straßenverkehr: Bundesrepublik im Mittelfeld

Bei Unfällen mit Personenschaden sind in der Bundesrepublik Deutschland zehn Prozent ursächlich oder mitursächlich auf Alkohol am Steuer zurückzuführen. Nach einer Analyse des ADAC ist die Unfallursache Alkohol am Steuer insgesamt rückläufig, sie hatte vor 14 Jahren noch einen Anteil von 14 Prozent. Im internationalen Vergleich liegt einer Statistik der Vereinten Nationen zufolge die Bundesrepublik im Mittelfeld. Spitzenreiter sind die polnischen Kraftfahrer, bei denen in 21 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden Alkohol im Spiel war, gefolgt von Dänemark (20 Prozent), Ungarn (14), Finnland und Jugoslawien (je 13), CSSR (12) und der Schweiz (11 Prozent).

Diszipliniertere Verkehrsteilnehmer als in der Bundesrepublik weist die UN-Statistik in Österreich (8), den Niederlanden (7), Großbritannien (5) sowie in Spanien und Belgien (je 3 Prozent) aus. Die DDR liegt mit zehn Prozent auf gleicher Höhe wie die Bundesrepublik.

Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland schneiden Baden-Württemberg und Hessen mit einem Alkohol-Anteil von jeweils 11,7 Prozent am schlechtesten ab, gefolgt von Schleswig-Holstein (10,7). Auch Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland (je 10,2) liegen noch über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die weitere Reihenfolge: Niedersachsen (9,3), Bremen (9,1), Berlin (8,6), Hamburg (8,2) und Nordrhein-Westfalen (8,0 Prozent).

Alkohol am Lenker

Die Fahrer von Mofas und Mopeds trinken offenbar häufiger Al-

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. Fachgebietsleiter-/in (ÖÄ) der BVS-Landesstelle Niedersachsen

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort

2. Leiter-/in in der BVS-Dienststelle Hannover

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 01. 01. 1990

3. Leiter-/in in der BVS-Dienststelle Kaufbeuren

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort

4. Leiter-/in in der BVS-Dienststelle Hof

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 01. 03. 1990

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bei gleicher Eignung erhalten schwerbehinderte Bewerber den Vorzug.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum 15. Januar 1990 zu richten an:

Bundesverband für den Selbstschutz

– Bundeshauptstelle –
Deutscherherrenstr. 93–95
5300 Bonn 2

• Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

kohol als Auto- und Motorradfahrer. In einer Analyse der Alkohol-Unfälle 1988 stellte der ADAC fest, daß bei Unfällen mit Mofas oder Mopeds 12,7 Prozent (jeder achte) dieser Gruppe unter Alkoholeinfluß gestanden hatte. Bei den Unfällen von Pkw-Fahrern ist Trunkenheit am Steuer mit fünf Prozent in etwa im Mittel, während der geringste Wert mit 1,6 Prozent bei den Fernfahrern festgestellt worden ist.

Insgesamt waren bei den Unfällen im Jahre 1988 34 100 Beteiligte alkoholisiert, darunter jedoch nur acht Prozent Frauen. Die Masse der Alkoholtäter ist relativ jung. Ein Drittel ist zwischen 19 und 25 Jahre alt, weitere 29 Prozent gehören zu den 25- bis 34-jährigen.

Ölunfall- bekämpfung

Um Ölunfälle zu vermeiden und zu bekämpfen, haben Bund und Küstenländer umfangreiche Maßnahmen getroffen. Hierzu zählen z. B. das Vorhalten zahlreicher Schiffe und Geräte zum Abschleppen und Leichtern havariierter Tanker sowie zur Eingrenzung und Aufnahme freigesetzten Öls. Zur weiteren Bekämpfung werden von der Industrie chemische Produkte angeboten, die die Eigenschaften des Öls in bestimmter, gewünschter Form verändern. So läßt sich Öl mittels Dispergatoren im Wasser fein verteilen, durch Herder auf der Wasseroberfläche wieder zusammenziehen, mittels Bindern absorbieren oder einschließen und mit Hilfe von Kaltreinigern von

Oberflächen abwaschen. Die Bildung von Wasser-in-Öl-Emulsion läßt sich durch Demulsifier verhindern. Bereits vorhandene Emulsionen können durch diese Produkte wieder in ihre Phasen getrennt werden.

Zur großflächigen Bekämpfung von Öl werden in vielen Ländern chemische Dispergatoren propagiert. Für den Einsatz dieser Mittel werden folgende Gründe genannt:

- Die Entfernung des Öls von der Wasseroberfläche bewirkt einen Schutz der Seevögel vor Verölung.
- Dispergiertes Öl haftet nicht auf Oberflächen.
- Feinverteiltes Öl ist einem biologischen Abbau besser zugänglich.
- Zur Verteilung dieser Chemikalien lassen sich Flugzeuge einsetzen, so daß auch weit-

flächige Verschmutzungen beherrschbar sind.

In vierjähriger Tätigkeit hat eine vom Umweltbundesamt eingerichtete Expertengruppe mit Hilfe eines umfangreichen Forschungsprogramms aus Mitteln des BMU Informationen zu allen Bereichen der Dispergatoranwendung zusammengetragen und bewertet. Behandelt wurden die geographischen und meteorologischen Beschränkungen, die logistischen Voraussetzungen zur Bekämpfung, die ökologischen Kriterien, die chemischen, physikalischen und toxischen Eigenschaften von Öl und Dispergatoren. Fernerkundung und Austragssysteme wurden ebenso berücksichtigt wie das Ausbreitungsverhalten eines Ölteppichs, welches durch Prognosemodelle simuliert wurde.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sucht ab sofort

eine/n Sachbearbeiter/-in

(Verg.-Gr. IV a BAT)

für das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ der Bundeshauptstelle in Bonn-Bad Godesberg.

Der BVS setzt in seiner Öffentlichkeitsarbeit ein umfangreiches Instrumentarium mit dem Ziel ein, über den Zivilschutz, insbesondere den Selbstschutz zu informieren, Vorbehalte abzubauen und den Bürger sowie Betriebe und Behörden zum aktiven Selbstschutz zu motivieren.

Das Aufgabengebiet umfaßt:

- Erarbeitung von Konzeptionen für die einzusetzenden Informationsträger, einschließlich Beschaffung,
- Planung und Durchführung bundesweiter Sonderaktionen der Öffentlichkeitsarbeit,
- Aktualisierung und Steigerung der Wirksamkeit audiovisueller Medien, z. B. Filme und Filmspots, ggf. Entwicklung von Konzeptionen für neue Medien, nach entsprechenden Vorgaben.

Weiterhin ist der/die Mitarbeiter/-in zuständig für

- Entwicklung von Presse- und PR-Texten,
- Erstellen von Materialien für die Durchführung von Informationsveranstaltungen,
- Erarbeitung von Schulungsunterlagen zur internen Aus- und Fortbildung der BVS-Mitarbeiter.

Diese Aufgaben erfordern Kenntnisse in der praktischen Öffentlichkeitsarbeit, konzeptionelles und kreatives Denken sowie die Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte kurz, verständlich und in sich schlüssig darzustellen. Erfahrungen in der Verwaltung bzw. in der Presse und Öffentlichkeitsarbeit von Behörden und Verbänden sind erwünscht, aber nicht Bedingung.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen sind bis zum 15. Januar 1990 mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugniskopien sowie Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) an den:

Bundesverband für den Selbstschutz

- Bundeshauptstelle -
Deutschherrenstr. 93-95
5300 Bonn 2, Tel.: 02 28/840-1

zu richten.

Ein Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Die Beurteilung durch die Arbeitsgruppe läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Die physikalischen Grundlagen der Tröpfchenbildung (Dispersion) verschiedener nicht mischbarer Medien sind wichtig für eine Beurteilung der Wirksamkeitsgrenzen chemischer Dispergatoren und liefern eine Erklärung für die oft mangelhafte Dispergierung von Öl unter realen Bedingungen.

Neben diesen Grenzen wird ein wirksamer Einsatz von Dispergatoren eingeschränkt durch die Viskosität, Alterung und Menge des Öls sowie die hydrographi-

schsen, biologischen und physikalisch-chemischen Verhältnisse im betroffenen Meeresgebiet und die dort herrschende Witterung. Daneben müssen die logistischen Voraussetzungen gegeben sein, um eine Bekämpfung kurzfristig und innerhalb einer kurzen Zeitdauer durchführen zu können.

Aufgrund der unbefriedigenden Wirksamkeit von chemischen Dispergatoren und der Vielzahl von Beschränkungen, denen sie unterliegen, erscheint ihr Einsatz nur in wenigen Fällen sinnvoll und gerechtfertigt. Daher hat das Vorhalten mechanischer Mittel zur Beseitigung von Ölverschmutzun-

gen absoluten Vorrang. Eine durchaus mögliche Verbesserung der Chemikalien und der Austragungssysteme sowie des Monitoring würde einen hohen finanziellen Aufwand erfordern, ohne daß die prinzipiellen oder geographischen Beschränkungen dadurch aufgehoben werden könnten. Eine Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung großer Ölmengen unter Verwendung von Dispergatoren kann nicht empfohlen werden.

Zur Bekämpfung kleinerer Ölmengen lassen sich Dispergatoren bei mittleren Wind- und See- und Seegangsverhältnissen einsetzen,

wenn sie frühzeitig in hoher Dosierung versprüht werden, jedoch ist es gerade dieser Einsatzbereich, in welchem sich auch mechanische Maßnahmen mit gutem Erfolg durchführen lassen.

Die Fakten, Ergebnisse und Empfehlungen wurden dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bund-Länder-Gremium „Ölunfälle See/Küste“ als Bericht vorgelegt. Dieser Bericht wird im Hinblick auf die daraus zu ziehenden Folgerungen zur Zeit ausgewertet.

(Umwelt Nr. 8/1989)

Toter bei Wohnhaus-Explosion

Bei einer Gasexplosion in einem Mehrfamilienhaus in der saarländischen Gemeinde Merchweiler gab es einen Toten und fünf Verletzte. Das Wohnhaus wurde völlig zerstört. Auch an einem direkt angrenzenden Nachbargebäude verursachte die Explosion erhebliche Schäden.

Eine defekte Gasleitung war möglicherweise die Ursache für das Unglück. (Foto: dpa)



ausgeströmt, das durch Funkenflug entweder im Keller oder Parterre zur Explosion gebracht wurde. Durch die Gas-Verpuffung wurde nahezu die gesamte Fassade des zweistöckigen Wohnhauses abgesprengt. Ein 23jähriger Mann wurde aus dem Gebäude geschleudert. Umherfliegende Glassplitter trafen eine 51 Jahre alte Passantin am Kopf. (Foto: dpa)



teure, um alle Übungsaufgaben zu bewältigen. Neben der Menschenrettung – Mitglieder vom Roten Kreuz stellten sich dafür als Mimen zur Verfügung – muß unter anderem eine Wasserversorgung aufgebaut, eine Leiter aufgestellt und der Straßenverkehr geregelt werden.

Die neuen landeseinheitlichen Wettbewerbsbedingungen sind erst in den vergangenen Jahren

erarbeitet worden. „Sie sind den praktischen Einsätzen des Feuerwehralltags angegliedert worden und haben eine Ausbildungsfunktion“, erläutert der Organisationsleiter der Landeswettkämpfe, Lüneburgs Bezirksbrandmeister Bruno Rinck.

Die Siegerehrung beginnt mit dem Aufmarsch der Teilnehmer vor der Zuschauertribüne. Bezirksbrandmeister Rinck macht bei Innenminister Stock und den Ehrengästen Meldung. Zum Gruß dreht der Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen mit seinen drei Maschinen einige Schleifen über dem Festplatz.

„Seit Beginn der 50er Jahre gibt es Wettkämpfe für Freiwillige Feuerwehren“, stellt Innenminister Stock in seinem Grußwort fest. Sie würden dazu beitragen, die Ausbildung zu intensivieren. So hätten die Wettkämpfe denn heute mehr Bedeutung erlangt als

Freiwillige Feuerwehren im Wettkampf

In Celle wurde der erste niedersächsische Landesentscheid für Freiwillige Feuerwehren ausgetragen. 60 Gruppen – davon 30 mit Löschfahrzeugen und 30 mit Tragkraftspritzen – wetteiferten um die höchsten Punktzahlen.

„Angriffstrupp mit Hilfeleistungsgesetz zur Menschenrettung über den Hof vor“, lautet das Kommando des Gruppenführers. Zwölf Minuten Zeit haben die Ak-



Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Fritz Meyer, und Niedersachsens Innenminister Josef Stock (von links) überreichen Siegern und Plazierten Plaketten und Urkunden.

(Foto: Kordländer)

Gasexplosion sprengte Hausfassade

Zwei Schwer- und vier Leichtverletzte waren die traurige Bilanz einer Gasexplosion in einem Wohnhaus in Königswinter-Eudenbach bei Bonn. Durch eine undichte Leitung war im Haus Gas

je zuvor. Die Bestimmungen hätten sich im Laufe der Zeit zwar mehrmals verändert, die Ziele seien aber immer die gleichen geblieben. „Jeder muß an jedem Platz in seiner Gruppe einsatzbereit sein“, betont der Minister.

Landesfeuerwehrverbands-Vorsitzender Fritz Meyer dankt der Landesregierung für die Anerkennung der neuen Wettbewerbsbestimmungen. Diese seien die Voraussetzungen für den ersten Landesentscheid gewesen. Landeswettbewerbe für die Freiwilligen Feuerwehren soll es nach den Worten Meyers auch zukünftig geben.

Die Wettkampfergebnisse: In der Gruppe mit Löschfahrzeugen siegte die Freiwillige Feuerwehr Twistringen (Landkreis Diepholz). In der Wertungsgruppe mit Tragkraftspritzen holte sich Nateln (Landkreis Uelzen) die Siegerplakette.

29 neue Fahrzeuge übergeben

29 Einsatzfahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes im Gesamtwert von mehr als 3,4 Mil-

lionen Mark übergab der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, offiziell ihrer Bestimmung im Land Bayern. Im Rahmen einer Feierstunde in Gunzenhausen nahm Dr. Günther

Beckstein, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, die Fahrzeuge in Empfang. Anschließend händigten Spranger und Beckstein gemeinsam die Schlüssel der Fahrzeuge an die Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren und Sanitätsdienste aus.

Wie Spranger mitteilte, sollen bis 1993 rund 1,2 Milliarden Mark für die Ausstattungen des erweiterten Katastrophenschutzes ausgegeben werden. Von 1980 bis 1988 wurden allein 11 000 neue Bundesfahrzeuge an die Länder geliefert, wovon der Freistaat Bayern 1 185 Einsatzfahrzeuge im Gesamtwert von 102,8 Millionen Mark erhielt. Ziel sei ein flächendeckendes Netz an Katastrophenschutzeinrichtungen, so Spranger.



Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger (Mitte), überreicht gemeinsam mit seinem bayerischen Amtskollegen Dr. Günther Beckstein (rechts) die Schlüssel der 29 neuen Einsatzfahrzeuge an Feuerwehren und Hilfsorganisationen.

(Foto: Schwab)

Anschließend stellte der Staatssekretär die Bemühungen der Bundesregierung dar, auch mit den östlichen Nachbarn, DDR, CSSR und UdSSR Hilfeleistungsabkommen zu schließen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Geschäftsbereich des Bundesamtes für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, ist bei der

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Landesverband Berlin

die Stelle des

Landesbeauftragten Verg.-Gr. II a/III BAT

zu besetzen.

Das Technische Hilfswerk (THW) ist eine vom Bundesminister des Innern errichtete und getragene humanitäre Organisation. Sie wirkt im Zivilschutz mit und hat die Aufgabe, bei Katastrophen und Unglücksfällen technische Hilfe zu leisten. Im THW Berlin arbeiten rd. 900 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit, unterstützt von 26 hauptamtlich Bediensteten.

Der Landesbeauftragte ist für die Einsatzfähigkeit der Einheiten des THW in Berlin verantwortlich. Er übt als Dienststellenleiter die Dienst- und Fachaufsicht in seinem Landesverband aus.

Gesucht werden Bewerberinnen und Bewerber mit abgeschlossener Hochschulausbildung, insbesondere technischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen, Juristinnen und Juristen mit 2. Staatsexamen, Verwaltungswissenschaftler oder aber Diplom-Ingenieure Fachhochschule technischer Fachrichtung mit Erfahrungen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Von einem Landesbeauftragten werden neben der Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Entscheidung, technischem Verständnis und Geschick in der Menschenführung ein hohes Maß an persönlicher Integrität und die Bereitschaft erwartet, auch jenseits der üblichen Dienstzeiten, die Belange des THW in der Organisation und nach außen zu vertreten.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung auch Frauen angesprochen fühlen. Ihnen werden die gleichen Aufstiegschancen geboten wie Männern.

Bewerbungen sind bis zum 31. Januar 1990 (verspätet eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden) unter Angabe der Kennzahl THW 19/89 zu richten an:

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

– Leitung –
Deutscherherrenstr. 93
5300 Bonn 2

Hilfe für den Menschen ist im Prinzip unumstritten

Unterschiedliche Auffassungen jedoch über den Zivilschutz – Die parlamentarische Beratung im Wortlaut

Wie bereits kurz in Ausgabe 10/89 des „Bevölkerungsschutz-Magazin“ berichtet, hat der Deutsche Bundestag in seiner Sitzung am 15. November 1989 die Gesetze zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes sowie zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk beschlossen.

Die ausführliche parlamentarische Debatte – in der die gegensätzlichen Haltungen von Koalition und Opposition deutlich wurden – soll, wie angekündigt, nachgetragen werden. Die Sitzung wurde wie folgt protokolliert:

Präsidentin Dr. Süsmuth: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes und anderer Vorschriften

(Katastrophenschutzergänzungsgesetz – **KatSErgG**)

– Drucksache 11/4728 –

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– Drucksache 11/5675 –

Berichterstatter:

Abgeordnete Dr. Nöbel

Kalisch

Dr. Hirsch

Such

(Erste Beratung 151. Sitzung)

b) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

(THW-Helferrechtsgesetz – **THW-HelfRG**)

– Drucksachen 11/4731, 11/5044 –

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– Drucksache 11/5674 –

Berichterstatter:

Abgeordnete Dr. Nöbel

Kalisch

Dr. Hirsch

Such

(Erste Beratung 151. Sitzung)

Zum Entwurf des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/8682 vor. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die gemeinsame Beratung dieser Tagesordnungspunkte 45 Minuten vorgesehen. Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Kalisch.

Kalisch (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Katastrophenschutz ist ein Thema, das allen, die sich für den Schutz unserer Bürger im Verteidigungs- oder Katastrophenfall einsetzen, am Herzen liegen muß. Aber nicht nur das, der **Schutz der Zivilbevölkerung** ist Pflicht jeder Regierung und eine zutiefst humane Aufgabe.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Das Gesetz hat zum Ziel, unter extremen und unvorhersehbaren Bedingungen Menschenleben zu retten, Verletzte bestmöglich zu versorgen und die erforderliche Versorgung des betroffenen Gebietes sicherzustellen.

Das Erdbeben in Armenien mit seinen erschütternden Folgen für eine ganze Sowjetrepublik hat gezeigt, daß wir Menschen vor solchen katastrophalen Naturereignissen nicht sicher sind und uns dagegen wappnen müssen. Das bei uns bestehende Katastrophenschutzsystem hat es ermöglicht, den Menschen in Armenien durch die Entsendung von Fachdiensten, des Technischen Hilfswerks und durch die Unterstützung der deutschen Hilfsorganisationen die größte Not lindern zu helfen. Die in das Erdbebengebiet entsandten Helfer samt ihrem Gerät haben im Einsatz zugleich aber auch Erfahrungen sammeln können, deren Auswertung es uns ermöglicht, die Vorsorge in diesem Bereich noch zu verbessern.

Eines steht aber jetzt schon fest: Wir müssen im Katastrophenfall alle bei uns

vorhandenen Ressourcen voll ausschöpfen können, d. h., auch der Erweiterungsteil des Katastrophenschutzes muß schnell und effektiv einsetzbar sein. Dies gelingt uns aber nur, wenn diese Einheiten und Einrichtungen auch regelmäßig üben und zusammen mit den Katastrophenschutzbehörden der Länder eine nahtlose Kommunikation auf- und ausbauen, denn die Zeitnot ist im Ernstfall der größte Feind erfolgreicher Hilfe.

(Such [GRÜNE]: Für den Kriegsfall, meinen Sie! – Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Das ist so platt, Herr Kollege, darauf brauchen Sie nicht einzugehen!)

Diese Konsequenz hat auch der sowjetische Staats- und Parteichef **Gorbatschow** erkannt und erklärt, er werde sich für eine Verbesserung der sowjetischen Katastrophenschutzbedingungen einsetzen. Auch die **Schweiz** hat, nachdem sie den Zivilschutz für ihre Bevölkerung nahezu vollständig ausgebaut hat, erkannt, daß die Trennung von Katastrophenschutz einerseits, der dort Kantons- und Gemeindegeschichte ist, und Zivilschutz andererseits, der unter die Verantwortung der schweizerischen Bundesregierung fällt, effektiver und zweckmäßiger sein könnte. Sie prüft zur Zeit eine unserem System adäquate Regelung.

Außerdem, meine Damen und Herren, soll die Schutzbaupflicht in der Schweiz noch besser gesetzlich verankert werden. Nicht nur im Verteidigungsfall, sondern auch bei Großkatastrophen kann der **Schutzraum** wirksamste Hilfe für die Menschen sein. Ich bedauere sehr – das ist schon eine Kritik –, daß das vorliegende Gesetz bei uns keine Verbesserung im Schutzbaubereich vorsieht. Ich möchte aber an dieser Stelle dem Schutzforum herzlich danken, das mit qualifizierten Gutachten und Stellungnahmen zum Schutzraumbau hervorragende Arbeit geleistet hat.

(Zustimmung des Abg. Gerster [Mainz] [CDU/CSU] – Such [GRÜNE]: Der Beifall)

war aber schlapp!)

– Herr Such, jetzt sind Sie dran.

(Such [GRÜNE]: Ich beziehe mich auf den Kollegen da!)

Die von den Gegnern im Zusammenhang mit der Beratung und Verabschiedung des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes betriebene **emotionale Stimmungsmache** ist völlig absurd und geht an den Problemen, denen wir uns zu stellen haben, total vorbei. Es ist vollkommen unverständlich, daß die **IPPNW** ebenso wie der **DGB** – von den **GRÜNEN** will ich in dem Zusammenhang gar nicht reden –

(Such [GRÜNE]: Aber DGB und GRÜNE in einem Atemzug!)

dieses Gesetz ablehnen, weil es einmal durch die Bezeichnung „Katastrophenschutzergänzungsgesetz“ ihrer Meinung nach eine Mogelpackung sei

(Such [GRÜNE]: Das ist richtig!)

und darüber hinaus den Menschen noch vermitteln solle, daß ein Krieg führbar sei.

(Such [GRÜNE]: Das ist so!)

Bediente ich mich Ihrer Philosophie, dann würde das heißen: Wir wollen für den Schutz der Bevölkerung überhaupt nichts tun, dann kann auch nichts passieren.

(Such [GRÜNE]: Dann sollten Sie etwas anderes tun, z. B. das Genfer Zusatzabkommen unterzeichnen!)

Andererseits fordern dieselben Gruppen, endlich die **Zusatzprotokolle** zum **Genfer Rot-Kreuz-Abkommen** seitens der Bundesregierung zu ratifizieren.

(Such [GRÜNE]: Tun Sie das doch!)

In diesen Bestimmungen wird u. a. gefordert, daß die Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall – sprich im Krieg – zu schützen sei.

(Such [GRÜNE]: Das wollen wir auch! – Bachmaier [SPD]: Das ist richtig!)

Indem wir die beiden Gesetzesvorhaben verabschieden, kommen wir dieser Aufforderung nach.

(Frau Steinhauer [SPD] und Such [GRÜNE]: Dann müßt ihr ratifizieren!)

Im übrigen haben alle Fraktionen die Ratifizierung bei der Bundesregierung angemahnt, und wir haben in diesem Haus gehört, daß sie noch in diesem Jahr eingeleitet werden soll.

(Such [GRÜNE]: Wann denn? – Bachmaier [SPD]: Wir haben in diesem Parlament eine sehr dicke Petition dazu beschlossen!)

– Ich verstehe gar nicht, warum Sie sich so aufregen.

Den logischen Widerspruch, Herr Such, zwischen der Forderung nach der Ratifizierung der Zusatzprotokolle und der Ablehnung der vorgelegten Gesetze hat die **IPPNW** in der öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuß Anfang Oktober trotz mehrfacher Nachfrage nicht klären können. Es ist auch schon bemerkenswert, daß der **SPD**-Vorsitzende Vogel ein Gespräch mit

der **IPPNW** geführt hat. Nach dem Gespräch hat die **IPPNW** erklärt, daß sie von dieser Zusammenkunft sehr befriedigt sei und die **SPD** das Gesetz ohne Wenn und Aber ablehnen werde.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Sehr bemerkenswert!)

Es nimmt schon wunder, daß dann gleichwohl danach von der **SPD** eine **Anhörung vor dem Innenausschuß** verlangt wird, wenn doch die Ablehnung des Gesetzes schon vorher abgesprochen war. Ebenso hat sich die Fraktion **DIE GRÜNEN** bereits von Anfang an gegen das Gesetz gestellt, aber auch eine Anhörung gefordert.

(Such [GRÜNE]: Aber natürlich!)

Bei solchen Verfahren müssen sich all diejenigen Vertreter, die der Sache wegen gekommen waren, als Statisten politischer Öffentlichkeitsarbeit vorgekommen sein.

(Such [GRÜNE]: Sie hatten die Möglichkeit, sich öffentlich zu äußern! – Zurufe von der **SPD**)

Meine Damen und Herren, uns hat das Ergebnis der Anhörung gezeigt, daß wir mit beiden Gesetzen auf dem richtigen Weg sind.

(Widerspruch von der **SPD**)

Das **Katastrophenschutzergänzungsgesetz** trägt außerdem den richtigen Namen und nicht die Bezeichnung, die Sie wählen. Denn es ergänzt in der Tat nur Gesetze, die seit 20 Jahren bestehen.

(Such [GRÜNE]: Es bietet keinen Schutz vor Katastrophen!)

Die in dem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen kommen dem **Katastrophenschutz** in vielen Bereichen zugute.

(Such [GRÜNE]: Orwellsche Sprachverdrehung!)

Insbesondere wird die seit Jahrzehnten bestehende Mitarbeit der Hilfsorganisationen im Gesetz festgeschrieben. Sie haben einen entscheidenden Anteil am Ausbau der Vorsorge bei Katastrophen.

An dieser Stelle danke ich allen Organisationen, die sich jahrelang mit positiven Anregungen um die Verbesserung des **Katastrophenschutzes** bemüht haben

(Beifall bei der **CDU/CSU** und bei Abgeordneten der **FDP**)

und deren Sachkenntnis und Erfahrungen in die Gesetzesentwürfe eingeflossen sind. Ich danke ausdrücklich dem Deutschen Roten Kreuz, dem Malteser-Hilfsdienst, der Johanniter-Unfall-Hilfe, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, dem Deutschen Feuerwehrverband, der Bundesärztekammer, dem Deutschen Städtetag, dem Verband der Helfer in den Regieeinheiten und Einrichtungen des **Katastrophenschutzes** in der Bundesrepublik Deutschland, der **THW-Helfervereinigung** und nicht zuletzt ihrem Präsidenten, unserem Kollegen Johannes Gerster,

(Beifall bei der **CDU/CSU** – Lachen bei der

SPD und den **GRÜNEN**)

der sich

(Such [GRÜNE]: Sie haben den **CVJM** vergessen! Das ist eine Ungeheuerlichkeit!)

– ich habe nur noch eine Minute; ich muß mich beeilen – dieses Themas immer wieder mit großem Nachdruck angenommen hat und der sich für die Verabschiedung der vorliegenden Gesetzesentwürfe engagiert eingesetzt hat. Ich danke auch den Kollegen aus der **FDP**-Fraktion, insbesondere dem Kollegen Dr. Hirsch. Wir haben nach dem Ausräumen von Bedenken sehr gut zusammengearbeitet.

(Graf [SPD]: Oh!)

Nicht minder herzlich danke ich dem Bundesinnenminister. Die für diesen Bereich verantwortlichen Herren haben mit viel Einsatz und Geduld jahrelang konstruktive Arbeit geleistet.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Wo bleiben die Blumen?)

Für uns sind beide Gesetzesentwürfe ein entscheidender Schritt zum Wohl unserer Bevölkerung.

(Austermann[CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich bitte Sie, diese Gesetzesentwürfe heute zu verabschieden.

Den Entschließungsantrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei der **CDU/CSU** und der **FDP**)

Präsidentin Dr. Süßmuth: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nöbel.

Dr. Nöbel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kalisch, ich habe gedacht, ich habe Sie bei derselben Anhörung gesehen, bei der ich anwesend war.

(Such [GRÜNE]: Richtig! Sehr richtig!)

Daß Sie zu ganz anderen Schlußfolgerungen kommen, liegt nicht an uns.

(Beifall bei Abgeordneten der **SPD** – Such [GRÜNE]: Er ist immer draußen gewesen!)

Nach jahrelangen Anläufen und einer Reihe von Referentenentwürfen, die schließlich alle auf Grund der großen Widerstände verworfen wurden, liegt der jetzige Entwurf nach langwierigen Erörterungen und Verhandlungen, was den Bereich der Hilfsorganisationen betrifft, mehr oder weniger zufriedenstellend auf deren Linie.

Das begrüßen wir. Wir begrüßen das um so mehr, als wir Sozialdemokraten wesentlichen Anteil an diesen Verbesserungen haben.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Also stimmen Sie zu?)

– Herr Präsident, warten Sie ab!

(Lutz [SPD]: Das war der andere! – Frau Dr. Sonntag-Wolgast [SPD]: Der da!)

– Das war der andere Präsident, Frau Präsidentin. –

(Heiterkeit)

Die Verbesserungen wurden seinerzeit von uns mit unserem zunächst Vier-Jahres- und dann Zehn-Jahres-Förderungsprogramm für den Einsatz im friedensmäßigen

Katastrophenschutz eingeleitet.

Im Anfangsstadium des jetzigen Entwurfs konnten wir in Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister und den Koalitionsfraktionen weitere Unterstützung leisten.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Also stimmen Sie zu?)

Das wissen die Feuerwehren – ich schließe mich da an, Herr Kalisch –,

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Wir danken für die Zustimmung!)

das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund, der Malteser-Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft – Frau Vollmer –, das Technische Hilfswerk; zu den Ärzten komme ich nachher.

(Such [GRÜNE]: CVJM!)

In einem kurzen Beitrag zur ersten Lesung habe ich dies zum Ausdruck gebracht. Ich wiederhole es heute ganz bewußt.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Sind wir hier in einer Danksagung?)

Aber ich füge hinzu: Da gibt es in der Gesetzgebung Zusammenhänge, die diese Organisationen und Verbände außen vor lassen. Sie interessieren sie nicht. Ich erinnere an die Diskussion über den Schutzraumbau und die **Schutzraum-Baupflicht**. Da haben die Verbände gesagt, sie hielten sich da heraus.

Bevor ich zur Kritik komme – sie wird massiv sein –, will ich den Liberalen, insbesondere dem Kollegen Dr. Hirsch, gern bescheinigen, daß ich ihnen anrechne, wenigstens den Schwachsinn der Schutzraum-Baupflicht aus diesem Gesetzentwurf herauskoaliert zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Kalisch [CDU/CSU]: Das ist schlimm!)

Dennoch, dieser Entwurf ist das – hofentlich nur vorläufige – Ergebnis einer langen Leidensgeschichte. Uns tut es mehr als leid, daß er in dieser Form – falls es überhaupt eine ist – Gesetz werden soll.

Erstens. Der Zeitpunkt der Verabschiedung jetzt, in dem alle vorhandenen Schutzräume, die ja als Schutz vor einem Angriff des Warschauer Pakts erfunden sind, DDR-Übersiedlern als Übergangwohnheime geöffnet werden, ist nicht gerade geschmackvoll.

(Such [GRÜNE]: Richtig! Sehr richtig!)

Wenn im Einzelplan 36 – Zivile Verteidigung – für 1990 für den **Schutzraumneubau** wiederum über 100 Millionen DM etatisiert sind, die man jetzt in den Wohnungsbau hätte stecken müssen,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Such [GRÜNE]: Das haben wir beantragt!)

und wenn in diesen Zeiten der Veränderung und Öffnung in Mitteleuropa die Bewältigung des Verteidigungsfalles politisch forciert wird – nach altem Schema, wie auch die überholten Übungsschablonen von WINTEX/CIMEX drastisch verdeutlichen –, dann paßt das zu diesem Zeitpunkt wie eine

Faust aufs Auge.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch ist es nicht geschmackvoll – man beachte meine krampfhaften Versuche, mich parlamentarisch angemessen auszudrücken –, heute Forschungsmittel für Experimente an gesunden und kranken Menschen zur Verfügung zu stellen, die in Angstzustände versetzt werden – ich erinnere an die Nervenklinik in München – und als Testpersonen für die beruhigende Wirkung einer **Antipanikpille** für die Menschen im Chaos des Verteidigungsfalles mißbraucht werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens. Es stellt sich die Frage, ob der einstimmige Beschluß des Bundestages vom 3. Juli 1980 noch gilt oder nicht. Der Gesetzentwurf beantwortet diese Frage nicht. Die Beschlußlage von damals lautet: a) Vereinfachung der Gesetzgebung, b) Koordination der zivil-militärischen Zusammenarbeit, c) Vorlage eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes und d) verbesserte Aufklärung der Bevölkerung.

Nun sind nicht nur mehr als neun Jahre ins Land gegangen, sondern auch ganz wesentliche Veränderungen, die ich mittlerweile doch wohl als Allgemeinwissen voraussetzen darf. Diesen wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen wird der Gesetzentwurf ganz und gar nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Drittens. Die längst überfällige Herausarbeitung von Rechtsklarheit im **Kompetenzverhältnis Bund/Länder** wird nicht nur nicht geleistet, sondern einfach ignoriert. An ein solches Gesetz muß die Anforderung gestellt werden, Versäumnisse des Gesetzgebers aus der Vergangenheit korrigieren zu wollen, zumal wir uns in diesem Falle im Grundgesetzbereich bewegen.

Wenn schon das Gesetz über den erweiterten Katastrophenschutz von 1968 in diesem Punkt bedenklich war, kann man diese Erweiterung nicht noch einmal erweitern, indem man von „Ergänzung“ spricht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich hat der **Katastrophenschutz** einen hohen Stellenwert im öffentlichen Bewußtsein; Gott sei Dank hat er ihn erlangt. Nach Tschernobyl und Sandoz, nach Rämstein, nach einer Masse von Großkatastrophen in der Welt, über den Fernsehschirm ins Haus gebracht, vom Hurrikan über Flugzeugabstürze, von Zugunglücken, Massenkarambolagen bis zu Explosionen in der chemischen Industrie und den Erdbeben in Armenien – Sie haben darauf hingewiesen – und in San Francisco, ist doch die Angst vor **Verstrahlung des Landes bei Zerstörung von Atomreaktoren**, vor Vergiftung der Luft, des Wassers und des Bodens kein Wunder.

Deshalb ist doch genau dies das politische Thema, um das es eigentlich geht.

(Such [GRÜNE]: Richtig!)

Darauf zielt unser Entschließungsantrag – auf den ich zurückkomme –, der Gesetzentwurf leider nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bleibe bei dem Problem der **Rechtsklarheit**: Der Auftrag des Bundestages zur Vereinfachung der Gesetzgebung wird als Auftrag zum weiteren Durcheinander verstanden. In Art. 4 werden Vorschriften außer Kraft gesetzt, in den Artikeln 1 bis 3 werden Gesetze und Vorschriften ergänzt, und zwar im wesentlichen mit für die Betroffenen negativen Folgewirkungen, in zwei Einzelfällen, für zwei Amtspersonen, in positiver Weise. Das Gesetz über den Zivilschutz bleibt bestehen, eine Masse von Vorschriften ebenfalls. Im parlamentsfreien Raum werden zahlreiche Vorschriften im Exekutivbereich folgen.

Rechtsklarheit, behaupte ich, ist nur in dem gegeben, was ich einleitend sagte, und im THW-Helferrechtsgesetz. Ansonsten fehlt es nicht nur an Rechtsklarheit, sondern ebenso an **Rechtssicherheit**. Der Gesetzestext – ich spreche vom Katastrophenschutzergänzungsgesetzentwurf – ist im Vergleich mit der großen Mehrheit der Gesetzentwürfe eigentlich knapp gefaßt. Das liegt daran, daß er wenig zu bieten hat, aber daß er mehr als andere in wenigen Sätzen zuviel kaputtmacht. Zumindest kompliziert er die ohnehin zu große Zersplitterung der Gesetzeslage um ein weiteres Gesetz.

Bundes- und Länderzuständigkeiten, Materien des Katastrophenschutzes, des Beamtenrechts, der Gesundheitsversorgung, der Arbeitssicherstellung, des Selbstschutzes, der Schutz im Verteidigungsfalle einerseits und im Frieden andererseits sind unklar und unübersichtlich miteinander verschränkt. Statt Gesetzesvereinfachungen, wie vom Parlament gefordert, wird noch mehr Zersplitterung und Komplikation angeboten, also das Gegenteil von Rechtsklarheit und Rechtssicherheit.

Viertens. Die vorgesehene **Hilfeleistungspflicht**, zwangsweise angeordnet, verstößt ganz eindeutig gegen das Grundgesetz, das in Art. 12 Abs. 2 sagt:

Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

In Art. 12a des Grundgesetzes heißt es zum Ersatzdienst:

Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf...

Die **Anhörung vor dem Innenausschuß** am 6. Oktober dieses Jahres ergab dazu, daß auch die Hilfsorganisationen diese Dienstleistungspflicht ablehnend sehen, allein schon deshalb, weil die Betroffenen nicht ausreichend ausgebildet würden und eher ein Hindernis seien, statt effiziente Hilfe üben zu können. Besonders schlampig

nenne ich die Nichtdifferenzierung hinsichtlich Frauen und sogar Schwerbehinderten, zumal es sich bei diesem Entwurf um grundsätzliche Regelungen handelt. Außerdem gilt das Beamtenrecht auch im Verteidigungs- und Spannungsfall, so daß es naheläge, die bestehenden beamtenrechtlichen Regelungen voll auszuschöpfen, bevor man wie hier Neuregelungen schafft.

Ich könnte eine Reihe weiterer Kritikpunkte anfügen, bis hin zur **Verletzung des Datenschutzrechts**. Selbst nach den Grundsätzen des Volkszählungsurteils ist die Erhebung, Speicherung und Verwertung persönlicher Daten nur mit Zustimmung des Betroffenen oder durch Gesetz aus sachlich zwingendem Grund zulässig. Zum Beispiel enthalten die Arbeitsverträge des Krankenhauspersonals solche Voraussetzungen überhaupt nicht. Gegenüber Krankenhauspersonal in privater oder kirchlicher Trägerschaft werden um so mehr rechtswidrige Vorschriften erlassen.

Fünftens. Überhaupt nicht ernst genommen wird die Kritik breiter Kreise der **Ärzeschaft**, die sich zunehmend verstärkt. Es ist nicht allein die IPPNW, d. h. die Internationale Vereinigung der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, es sind u. a. – und jedesmal fast einstimmig – die Delegiertenversammlungen der Ärztekammern Hamburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg und der Vorstand der Landesärztekammer Berlin.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Das entspricht nicht den Tatsachen!)

Weitere werden folgen. Wenn ich die Stellungnahme des Innenministers von Baden-Württemberg an den Bundesinnenminister vom 29. September dieses Jahres zu diesem Entwurf und die darin enthaltene Berufung auf Richtlinien der Landesärztekammer lese, dann habe ich den Eindruck, das müssen alte Richtlinien sein, die heute nicht mehr durchsetzbar sind. Die Ärzte legen uns eine Politik nahe, die sich mit den realen Bedrohungen unserer Zukunft befaßt und sich aus dem Mißverhältnis zwischen Mensch und Umwelt sowie Mensch und Natur herleitet. Denn Ängste, Depressionen, Suchten und psychosomatische Krankheiten bei Jugendlichen und Älteren erweisen sich immer häufiger, wie diese Ärzte sagen, als Reaktionen auf eine realistisch empfundene steigende Bedrohung unserer Lebenswelt.

Auch der **Deutsche Städte- und Gemeindebund** reiht sich in die Reihe der Kritiker ein. Er meint, durch die Bildung von drei Beiräten, wie sie vorgesehen sind, wäre eine unvermeidliche bürokratische Aufblähung verbunden.

Wir sagen, meine Damen und Herren: Statt gesetzliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Katastrophenschutzrichtlinien des Bundes und der Länder verbessert und damit in die Lage versetzt wer-

den, auf Großkatastrophen erfolgreich zu reagieren, konzentrieren sich die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen auf eine Neuregelung und Intensivierung der zivilen Verteidigung, d. h. des Zivilschutzes. Das ist die falsche gesetzgeberische Initiative zur falschen Zeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Gerster [Mainz] [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Der Gesetzentwurf ist ein Etikettenschwindel. Er regelt nicht Fragen des Katastrophenschutzes, sondern Fragen der zivilen Verteidigung. Die **SPD** – Herr Gerster, lassen Sie mich das noch zitieren – hat auf ihrem **Bundesparteitag** im August 1986 zum Zivilschutz einstimmig einen weitreichenden Beschluß gefaßt. Er lautet:

Alle über den Katastrophenschutz hinausgehenden Zivilschutzmaßnahmen für den Kriegsfall, insbesondere für den Atomkrieg, sind einzustellen. Sie sind kein Beitrag zur Friedensbildung und werden im Ernstfall niemanden schützen. Sie erwecken jedoch die Illusion eines solchen Schutzes und die Vorstellung, ein Krieg in Europa sei führbar, gewinnbar und überlebbar. Gesetzesvorhaben, die darauf abzielen, Ihnen wir ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Kalisch [CDU/CSU]: Das ist unglaublich!)

Präsidentin Dr. Süsmuth: Herr Abgeordneter Nöbel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herr Gerster?

Dr. Nöbel (SPD): Selbstverständlich.

Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Nöbel, wenn Sie den Schwerpunkt in Richtung Katastrophenschutz legen und meinen, der Zivilschutz hätte zurückzustehen, können Sie mir dann erklären, warum die SPD ausgerechnet dem THW-Gesetz zustimmt – das THW war von Haus aus eine Zivilschutzorganisation – und das Katastrophenschutzergänzungsgesetz ablehnt, das vor allem den privaten Organisationen helfen soll, die im Katastrophenschutz unmittelbar tätig sind? Können Sie diesen Widerspruch in Ihrem Verhalten einmal deutlich machen?

Dr. Nöbel (SPD): Herr Gerster, ich glaube, meine Schlußausführungen werden Ihre Frage eindeutig beantworten. Sie können sich ruhig setzen. Ihre Frage führt genau zu dem, was ich jetzt zu sagen beabsichtige.

Wir sagen deshalb, Herr Kollege Gerster, in unserem Entschließungsantrag:

Das Katastrophenschutzergänzungsgesetz entspricht nicht den Anforderungen, die an ein Gesetz –

– es liegt Ihnen vor –

zur Neuregelung des Schutzes der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zu stellen sind, und ist deshalb abzulehnen: Die Bundesregierung

– und das ist die Antwort auf die erste Frage –

wird aufgefordert, in enger Abstimmung

mit den für den Katastrophenschutz zuständigen Bundesländern eine Konzeption dem Deutschen Bundestag zuzuleiten, die folgende Voraussetzungen erfüllt:

Das ist unsere Alternative. Wir sagen dann im Punkt 1: gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern und im Punkt 2: Zusatzprotokolle. Sie haben darauf hingewiesen. Wir hören gerne, daß da in diesem Jahr noch etwas kommen soll, legen aber Wert darauf, daß sie ohne Vorbehalte und Einschränkungen zu ratifizieren sind.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Das ist doch keine Alternative zu den Gesetzen hier!)

Der Schutz der Bevölkerung, des Lebens, der Gesundheit und der freien Entfaltung des Menschen ist oberster Verfassungsgrundsatz.

So beginnt unsere Begründung.

(Lüder [FDP]: Na also!)

Die **Finanzierung des Katastrophenschutzes im Frieden** bedarf nach wie vor der Bundeshilfe. Der Ansatz muß die Begründung einer **neuen Gemeinschaftsaufgabe** im Sinne von Art. 91 a des Grundgesetzes und die Festlegung eines Verteilungsschlüssels sein. Wer sich an die hilflosen Auseinandersetzungen, meine Damen und Herren, um die Zuständigkeiten nach Tschernobyl erinnert, weiß, wovon ich rede.

(Wartenberg [Berlin] [SPD]: Ja!)

Nicht einmal die Meßwerte waren unter einen Hut zu bringen. Jedes Land hat anders gemessen, und der Bund hat sich fein herausgehalten, zunächst einmal.

Also, Regelungsbedarf gibt es zur Genüge, und zwar für das, was wir vor der Nase haben, und nicht für Dinge, die im Ernstfall ohnehin nicht zu regeln sind.

Dem **THW-Helferrechtsgesetz**, Herr Gerster, stimmen wir deshalb zu, weil es nicht mehr zumutbar ist, daß die Helfer in einem rechtlosen Zustand arbeiten. Schon 1980 hat die Bundesregierung – Sie wissen, wer damals regiert hat –

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Eine fürchterliche Zeit!)

diese Zusage gemacht. Und es kann ja wohl nicht sein, daß wir uns heute anders verhalten würden. Hier werden Rechtsgrundlagen geschaffen – ich habe Ihnen das im Innenausschuß gesagt –, denen wir voll zustimmen. Und wir betonen, daß die Arbeit des THW mittlerweile im friedensmäßigen Katastrophenschutz so stark angesiedelt worden ist, daß wir hier keine formalen Dinge ins Feld zu führen brauchen.

Wir lehnen das Katastrophenschutzergänzungsgesetz ab. Wir stimmen natürlich unserem Entschließungsantrag zu.

Ich will nur noch sagen, daß wir die im Innenausschuß vereinbarte Regelung für den Bundesverband für den Selbstschutz nachdrücklich und ausdrücklich begrüßen.

Aber die schwerwiegenden grundsätzlichen Bedenken, die ich hier vorgetragen habe, lassen eine Zustimmung zum Katastrophenschutzergänzungsgesetz für uns nicht zu.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD – Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Der Widerspruch ist nicht aufgelöst! – Dr. Nöbel [SPD] [das Rednerpult verlassend]: Natürlich ist er aufgelöst!)

Präsidentin Dr. Süßmuth: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Nöbel, das war in der Tat eine schwache Antwort; denn Sie wissen ja genau, daß wir die Regelungen zum THW-Gesetz nur aus berlinrechtlichen Gründen aus dem Gesetzentwurf herausgenommen haben. Sonst wären sie ein immanenter Bestandteil gewesen. Und von daher ist es ganz unverständlich, daß Sie einem Teil des Gesetzes zustimmen und den anderen mit großer Verve ablehnen.

(Wartenberg [Berlin] [SPD]: So etwas kommt häufig vor!)

Es gibt kaum ein Gesetz, das so polemisch und unter so vollständiger Verdrehung des Inhaltes angegriffen worden ist wie dieses. Und die meisten Kritiker sind ganz offenkundig Leute, die sich nur auf die Agitation der IPPNW verlassen und das Gesetz selber überhaupt nicht gelesen haben.

(Beifall bei der FDP – Wartenberg [Berlin] [SPD]: Herr Hirsch, das haben Sie doch nicht nötig!)

Ich bedaure besonders die Haltung der SPD, weil Sie, Herr Nöbel, ja mit großer Sorgfalt, mit großer Intensität die ganzen Verhandlungen mit den freiwilligen Organisationen mit geführt, initiiert haben, weil wir der Überzeugung waren, daß das ganze Gesetz, der Katastrophenschutz, nur in völliger Übereinstimmung mit den freiwilligen Organisationen funktioniert.

(Dr. Nöbel [SPD]: Dazu stehe ich auch!)

Und wir haben diese Übereinstimmung erzielt.

(Vorsitz: Vizepräsident Stücklen)

Wir haben sie auch erzielt mit der Bundesärztekammer. Wir haben sie auch erzielt mit dem Deutschen Roten Kreuz. Und nun steigen Sie aus Gründen, die sich jeder denken kann – ich sage: populistischer Art –, aus diesem Unternehmen aus.

(Dr. Nöbel [SPD]: Nein, nein!)

Und das bedauere ich sehr.

Es ist zweifellos eine staatliche Aufgabe, zum **Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen** alle notwendigen und irgend möglichen Vorkehrungen zu treffen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Katastrophen im Frieden oder im Krieg handelt.

Wir wissen auch, daß die Überlebenschancen bei einer kriegerischen Auseinandersetzung in Mitteleuropa äußerst gering sind. Der Oberbürgermeister von Würzburg genießt meine volle Sympathie. Er hat sich

mit Recht geweigert, bei der CIMEX-Übung den Untergang seiner Stadt und der Bundesrepublik mitzuspielen. Ich wundere mich nur darüber, daß er der einzige Oberbürgermeister geblieben ist, der gesagt hat: Das ist nicht mehr erträglich.

Aber das alles ändert nichts daran, daß die möglichst gute Ausstattung des Katastrophenschutzes nicht Katastrophen hervorruft, sondern ihre Folgen begrenzen soll. Wer die Feuerwehr möglichst gut ausstattet, wird dadurch doch nicht zum Brandstifter. Wenn der Versuch, die Zivilbevölkerung zu schützen, die Kriegsgefahr erhöht, dann weiß ich nicht, warum dieselben Kritiker des Gesetzes gleichzeitig die möglichst schnelle Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum Genfer Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten fordern. Dann müßte man zurück zu den Schlachtfeldern von Solferino, und das Rote Kreuz wäre der größte Kriegsverursacher, den es je gegeben hat.

(Such [GRÜNE]: Also, diese Schlachtfelder mit einem Atomkrieg zu vergleichen ist ungeheuerlich!)

Das ist natürlich Unsinn.

Die Ratifizierung der Zusatzprotokolle wird noch in diesem Jahr eingeleitet. Wir wollen den **Schutz vor Katastrophen** jeder Ursache so wirkungsvoll wie irgend möglich machen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Die GRÜNEN sind nicht nur verwirrt, sie sind geradezu böse!)

Wir wissen, daß der Katastrophenschutz nur auf freiwilliger Grundlage funktioniert und daß die Arbeit der auf diesem Gebiet tätigen **Organisationen** – das Rote Kreuz, Johanniter, Malteser, Arbeiter-Samariter-Bund, öffentliche und freiwillige Feuerwehren, DLRG, Technisches Hilfswerk – unverzichtbar sind. Je besser wir diese Organisationen und ihre freiwilligen Helfer personell und sachlich ausrüsten und ausbilden, je intensiver sie die Zusammenarbeit untereinander und mit den Katastrophenschutzbehörden üben, um so mehr werden sie in ihrer täglichen Arbeit bei Großveranstaltungen, Volksfesten, Waldbränden, Flugkatastrophen und Industrieunfällen dem Bürger helfen können. Jede Leistung, die wir für diese Organisationen erbringen, wirkt sich unmittelbar zum Schutz der Bevölkerung bei jedem Einsatz, bei jeder Tätigkeit dieser Organisationen, bei jeder Veranstaltung, bei jeder Katastrophe aus; und genau das wollen wir.

(Such [GRÜNE]: Auch bei einer Atomkatastrophe!)

Natürlich beinhaltet der Gesetzentwurf auch **Regeln** für den Fall eines Krieges, also **für den Spannungsfall**. Wir haben aber sorgfältig darauf geachtet, daß Maßnahmen, die den einzelnen belasten, erst nach der Erklärung des Spannungsfalls durch das Parlament wirksam werden können. Es ist geradezu eine Groteske, daß ausgerechnet die GRÜNEN mit einem gleichzeitig zu be-

handelnden Antrag die Mitwirkung oder die Entscheidung des Parlaments beim Spannungsfall aushebeln wollen. Das ist absolut unverständlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Bund beteiligt sich an der Ausrüstung und der Ausbildung der Organisationen und der freiwilligen Helfer. Es wird keine Verpflichtung zum Schutzraumbau geben, wohl aber eine Bezuschussung bei freiwilligen Leistungen. Es gibt keine allgemeine Zivilschutzdienstpflicht, außer der Verpflichtung, im Einzelfall, im Spannungsfall, wenn die Hilfen nicht ausreichen, eine beschränkte Zeitlang herangezogen zu werden. Die Bevölkerung kann nicht verpflichtet werden, wie das heute nach geltendem Recht noch möglich wäre, einen Ort zu verlassen oder an ihm zu bleiben, außer im erklärten Spannungsfall nach Art. 80a des Grundgesetzes.

Die Landesbehörden müssen die Planung des Krankenhaus- und Rettungswesens sichern. Dabei wirken die standesärztlichen Organisationen und die Beiräte, die wir gegründet haben, mit. Das ist der einzige Kritikpunkt der kommunalen Spitzenverbände, die sonst mit dem Gesetzentwurf einig sind.

Irgendwelche Meldepflichten müssen aufgehoben werden, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangt.

Wer in solchen Regelungen eine Kriegsvorbereitung sieht, weiß nicht, wovon er spricht.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den vielen hundertausend **ehrenamtlichen Helfern** in unserem Land danken,

(Such [GRÜNE]: Jetzt kommt die Leier!)

die sich freiwillig und ehrenamtlich für diese wichtigen Aufgaben zur Verfügung gestellt haben und die es weder verstehen noch verdient haben, daß man ihre Arbeit als eine Art Kriegsvorbereitung diffamiert. Ich halte das für unglaublich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Such [GRÜNE]: Das tut auch niemand!)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch der Ärztekammer und den Vertretern der anderen freiwilligen Katastrophenschutzorganisationen für ihre intensive Mitarbeit an diesem Gesetz danken. Wir werden sie bei ihrer Arbeit unterstützen, die unverzichtbar ist.

Ich bedanke mich ebenso bei den Kollegen der Koalition, aber auch bei dem Kollegen Nöbel für die intensive Mitarbeit, die wesentlich zum Zustandekommen des Gesetzes beigetragen hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Herr Nöbel würde gern zustimmen, nur darf er nicht!)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Such.

Such (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hirsch, es ist eine Ungeheuerlichkeit und es zeigt eigentlich

Ihre Verharmlosungstaktik und Ihre Unkenntnis, wenn Sie Schlachtfelder, auf denen das Deutsche Rote Kreuz segensreich gewirkt hat, mit einem zukünftigen Spannungsfall oder vielleicht sogar mit einem Atomkrieg vergleichen.

Ich hatte gedacht, die Geschichte wäre uns am Donnerstagabend in den Arm gefallen. Ich habe am Freitagmorgen in der Innenausschußsitzung beantragt, die Beratung dieses Gesetzes von der Tagesordnung zu nehmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hätten Sie gern gehabt!)

Das ist leider nicht geschehen. Das ist nicht möglich gewesen, weil die Herren von der Koalition dem nicht zustimmen wollten.

Im Osten Bewegung, im Westen nichts Neues – so könnte man die Rahmenbedingungen dieses Gesetzesvorhabens beschreiben. Statt den rasanten Veränderungen im Warschauer Pakt und im Ost-West-Verhältnis Rechnung zu tragen, wird hierzulande neben der militärischen auch die zivile Verteidigung fortgeschrieben und ausgebaut; denn nur dieser – hören Sie bitte zu – organisatorischen Vorbereitung von Maßnahmen im Krieg dient das Gesetz, schon weil die Bundeszuständigkeit hierauf begrenzt ist. **Ziviler Katastrophenschutz** ist Ländersache.

Zur Verringerung oder Bewältigung von Katastrophen im Frieden trägt es trotz des insoweit bewußt irreführenden Titels nicht bei. Die langjährigen Mahnungen auch von seiten beteiligter Behörden und Organisationen, die Gesamtorganisation der Zivilverteidigung vorbehaltlos auf Effektivität und Erforderlichkeit hin zu überprüfen, wurden in den Wind geschlagen, interessanterweise von derselben CDU/CSU, die Ende der 70er Jahre nicht müde wurde, eine aktualisierte geschlossene Konzeption der zivilen Gesamtverteidigung zu fordern.

Nichts von dem liegt vor. Statt dessen ist heute wieder wie schon während der zurückliegenden Beratungen das Hohelied der selbstlosen Helferinnen und Helfer in den Katastrophenschutzorganisationen gesungen worden.

(Feilcke [CDU/CSU]: Zu Recht!)

Man bezieht sich sogar selbst in diese Lobhudelei ein. Dem Dank für deren Einsatz bei Unglücken und zunehmenden Alltagsgefahren können wir uns nur voll anschließen. Das möchte ich ausdrücklich bekräftigen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Und warum nennen Sie das Lobhudelei?)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gerster?

Such (GRÜNE): Nur wenn das nicht von meiner Redezeit abgezogen wird.

Vizepräsident Stücklen: Nein, das wird nicht abgezogen.

(Feilcke [CDU/CSU]: Obwohl das gut wäre, Herr Kollege!)

Such (GRÜNE): Lassen Sie mich aber noch den Gedanken zu Ende führen.

Nur, diese Menschen, deren Hilfsbereitschaft und Engagement für eine Einplanung auch im Krieg ausgenutzt wird, werden sich nicht auf alle Zeiten für dumm verkaufen lassen.

Bitte, Ihre Zwischenfrage.

Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Herr Kollege Such, ist Ihnen wirklich entgangen, daß die neue gesetzliche Regelung vorsieht – erstmals in einem Gesetz –, daß das Technische Hilfswerk, das ja ursprünglich eine reine Zivilschutzorganisation war, im Friedensfall bei Katastrophen, auch im Ausland, eingesetzt wird? Wenn Ihnen das nicht entgangen ist: Wie können Sie dann ernsthaft behaupten, hier werde im Prinzip nur Zivilschutz gemacht? Das Gegenteil ist der Fall.

Such (GRÜNE): Das ist mir natürlich nicht entgangen. Wir begrüßen auch grundsätzlich jeden Einsatz im zivilen Katastrophenschutz. Hören Sie mir bitte zu. Was Sie aber vorhaben, ist eine Vermischung. Ziviler Katastrophenschutz ist jedoch nicht Bundessache, sondern Ländersache. Das sollten Sie trennen. Ich werde in meinen weiteren Ausführungen auch dazu noch etwas sagen.

Sie wollen den Eindruck erwecken, als wendeten sich die GRÜNEN gegen zivilen Katastrophenschutz. Das ist nicht der Fall.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Such (GRÜNE): Natürlich, den ganzen Vormittag.

Gerster (Mainz) (CDU/CSU): Herr Kollege Such, würden Sie bitte folgendes noch einmal zur Kenntnis nehmen – und dann auch Ihre Meinung überdenken –: Wenn eine ursprünglich nur für den Zivilschutz vorgesehene Organisation jetzt eine gesetzliche Ermächtigung bekommt, bei zivilen Katastrophen tätig zu werden, dann widerspricht das Ihrer Behauptung, wir wollten mehr Zivilschutz machen. Vielmehr entspricht das der Tatsache, daß sogar Zivilschutzeinheiten künftig im Rahmen des Katastrophenschutzes Tätigkeiten wahrnehmen können, d. h. sie können auf Grund gesetzlicher Regelung bei zivilen Katastrophen helfen.

Such (GRÜNE): Herr Kollege, was Sie vortragen, ist sehr kompliziert. Genau das Umgekehrte ist der Fall. Hören Sie bitte meinen weiteren Ausführungen zu. Dann werden Sie feststellen, was wir darüber denken.

(Feilcke [CDU/CSU]: Könnten Sie denn eine einfachere Frage beantworten?)

Die Organisationen erhalten mit diesem Gesetz Steine statt Brot oder allenfalls Brosamen vom Kuchen der kriegsbezogenen Aufwendungen vorgeworfen, deren Mitnutzung der Bund ihnen im Frieden wegen des Übungseffekts gestattet. Das ist der Punkt, Kollege. Mit diesem Konzept wird die Finan-

zierung der zunehmenden **Aufgaben der Helferverbände** nicht gesichert. Die gewohnten kleinteiligen Streitereien um Kostenabgrenzungen werden nicht vermieden.

Die GRÜNEN haben darum eine bedingungslose Beteiligung des Bundes an einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „friedensmäßiger Katastrophenschutz“ gefordert. Dieser Vorschlag ist von der Koalitionsmehrheit ebenso in den Wind geschlagen worden wie die seit fast zehn Jahren erhobenen Einwände gegen zentrale Punkte dieses Entwurfs und seiner Vorgänger. Abgetan wurden die grundsätzliche Kritik von DGB bis Datenschutzbeauftragten, von Ärztekammern bis zu kirchlichen Organisationen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt doch alles nicht!)

Vergessen sind bei der FDP auch einstige große Worte vom Aprilscherz, Kollege Lüders, den man verhindern werde. Liberales Umfallen sind wir aber inzwischen reichlich gewohnt.

Im vollen Bewußtsein, daß in diesem Haus regelmäßig nur noch Fraktions- bzw. Koalitionskonformität regiert, möchte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, trotzdem ermuntern, heute in eigener Verantwortung abzustimmen und dabei folgende zentrale Einwände noch einmal zu berücksichtigen.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, können Sie zum Schluß kommen?

Such (GRÜNE): Ich bin laufend unterbrochen worden. Ich möchte Sie bitten, meine letzten drei Sätze noch vortragen zu können.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, ich habe Sie pflichtgemäß gefragt, ob Sie die Zwischenfragen zulassen.

Such (GRÜNE): Sie haben mir gesagt, daß das nicht von der Redezeit abgerechnet wird.

Vizepräsident Stücklen: Das mache ich auch so.

Such (GRÜNE): Ich habe den Eindruck, daß das von der Redezeit abgerechnet wurde.

Vizepräsident Stücklen: Nein, der Eindruck, den Sie haben, ist falsch.

Such (GRÜNE): Lassen Sie mich dann bitte meinen letzten Gedanken noch zu Ende führen. Ich habe den Eindruck, daß meine Redezeit hier erheblich beschnitten worden ist, aber ich will Ihnen nichts unterstellen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, falls sich heute trotz alledem die Unvernunft durchsetzt und das Katastrophenschutzergänzungsgesetz angenommen wird, kündige ich hier schon an, dessen juristisch zum Teil abenteuerliche Passagen per Normenkontrolle in Karlsruhe überprüfen zu lassen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Von den GRÜNEN nichts Neues!)

Vizepräsident Stücklen: Ich erteile das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär Herrn Spranger.

Spranger, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß nach einem sehr schwierigen, fast acht Jahre anhaltenden Abstimmungsprozeß heute die vorliegenden Gesetze verabschiedet werden können, und zwar, Herr Kollege Nöbel, im Einvernehmen mit den **Hilfsorganisationen**. Deren Zustimmung ist verständlich; denn ihre Rechtspositionen werden verbessert.

Ich darf daran erinnern, daß ihre Mitwirkung in den staatlichen Hilfeleistungssystemen auf eine rechtlich und finanziell gesicherte Grundlage gestellt und ihr Sachverstand in die in staatlicher Kompetenz verbleibende Führung der **Katastrophenbekämpfung** eingebunden werden.

(Dr. Nöbel [SPD]: Da haben wir keine Meinungsverschiedenheit!)

Ich darf anmerken, daß die Organisationen nun auch ein gesetzliches Anhörungsrecht bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen des Bundes sowie ein Mitspracherecht in dem Katastrophenbeirat, der in Zukunft den Bundesminister des Innern in Angelegenheiten des Katastrophenschutzes beraten soll, erhalten.

Ich möchte im übrigen die Gelegenheit nutzen, diesen Organisationen gegenüber, die in den letzten Wochen bei der Betreuung der Übersiedler aus der DDR ganz Hervorragendes geleistet haben, hier Dank und Anerkennung zum Ausdruck zu bringen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Nöbel, gerade deswegen bedaure ich, daß Sie durch Ihre Ablehnung praktisch auch eine Verbesserung der Rechtsstellung nicht akzeptieren, die gerade nach den Erfahrungen der letzten Wochen doch notwendig und sinnvoll erscheint.

(Dr. Nöbel [SPD]: Doch! Die akzeptieren wir! Dabei waren wir sogar immer ganz vorne!)

– Man muß sich entscheiden. Ihre Ablehnung bedeutet eben eine Absage an diese Besserstellung.

(Dr. Nöbel [SPD]: Nein, ganz und gar nicht!)

Das bedauern wir.

Ich stelle fest, daß die vorgesehenen Ergänzungen die Strukturen des Gesetzes unberührt lassen. Schwerpunkte sind zum einen eine dem Katastrophenschutzrecht der Länder nachgebildete **persönliche Hilfeleistungspflicht**. Herr Kollege Nöbel, wenn Sie diese als verfassungswidrig kennzeichnen, sage ich Ihnen: Alle SPD-regierten Länder haben gleiche Regelungen. Wenn Ihr Vorwurf zuträfe, müßten Sie sofort solche Regelungen beseitigen. Das zeigt, daß Ihr Argument nicht zwingend erscheint.

Eine weitere Lücke soll durch die Einbeziehung des **Gesundheitswesens** in die Katastrophenschutzplanung geschlossen werden. Hier hat vor allem das tragische Flugzeugunglück auf dem Flughafen in Ramstein gezeigt, daß eine wirksame Hilfe in Unglücksfällen die rechtzeitige Einbeziehung der stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens voraussetzt.

Ich darf daran erinnern, daß in der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses am 6. Oktober fast alle angehörten Verbände und Organisationen den Gesetzentwurf begrüßt haben und für seine baldige Verabschiedung eingetreten sind. Daß das so lange gedauert hat, lag sicherlich nicht an der Bundesregierung. Die dort erhobenen Einwände treffen nicht den Kern.

Solange in einer Katastrophe den betroffenen Menschen geholfen werden kann, haben diese Menschen einen Anspruch darauf, daß der Staat die Hilfe rechtzeitig im Rahmen seiner Möglichkeiten organisiert. Niemand hat das Recht, anderen eine derartige Hilfe zu verweigern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gilt auch für den hoffentlich nie eintretenden Fall eines militärischen Konflikts. Alle zivilisierten Staaten in Ost und West sehen es auch für diesen Fall als ihre humanitäre Aufgabe an, der Bevölkerung im Rahmen des Möglichen Schutz und Hilfe zu gewähren.

Ich freue mich, daß diese Bewertung auch von denjenigen geteilt wird, denen die Hilfeleistung obliegt, und zwar von den Hilfsorganisationen, der Bundesärztekammer, der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenschutzmedizin, dem Verband der niedergelassenen Ärzte, dem Verband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitswesens, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und auch den Kirchen.

Ich verahre mich ganz entschieden dagegen, daß derartige **Vorsorgeplanungen** – es ist vorhin schon erwähnt worden – als Kriegsvorbereitung oder Störung des Entscheidungsprozesses diffamiert werden.

(Dr. Nöbel [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Sie haben es nicht gesagt, aber die Kreise, die das tun, sind heute schon angesprochen worden.

Derartige Vorsorgeplanungen stehen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, insbesondere mit den Zusatzprotokollen zu den Genfer Rotkreuzabkommen. Durch derartige humanitäre Maßnahmen wird überhaupt niemand bedroht. Die Zusatzprotokolle gehen davon aus, daß alle Vertragstaaten die möglichen und erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in einem Konfliktfall treffen. Wer die Ratifizierung der Zusatzprotokolle fordert – wenn ich es richtig sehe, tun dies ja alle Fraktionen dieses Hauses –, zugleich aber jede nationale Schutzvorkehrung ablehnt, han-

delt unglaubwürdig.

Ich bedaure es deswegen außerordentlich, daß die SPD-Bundestagsfraktion das Katastrophenschutzergänzungsgesetz ablehnt. Ich bedaure das deshalb, Herr Kollege Nöbel, weil hier im Grunde wieder ein Stück früherer gemeinsamer Politik aufgegeben wird.

(Dr. Nöbel [SPD] und Such [GRÜNE]: Die Zeiten haben sich geändert!)

Im Godesberger Programm stand ja noch ausdrücklich,

(Zuruf von der SPD: Da gab es auch noch keinen Gorbatschow!)

daß Sie sich zum Schutz der Bevölkerung in einem Konfliktfall bekennen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das paßt nicht mehr in die Zeit!)

Aber Sie sagen zu Recht: Die Zeiten haben sich offenbar geändert – leider.

Das gleichfalls vorliegende **THW-Helferrechtsgesetz** soll die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk auf eine gesetzliche Grundlage stellen und kommt damit einer Forderung der Verwaltungsgerichte nach. Das THW hat sich in seiner fast 40jährigen Geschichte zu einer unverzichtbaren Katastrophenschutzorganisation entwickelt, auf die Länder und Gemeinden in Katastrophen- und Unglücksfällen immer wieder zurückgreifen, und zwar in immer stärkerem Maße. Auch im Ausland, zuletzt um die Jahreswende in Armenien, hat sich das THW ganz hervorragend bewährt und einen ausgezeichneten Ruf erworben.

Durch das Gesetz soll das THW eine gesicherte Zukunft erhalten.

Ich bitte Sie deshalb, beiden Gesetzen im Interesse eines besseren Schutzes unserer Bevölkerung zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wüppesahl.

Wüppesahl (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde ein interessanter Widerspruch zwischen Herrn Such und Herrn Gerster offenbar. Herr Gerster hat mit sehr viel Geschick geglaubt, es verstehen zu können, uns weiszumachen, daß das **THW** jetzt quasi eine zivile Einrichtung geworden ist, weil es eine gesetzliche Ermächtigung erhalten hat,

(Dr. Rüttgers [CDU/CSU]: Gut, daß Sie das gemerkt haben!)

auch im normalen Katastrophenschutz eingesetzt zu werden.

Herr Gerster, genau das ist ja unsere Kritik! Das THW ist ausschließlich für den **Zivilschutz** geschaffen worden. So lauten auch seine Tätigkeitsbeschreibung und die Zuständigkeitsregelung. Jetzt wird mit einem politischen Husarenritt das THW, weil Sie intern – Sie sind ja beim THW sehr engagiert – erhebliche Motivationsprobleme haben, auch für den **Katastrophenschutz** eingesetzt. Das genau ist der Kern der Kri-

tik, die hier vorhin von Herrn Such vorgetragen worden ist, und die können Sie auch nicht zur Seite wischen, genauso wenig wie die Kritik des Bundesrechnungshofs am THW.

(Such [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Ich möchte hier meine Äußerungen aus der ersten Lesung nicht wiederholen. Sie haben sämtlich noch Bestand, auch was die Kritik des Bundesrechnungshofes betrifft.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt, unter dem das THW-Gesetz notwendigerweise abzulehnen ist, ist auch die politische Begründung, die Sie, Herr Nöbel, für die SPD-Fraktion zu beiden Gesetzentwürfen gegeben haben. Das ist der zweite hochinteressante Widerspruch, den der heute ausnahmsweise fit auftretende Herr Gerster aufgetan hat.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Ich bin immer fit, nicht nur heute! – Dr. Nöbel [SPD]: Die Helfer vom THW sind meistens Wehrdienstverweigerer! Vergessen Sie das nicht!)

– Ich weiß das, Herr Nöbel, aber das ändert nichts an der Bestimmung des THW.

Die Lösung dieses Problems – das müßte doch auch für Sie, für die Kollegen in der SPD-Fraktion, recht einfach sein – ist doch die Feuerwehr. Sie sprechen doch genauso wie ich mit Einsatzkräften, die auf lokaler Ebene angesiedelt sind.

(Dr. Nöbel [SPD]: Das sind Äpfel und Birnen!)

Sie hören doch ständig, das THW habe immer die beste Sahne an Gerät und Ausstattung; das sagen Ihnen alle bei der Feuerwehr. Es ist überhaupt kein Problem – auch mit den Einsatzführern bei der Feuerwehr bekommen Sie schnell Konsens –, diese Einsatz- und Bergungszüge des THW in die Feuerwehr zu überführen.

(Widerspruch bei der SPD)

Dann haben Sie den ganzen Kladamatsch, den Sie so vehement politisch bekämpft haben, Herr Nöbel, nämlich Zivilschutz – wie unsinnig der ist etc. pp. –, weg, organisatorisch, institutionell aufgelöst. Mit diesem Widerspruch gehen Sie als SPD-Fraktion in die Abstimmung. Den werden Sie dann auch bei den Organisationen draußen vertreten müssen.

Die historische Sehnsucht der Unionsparteien, Herr Hirsch – und da ist die FDP wirklich auf die Schleimspur gekrochen –, nach einer **Zivilschutzdienstpflicht** hat das BMI zu einer in der Tat systematisch völlig verfehlten Vorschrift veranlaßt, die angesichts der bereits angemeldeten grundsätzlichen Kritik nur mit einem politisch-juristischen Husarenritt durchgesetzt werden konnte. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß das Parlament feststellen soll, ob alle Bürger oder Teile der Bürger der Zivilschutzdienstpflicht unterliegen. Sie wissen mit Ihrer langjährigen parlamentarischen Erfahrung genauso oder noch besser als

ich, wie die Verhältnisse in der Bundesrepublik aussehen würden, wenn wir einen solchen Spannungs- oder Kriegsfall tatsächlich eintreten ließen.

(Abg. Dr. Hirsch [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Wüppesahl, obwohl Ihre Redezeit abgelaufen ist, Sie aber Herrn Hirsch unmittelbar angesprochen haben, lasse ich Herrn Hirsch noch eine Zwischenfrage stellen. – Bitte schön.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Kollege Wüppesahl, haben Sie wirklich nicht verstanden, daß hier nur dieselbe Regelung wie in den Katastrophenschutzgesetzen aller Länder getroffen wird, daß nämlich dann, wenn Helfer nicht mehr zur Verfügung stehen, jemand nur in einem konkreten Einzelfall zur Hilfe herangezogen werden kann, daß also nur das geschieht, was Sie normalerweise auch ohne gesetzliche Regelung machen würden, wie ich hoffe, so daß von einer Zivilschutzdienstpflicht überhaupt nicht die Rede sein kann? Haben Sie das wirklich nicht verstanden?

Wüppesahl (fraktionslos): Ich bin anderer Auffassung als Sie, Herr Hirsch.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Aber Ihre andere Auffassung ist falsch!)

– Ich möchte es jetzt nicht polemisch zurückgeben, Herr Gerster, wer von uns was nicht verstanden hat, wie es dann tatsächlich in der Praxis aussähe. Es ist meines Erachtens so, wie ich es dargestellt habe. Es läuft faktisch auf eine Zivildienstpflicht hinaus.

Mein Schlußsatz, Herr Stücklen. Ich freue mich dennoch über die Rede von Herrn Nöbel, weil sie im Kern ein hohes Maß an Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik mit einer grünen Fraktion möglich erscheinen läßt, auch wenn Sie den Widerspruch zu Ihrer Zustimmung zum THW-Gesetz nicht auflösen konnten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Lüder.

Lüder (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Such, nachdem jetzt von seiten der Grünen, ich glaube, zum zweitenmal meine griffige, kritische Formulierung zu ersten Überlegungen zur Neufassung des Gesetzes gebracht worden ist, lege ich Wert auf die Feststellung, warum ich diesem Gesetz zustimme.

Als Parlamentarier sehe ich es als meine Pflicht an, zu werten, abzuwägen, und habe die ersten Vorstellungen, die vor mehr als Jahr und Tag kamen, abgelehnt. Das Gesetz hat, wie wir heute in der Debatte erfahren haben, nicht zuletzt durch die Anhörung wesentliche Änderungen bekommen und

meine Hauptkritikpunkte, die ich in der nachlesenswerten Erklärung gehabt habe, seitigt. Ich respektiere die Veränderung des Gesetzentwurfes und ziehe daraus die Konsequenz, daß ich ihm zustimme. Nur wenn wir uns als Parlamentarier ernst nehmen, müssen wir vorneweg sagen können, wogegen wir sind, und müssen dann aber auch zustimmen, wenn diese Bedenken weg sind. Wir können nicht sagen: Weil wir einmal nein gesagt haben, müssen wir immer nein sagen, auch wenn etwas Besseres herausgekommen ist. Deswegen stimme ich hier zu.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Stücklen: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Einzelberatung und Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes.

Ich rufe die Art. 1 bis 5 sowie Einleitung und Überschrift in der Ausschlußfassung auf. Wer zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Die aufgerufenen Vorschriften sind mit Mehrheit angenommen.

Wir treten in die **dritte Beratung**

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen wünscht, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Der Gesetzentwurf ist in der dritten Beratung mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/5682. Wer stimmt für diese Entschließung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung aus der Fraktion DIE GRÜNEN und der des fraktionslosen Abgeordneten Wüppesahl ist diese Entschließung abgelehnt.

(Dr. Nöbel [SPD]: Das ist schade, Herr Präsident!)

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung und Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines THW-Helferrechtsgesetzes.

Ich rufe die §§ 1 bis 7, Einleitung und Überschrift in der Ausschlußfassung auf. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen und ohne Enthaltungen sind diese Vorschriften mit großer Mehrheit angenommen.

Wir treten in die **dritte Beratung**

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen wünscht, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Bei vier Gegenstimmen ist dieser Gesetzentwurf in der dritten Beratung mit großer Mehrheit angenommen.

Qualität statt Konkurrenz

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble: Ständigen Erfahrungsaustausch zwischen den EG-Staaten fördern



Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble erläuterte vor rund 500 Luftrettungs-Experten aus 15 Nationen die geplante Modernisierung der Rettungshubschrauber.

Als einen wichtigen Teil des Bevölkerungsschutzes bezeichnete Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble das flächendeckende Luftrettungsnetz in der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen der ADAC-Fachtagung „Luftrettung europaweit“, die Anfang Oktober in Garmisch-Partenkirchen stattfand, dokumentierte der Minister die Bedeutung der 35 Luftrettungsstationen anhand einer Erfolgsbilanz: „40 000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland verdanken der Luftrettung ihr Leben“, so Dr. Wolfgang Schäuble. Dies sei das Ergebnis von mehr als

400 000 Einsätzen seit Beginn der Luftrettung. Vor rund 500 Experten aus 15 Nationen sprach sich der Bundesinnenminister für einen weiteren Ausbau einer grenzübergreifenden Luftrettung aus. Vor rund 500 Experten aus 15 Nationen sprach sich der Bundesinnenminister für einen weiteren Ausbau einer grenzübergreifenden Luftrettung aus. Von besonderer Bedeutung seien in diesem Zusammenhang entsprechende Verhandlungen mit den östlichen Nachbarstaaten DDR und Tschechoslowakei. Schäuble unterstütze zwar die Bemühungen der EG um einen einheitli-

chen europäischen Notruf und andere nützliche Ergänzungen zum Wohl aller, gleichzeitig warnte er jedoch vor einer Konkurrenzsituation, die bei der humanitären Hilfe zwischen bilateraler und supranationaler Ebene entstehen können.

Eine der wichtigsten Schlußfolgerungen der ADAC-Tagung war denn auch, daß die Luftrettung in einem gemeinsamen Europa nicht zu einem Wettbewerb um Marktanteile in der Luft werden dürfe. Statt dessen solle sie auf einem möglichst hohen qualitativen Standard entwickelt werden, so die einhelli-

ge Meinung der rund 500 Luftrettungs-Experten, die in Garmisch-Partenkirchen über Fragen der Notfallmedizin und Sicherheit in der Luftrettung diskutierten.

Zum Thema Flugsicherheit wurden bei der Tagung einige neue technische Möglichkeiten auf dem Radarsektor gezeigt, mit deren Hilfe auch nachts die schnelle Hilfe aus der Luft sichergestellt werden könnte. Dennoch wird diese in erster Linie von Medizinern gestellte Forderung nach der sogenannten Primärrettung bei Nacht erst in einigen Jahren zu realisieren sein.

Der wirtschaftliche Erfolg der Luftrettung steht nach den Worten von Professor Dr. Baum von der Universität Essen außer Frage. Der herausragende Vorteil des Rettungstransporthubschraubers (RTH) gegenüber dem Notarztwagen sei die Schnelligkeit, mit der ärztliche Hilfe an den Notfallort gebracht werden könne. Während noch vor einigen Jahren die Effizienz des RTH-Einsatzes allein danach beurteilt worden sei, ob der Patient erfolgreich wiederbelebt werden konnte, müsse man einen Schritt weiter gehen, so Baum. Die Kosteneinsparung, weil ein Patient durch schnelle Luftrettung das Krankenhaus früher wieder verlassen könne, müsse mit ins Kalkül gezogen werden. Auch die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in Österreich waren zu ähnlichen Ergebnissen gelangt. Danach würden für jede Mark, die in die Luftrettung investiert werde, zwei Mark in volkswirtschaftlicher Hinsicht eingespart.

Der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Edmund Stoiber, betonte im Zusammenhang mit der Luftrettung auch die Bedeutung des neuen Rettungsassistentengesetzes. Von dem Gesetz könne zwar keine sofortige Wirkung erwartet werden, mittelfristig werde es jedoch dafür sorgen, daß die Qualifikation des Personals mit der Weiterentwicklung der Rettungsmittel schritthalte. Privaten Aktivitäten, vor allem bei der Sekundärluftrettung, erteilte Stoiber eine klare Absage. Die öffentlich-rechtliche Organisation des Luftrettungsdienstes verbinde optimale medizinische Notfallversorgung mit vertretbarer Finanzierbarkeit. Ungebremsste, rein gewinnorientierte Konkurrenz hätte nicht nur qualitative Abstriche zur Folge, sie würde auch das empfindliche Finanzierungssystem der Luftrettung in Unordnung bringen. Stoiber wörtlich: „Wir werden uns diesen Pfeiler nicht nehmen lassen, auch wenn im Zeichen einer falsch verstandenen Liberalisierung versucht werden sollte, den Markt der Luftrettung für die Rosinenpolitik privater Anbieter zu öffnen. Deregulierung und Privatisierung müssen da ihre Grenzen haben, wo es um die Gesundheit und Sicherheit der Bürger geht – und zwar aller Bürger, überall im Land.“

Stoiber begrüßte im Namen Bayerns die geplante Modernisierung der Rettungshubschrauber durch den Bund, die Bundesin-

nenminister Dr. Wolfgang Schäuble zuvor erläutert hatte. Im bezug auf das Tagungsmotto „Luftrettung europaweit“, zeigte sich Stoiber davon überzeugt, daß die voranschreitende europäische Integration die reibungslose Zusammenarbeit in der Notfallrettung über Grenzen hinweg beschleunigen werde. Er warnte jedoch davor, den Standard des Rettungswesens durch zentralistische Regelungen zu gefährden. Der bayerische Innenminister wörtlich: „Wir haben heute bei den eingesetzten Rettungsmitteln und der medizintechnischen Ausstattung ein sehr hohes Niveau erreicht. Dieser Standard muß auch künftig Maßstab der Notfallrettung bleiben. Wenn es zu europäischen Normen kommt, dann müssen sie sich an diesem Niveau orientieren. Wie auf vielen anderen Gebieten – vom Umwelt- und Verbraucherschutz bis hin zu Bildungswesen und Kultur – gibt es in Brüssel einen zentralistischen Regelungsperfektionismus, der eine Tendenz zum kleinsten gemeinsamen Nenner hat. Dagegen müssen wir uns wehren.“

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble setzte sich in seiner Rede vor den Experten grundsätzlich mit der Luftrettung auseinander:

„Mobilität kennzeichnet unsere Gesellschaft, und Mobilität heißt bei uns vor allem Motorisierung. Wir sind ein polyzentrisches Land, Kommunikation zwischen den Zentren ist die Folge. Und auch das Mehr an Freizeit, das den meisten unserer Mitmenschen zur Verfügung steht, bedeutet ein Mehr an Bewegung.“

Im Durchschnitt verfügt jeder zweite Bundesbürger über ein Auto. Täglich fahren in der Bundesrepublik Deutschland rund 8 Millionen Menschen damit zur Arbeit. Sie legen dabei über 35 Millionen Kilometer zurück. An jedem Wochenende sind rund 9 Millionen Menschen mit dem Kraftfahrzeug unterwegs und fahren über 60 Millionen Kilometer.

Diese Entwicklung, die sich vor 40 Jahren kaum jemand hätte vorstellen können, hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Sie wird andauern. Denn Mobilität ist Ausdruck von Freiheit, einer der elementarsten Freiheiten des Menschen.

Natürlich hat Mobilität Schattenseiten, über die wir nachdenken müssen. Jahr für Jahr sind immer noch über 400 000 Unfälle und über 8 000 Tote im Straßenverkehr zu beklagen, die Einwohnerzahl einer Kleinstadt. Das die Opferzahlen rückläufig sind, ist für die Betroffenen ein schwacher Trost. Aber umgekehrt zeigt es auch, daß etwas erreicht werden kann, wenn alle mitwirken.

Der ADAC hat hier nach 1945 Hervorragendes geleistet, um die Verkehrssicherheit auf den Straßen zu verbessern.“

In diesem Zusammenhang würdigte der Minister die Verdienste des ehemaligen ADAC-Präsidenten Stadler, der als Konse-

quenz aus den steigenden Unfallzahlen zu Beginn der 60er Jahre den Aufbau der bundesdeutschen Luftrettung gefordert hatte. Stadler habe mit Umsicht, Ausdauer und der erforderlichen Hartnäckigkeit Bund, Länder und Kommunen, Hilfsorganisationen, Krankenhäuser und Ärzte, Krankenkassen und nicht zuletzt seinen eigenen Club, den ADAC, von der Notwendigkeit der Luftrettung überzeugt. Schäuble wörtlich:

„Mit einem gecharterten Hubschrauber hat der ADAC 1968 angefangen. Der Durchbruch gelang Anfang der 70er Jahre, als der Bundesminister des Innern Katastrophenschutz-Hubschrauber für die Luftrettung zur Verfügung stellte. Zu Beginn der 80er Jahre war der Aufbau eines bundesweiten flächendeckenden Luftrettungsnetzes mit 35 Stationen, zu dem 1987 noch eine Station in Berlin hinzukam, abgeschlossen. 18 Luftrettungsstationen mit 27 Katastrophenschutz-Hubschraubern meines Hauses, 7 Stationen mit 10 ADAC-Hubschraubern, 6 Stationen mit SAR-Bundeswehrehubschraubern und 5 Stationen mit Hubschraubern der Deutschen Rettungs-Flugwacht sind das Ergebnis. Damit war für die Luftrettung, einem wichtigen Teil des Bevölkerungsschutzes, also des Zivil- und Katastrophenschutzes, ein solides Fundament geschaffen.“

Seit Beginn der Luftrettung wurden fast 400 000 Einsätze geflogen, denen über 40 000 Menschen ihr Leben verdanken. Dies verdanken die Geretteten, dies verdanken wir alle dem, was ich die bundesweite Hubschrauber-Crew nennen möchte. Den Fliegern, den Ärzten und Sanitätern sowie allen anderen, die bei der Rettung von Menschenleben Tag für Tag bei Wind und Wetter das ganze Jahr im Einsatz sind, möchte ich meinen herzlichen Dank, meinen Respekt und meine Anerkennung bekunden. Sie erfüllen eine humanitäre Aufgabe.

Die geschilderten Rettungskapazitäten sind nicht nur für den unmittelbaren Notfall und nicht nur für den Notfall im Straßenverkehr da. Die Verkehrsverletzten sind, was manchen überraschen dürfte, sogar nur der geringere Teil der von den Rettungshubschraubern seit vielen Jahren Geretteten. Ihr Anteil an den Einsätzen beträgt rund ein Drittel. Internistische Transporte, Berufs- und Freizeitunfälle sowie Sekundärtransporte nehmen fast 60 % der Hubschraubertransport-Leistungen in Anspruch. Auch hier hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, daß ärztliche Hilfe schnell erfolgen kann. Die Hubschrauber-Rettungs-Flotte wird so umfassend zum Wohl verletzter und kranker Menschen genutzt.

20 Jahre Luftrettung bedeuten auch 20 Jahre einer raschen technischen und wissenschaftlichen Entwicklung. Für die von meinem Hause in der Luftrettung eingesetzten Katastrophenschutz-Hubschrauber bedeutet das: Die meisten von ihnen sind für

die Wahrnehmung ihrer wichtigen humanitären Aufgabe inzwischen zu klein geworden. Der Einsatz neuer, größerer Hubschrauber würde erforderlich.

Mit der inzwischen begonnenen Beschaffung der neuen Hubschraubergeneration werden die medizinischen Bedingungen und die Rettungskapazität verbessert. Die Flugsicherheit wird erhöht. Auch in anderen Bereichen des Bevölkerungsschutzes können die Aufgaben besser erfüllt werden.

Die neuen Hubschrauber werden modernes medizinisches Gerät mitführen und zwei lebensgefährlich Verletzte gleichzeitig transportieren können. Während des Fluges wird eine ärztliche Versorgung erfolgen können, was bisher nur sehr begrenzt möglich war. Medizinisch bedingte Zwischenlandungen können künftig entfallen.

Mit zwei Mann Flugbesatzung, einem Piloten und zusätzlich einem Bordwart, wird auch die Flugsicherheit erheblich verbessert. Der Pilot kann sich künftig während der Einsätze, die in der Regel unter größtem Zeitdruck und oft unter schwierigen Wetter- und Sichtbedingungen geflogen werden müssen, voll auf seine fliegerischen Aufgaben konzentrieren. Der Bordwart entlastet ihn von Navigation, Funkkontakt, Erkundung des Unfallortes und anderen wichtigen Aufgaben.

Im Bevölkerungsschutz können die neuen Hubschrauber darüber hinaus für den Transport von Spezialkräften, von Spezialgerät, von schwerem Material oder auch zum Transport von mehreren Schwerverletzten unter ärztlicher Betreuung sowie zu Führungs- und Erkundungsflügen eingesetzt werden.

Insgesamt beschaffen wir für über 165 Millionen DM 23 neue Hubschrauber einschließlich einer modernen medizinischen Grundausstattung. Das Personal wird verdoppelt. Über 125 Angehörige des Bundesgrenzschutzes, Piloten, Bordwarte und Mechaniker wird der Bund künftig in der Luftrettung einsetzen.

Nach Abschluß der Modernisierung 1993 werden 27 Hubschrauber des Bundes im Einsatz sein. Zur Deckung der laufenden Kosten wird der Bund jährlich 9 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Der Realisierung dieser „Runderneuerung“ sind lange und zähe Verhandlungen vorausgegangen.

Nachdem der Innenausschuß und der Ausschuß für Jugend, Familien, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages das Vorhaben einmütig unterstützt hatten, hat es im Juni diesen Jahres auch der Haushaltsausschuß genehmigt.

Hierfür möchte ich den genannten Ausschüssen sehr herzlich danken. Mein Dank gilt aber auch dem Bundesminister für Jugend, Familien, Frauen und Gesundheit, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, den Ländern und nicht zuletzt



Herausragender Vorteil der Luftrettung: Schnellstmögliche Hilfe für den Notfallpatienten.

dem ADAC. Ihrer aller fachlicher Rat und Ihre Gespräche waren sehr nützlich und hilfreich, um die Zustimmung des Parlaments zu diesem wichtigen Vorhaben zu erlangen.

Katastrophenschutz ist nach unserer Verfassungsordnung Ländersache. Die Länder leisten auf diesem Gebiet Hervorragendes. Ein System der Hilfeleistung, in dem staatliche Stellen ebenso ihren Platz haben wie ehrenamtlich tätige Freiwillige in Feuerwehren oder Hilfsorganisationen, ist in Europa beispielgebend. Es bietet ein gutes Beispiel für praktizierten Föderalismus.

Die Verantwortlichkeit des Bundes ist dabei eher ergänzend. Sie folgt aus seiner Zuständigkeit für den zivilen Bevölkerungsschutz.

Zu ihr bekennt sich die Bundesregierung. Ein wirksamer ziviler Bevölkerungsschutz hat seinen Beitrag dazu geleistet, der Bundesrepublik Deutschland in den 40 Jahren ihres Bestehens den Frieden in Freiheit zu bewahren. Die Vorsorge für Katastrophen jeglicher Art, einschließlich des Verteidigungsfalles, sind ein Gebot verantwortungsvoller Politik. Die Bundesregierung wird sich dieser Verantwortung nicht entziehen.

Aus der Zuständigkeitsverteilung in Zivil- und Katastrophenschutz zwischen Bund und Ländern ergibt sich kein Nebeneinander, sondern ein fruchtbares Miteinander. So stellt der Bund seine für den Zivilschutz vorgehaltenen Kapazitäten für Aufgaben der Länder, zum Beispiel im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Rettungsdienst, unkompliziert und in aller Regel kostenlos zur Verfügung.

So hält der Bund etwa 7 500 Einheiten und Einrichtungen mit 150 000 Helfern für den zivilen Bevölkerungsschutz im Vertei-

gungsfall vor und wendet dafür jährlich 300 Millionen DM auf. Es steht den Ländern voll für Katastrophenschutz zwecke in Friedenszeiten zur Verfügung.

Der Bund hat für seine Aufgaben des Bevölkerungsschutzes ein Ausbildungssystem errichtet, das allen Helfern offensteht und so Kenntnisse und Fertigkeiten in die Kreise und kreisfreien Städte transferiert. Es trägt so dauerhaft zu einer Verbesserung der Leistungsstärke des Katastrophenschutzes der Länder bei.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß mein Haus nach der großen Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen 1975 das Modell einer Katastrophenschutz- und technischen Einsatzleitung geschaffen hat, um die seinerzeit aufgetretenen Kompetenzprobleme zu überwinden. Die Innenministerkonferenz hat das Konzept bereits 1978 in seiner Grundstruktur als für den Katastrophenschutz geeignet übernommen.

Katastrophenschutz bedarf nicht nur innerstaatlicher Koordinierung. Katastrophen machen an Staatsgrenzen nicht halt, und auch die Hilfe im Notfall darf es nicht, zumal in einer Zeit, in der Europa enger zusammenwächst. In diesem Sinne steht auch dieser Kongreß unter dem Motto „Luftrettung europaweit“. Ich halte das für gut.

Vor wenigen Wochen, Ende August, fand im Drei-Länder-Eck zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und den Niederlanden, in Aachen, die Tagung der Bundesrepublik mit ihren Vertragspartnern über bilaterale Katastrophenhilfe statt. In Anwesenheit der EG wurde als einer der Schwerpunkte dieser Tagung die Öffnung des Binnenmarktes und die damit verbundenen Ziele, Inhalte und Rahmenbedingungen erörtert.



Fachgespräch am Rand der Tagung: Der neue ADAC-Präsident Fimm, der Leiter der ADAC-Luftrettung Kugler, der Bayerische Innenminister Dr. Stoiber, Bundesinnenminister Dr. Schäuble und der ADAC-Ehrenpräsident Stadler (von links).

Die Tagung war ein Erfolg. Die auf Wunsch Belgiens dort durchgeführte Katastrophenschutzübung brachte wichtige Erkenntnisse. So wurde sichtbar, daß eine Anpassung technischer Normen, etwa bei Funkgeräten, erforderlich ist. Insgesamt war die Übung ein Beweis für die enge und gute Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Auch dies ist ein Stück reales Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland hat inzwischen mit allen westlichen Nachbarstaaten Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen abgeschlossen. Auch die UdSSR ist vor dem Hintergrund der Ereignisse von Tschernobyl und Armenien an einem Hilfeleistungsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Nachdem wir dem sowjetischen Außenministerium einen Entwurf eines Katastrophenschutzhilfeleistungsabkommens vor kurzem zugeleitet haben, sehen wir nunmehr der Aufnahme förmlicher Verhandlungen entgegen. Ich hoffe, daß eines Tages auch mit unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn, der DDR und der CSSR ein solcher Vertragsabschluß möglich sein wird. Die Bundesregierung wird sich weiterhin darum bemühen, auch mit ihnen zu entsprechenden Vereinbarungen zu kommen.

Auch die anderen europäischen Staaten in West-, Nord- und Südeuropa haben mit ihren Nachbarstaaten vergleichbare bilaterale Hilfeleistungsabkommen abgeschlossen oder sind dabei, dies zu tun. Damit entsteht ein immer dichtes Netz von grenzüberschreitenden Hilfeleistungsabkommen, das

auch politische Bedeutung hat. Es ermöglicht nicht nur den schnellen grenzüberschreitenden Zugang von Katastrophenschutzressourcen. Europa wächst so auch auf diesem Weg enger zusammen.

Kein Bedürfnis besteht meiner Ansicht nach für ein zusätzliches konkurrierendes supranationales Hilfeleistungssystem. Die 1987 und 1988 auf den Ratstagungen der für den Zivilschutz zuständigen Minister beschlossenen Katastrophenschutzmaßnahmen sind in das bilaterale Hilfeleistungsabkommen sinnvoll und effektiv einzuordnen.

Maßnahmen der EG auf diesem Gebiet, zum Beispiel der einheitliche europäische Notruf und vieles andere, stellen nützliche Ergänzungen dar. Sie sollten unter diesem Gesichtspunkt gesehen und zum Wohle aller eingeführt werden. Fatal wäre es, wenn ausgerechnet bei der humanitären Hilfe zwischen bilateraler und supranationaler Ebene Konkurrenz entstünde.

Hilfreich wäre jedoch die Förderung eines ständigen Erfahrungs- und Informationsaustauschs zwischen den in der EG vertretenen Staaten. Dadurch könnte eine Harmonisierung, das heißt die Einführung gleicher oder vergleichbarer Maßstäbe und Standards in der Ausbildung, der Ausstattung, der Organisation und Führung in vielen Bereichen des Bevölkerungsschutzes eher und leichter erreicht werden.

Diese Überlegungen und Grundsätze gelten auch für die Luftrettung als einem Teil des Bevölkerungsschutzes. Gute Bedingungen für eine enge Zusammenarbeit in der Luftrettung bestehen bereits zwischen der

Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich aber auch der Schweiz und Österreich, wenn ich zum Beispiel an die Luftrettungsstationen Christoph 9, 10, 16 oder 17 denke. Auch auf diesem Gebiet sollten gegenseitige Hilfeleistungsabkommen abgeschlossen werden.

Mit der Öffnung des Binnenmarktes nach 1992 werden innerhalb der EG wichtige Veränderungen einhergehen. Die Beseitigung der vielfältigen direkten und indirekten Handels- und Wettbewerbsschranken zwischen den Staaten wird davon nur eine, wenn auch sehr wichtige sein. Die Öffnung wird alle Lebensbereiche mehr oder weniger berühren. Auch der Rettungsdienst wird davon nicht ausgespart bleiben. Ich bin sicher, daß dieser wichtige politische Meilenstein auf dem Wege zu einem vereinten Europa eine ganz erhebliche Schubkraft für den Fortschritt in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft auslösen wird. Der damit einhergehende Harmonisierungseffekt wird noch bestehende Entwicklungsunterschiede abbauen helfen. Es kommt darauf an, dies stetig und harmonisch zu erreichen.

Öffnung bedeutet zum Teil aber auch, auf überholte Regelungen und Strukturen zu verzichten. Es ist nicht möglich, nur die vielfältigen Vorteile der Öffnung des Binnenmarktes zu genießen und gleichzeitig den dadurch bedingten schärferen Wettbewerb abzulehnen.

Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen, um nicht eine große Zukunftschance zu verspielen."

Hochspezialisierte Sachverständige im Dienste der Sicherheit

Schutzkommission beim Bundesminister des Innern mit geänderter Geschäftsordnung

Am 1. November 1989 ist eine geänderte Geschäftsordnung der Schutzkommission (SK) beim Bundesminister des Innern in Kraft getreten. Dies gibt Veranlassung, die Arbeit der SK und deren Bedeutung für den Bevölkerungsschutz sowie die Änderungen der Geschäftsordnung darzustellen.

Entstehung, Ziele und Arbeitsweise

Die Schutzkommission wurde im Jahre 1953 gegründet. Die Nobelpreisträger Prof. Heisenberg und Hahn hatten der Bundesregierung aus politischer und staatsbürgerlicher Verantwortung angeboten, sie unentgeltlich darüber zu beraten, wie die Bevölkerung gegen die Wirkungen von Kernwaffen geschützt werden könne. Zu dieser Idee gewannen sie die ebenfalls hochangesehenen Professoren Haxel, Gentner, Rajewski, Langendorff und Rietzler. Die Mitglieder der Schutzkommission stellen seitdem ihren Sachverstand, ihre Arbeitszeit und ihre Initiative unentgeltlich zur Verfügung. Nur soweit ihnen bei Forschungsvorhaben durch zusätzliches Gerät und Fremdpersonal Kosten entstehen, werden diese vom Bund getragen. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Wohl aber hat sich der Aufgabenbereich ausgeweitet. Während in den 50er Jahren, veranlaßt durch die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki die Auswirkungen von Kernwaffen im Mittelpunkt der Beratung standen, befaßt sich die Schutzkommission heute mit Katastrophen aller Art, seien sie durch Technologie oder auch durch Waffeneinwirkungen verursacht.

Die Aufgabenfelder der SK betreffen die Bereiche Physik, Chemie, Medizin, Pharmakologie, Bauingenieurwesen und Soziolo-

gie. Das sind zwar klassische Ausbildungsfächer an den Universitäten. Die sich auf diesen Feldern stellenden Probleme des Bevölkerungsschutzes werden jedoch sonst nirgends bearbeitet.

Die Vorgehensweise der SK ist eine Doppelte.

Einerseits stellt die Bundesregierung der Schutzkommission Fragen, wie etwa: „Ist es möglich, ein dem vorhandenen Strahlenmeßnetz vergleichbares Meßnetz für chemische Gefahren zu erstellen?“

Andererseits weist die Schutzkommission den BMI auf konkrete Probleme hin, die untersucht werden sollten. Dies ist erforderlich, weil und solange der BMI über einschlägigen wissenschaftlichen Sachverstand nicht verfügt und drohende Gefahren daher nicht immer erkennen kann.

Durch die jahrzehntelange Beschäftigung auf dem Spezialfeld Bevölkerungsschutz besitzt die SK „vorgehaltenen Sachverstand“. Damit entfallen Einarbeitungszeiten bei der Bearbeitung von Einzelprojekten. Das wiederum erhöht die Effizienz gegenüber der Arbeitsweise außenstehender Dritter.

Forschungsvorhaben

Forschungsvorhaben werden von den jeweiligen Fachausschüssen entsprechend dem bewährten Verfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft begutachtet. Der BMI beschließt auf dieser Basis nach Abstimmung mit dem Inneren Ausschuß, der aus dem Vorsitzenden der SK und den Vorsitzenden der einzelnen Fachausschüsse – zur Zeit acht an der Zahl – über die Durchführung. Die Mittelbewilligung und die haushaltsmäßige Betreuung der Schutzkommission erfolgt durch das Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Die Erteilung eines Antrags bedingt, daß der Forscher eine Rei-

he von Voraussetzungen erfüllt. Zum einen muß er über die erforderliche Grundausrüstung für die Durchführung von (größtenteils experimentellen) Arbeiten auf den Spezialgebieten des Zivil- und Katastrophenschutzes verfügen. Hierzu gehören: ein entsprechender Gerätepark, Spezialwerkstätten, Spezialliteratur sowie eine solide Grundausrüstung der Infrastruktur. Zum anderen sind Kenntnisse der speziellen Bedürfnisse des Bevölkerungsschutzes erforderlich.

Die Umsetzung von Forschungsergebnissen

Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in praktisches Handeln erfolgt zunächst durch Beratung

1. aus der allgemeinen Kenntnis des einschlägigen Fachgebiets und
2. aufgrund von Erkenntnissen aus aktiver Forschungstätigkeit.

Die zuständigen Behörden setzen diese Erkenntnisse sodann in konkrete Maßnahmen um.

Einige ausgewählte Beispiele für die Beratungsergebnisse zu 1. aus jüngster Zeit sind:

1.1 Die Erstellung eines Konzepts zur Bewältigung großflächiger radioaktiver Kontaminationssituationen. Dieses bereits im Juni 1986 vorgelegte Konzept wurde ohne wesentliche Änderung im Strahlenschutzvorsorgegesetz realisiert. Es überträgt dem Warndienst umfangreiche friedensmäßige Aufgaben hinsichtlich der Erkennung radioaktiver Gefahren und entsprechender Warnung der Bevölkerung.

1.2 Arbeiten an einem Konzept zur meßtechnischen Bewältigung von Chemiekatastrophen.

1.3 Überlegungen für eine Neukonzeption von Schutzräumen, die der Verbesserung

des unzureichenden Angebots von Schutzräumen durch Nutzung vorhandener Bausubstanz dienen. Hier hat der BMBau aufgrund dieser Arbeiten neue bautechnische Grundsätze für den Bau von Schutzräumen in Ein- Zweifamilienhäusern erlassen.

1.4 Erarbeitung von Merkblättern über Seuchen und zu Fragen der Hygiene in Katastrophensituationen.

Im Hinblick auf die Beratung bei der Öffentlichkeitsarbeit sind die fachliche Unterstützung der Schutzkommission bei der Erarbeitung der Broschüre und des Lehrfilms des Bundesverbandes für den Selbstschutz mit dem Thema „Strahlenschutz im Selbstschutz“ ebenso zu nennen, wie die Mitwirkung bei der inhaltlichen Gestaltung des Bevölkerungsschutzmagazins „Mitdenken – Mitmachen“.

Während sich diese Aktivitäten auf die Information der breiten Öffentlichkeit konzentrieren, zielen andere Aktivitäten auf die Information von speziellen Zielgruppen der Bevölkerung ab. Hier ist der überarbeitete Leitfaden für Katastrophenmedizin, der der Fachinformation von Medizinern und von einschlägig tätigen Hilfsorganisationen dient, zu nennen.

Aus der Zahl der in den letzten Jahren bearbeiteten Forschungsthemen seien einige beispielhaft herausgehoben:

2.1 Entwicklung und Optimierung von Meßverfahren, speziell der Gammaskopimetrie, die inzwischen beim Warndienst eingesetzt werden.

2.2 Technische Ausgestaltung von Komponenten einer neuen Generation von Schutzräumen (kompakte Lüftungsanlagen, nachträgliche Ertüchtigung der vorhandenen Bausubstanz).

2.3 Strahlenschutz und Hygiene in Schutzräumen.

2.4 Dosisbegrenzung für Einsatzkräfte beim Auftreten erhöhter Strahlung (Dosisrichtwerte gemäß Feuerwehrdienstvorschrift).

2.5 Grenzwerte radioaktiver und chemischer Verunreinigung von Nahrungsmitteln und von Trinkwasser und der Dekontamination von Trinkwasser unter Katastrophenbedingungen.

2.6 Chemisches Risiko der Jodprophylaxe gegen die Aufnahme von Radiojod in den Körper (Jodtabletten).

2.7 Analgesie, Anästhesie und klinische Behandlung Schwerstverletzter/-geschädigter unter Katastrophenbedingungen.

Bedeutung der Schutzkommission für den Bevölkerungsschutz

Die Bedrohung der Bevölkerung ergibt sich heutzutage in erster Linie aus der

Hochtechnologie, die wir in den letzten Jahrzehnten als Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Sicherheit aufgebaut haben, die aber auch Risiken in sich birgt. Diese Risiken sollen durch immer bessere Vorbeugungsmaßnahmen minimiert wer-



Prof. Dr. Werner Heisenberg.



Prof. Dr. Otto Hahn.

den; total ausschließen lassen sie sich nicht. Für diesen Fall stellt der Staat ein System von Hilfeleistungsmaßnahmen zur Verfügung, das aber der Gefahr nur angemessen begegnen kann, wenn es die Mechanismen der Hochtechnologie und die Folgen von Unfällen und Katastrophen bis hin zu Waffenwirkungen kennt und sachgerecht reagieren kann. Dazu ist hochspezialisierter Sachverstand erforderlich, der in der öffentlichen Verwaltung nur bedingt vorhanden ist. Bei den hier behandelten Sachver-

halten sind wissenschaftliche Kenntnisse von Nöten, die den Herausforderungen der Hochtechnologie gewachsen sind. Dazu sei nochmals auf die Gründung der Schutzkommission durch Prof. Hahn und Heisenberg verwiesen. Gleichzeitig sei aber auch erwähnt, daß die Gefahren durch Atomkraft nicht mehr allein die Bevölkerung bedrohen, sondern Gefahren auf dem Gebiet der Chemie die Menschen in vielfältiger Weise bedrohen. Die Schutzkommission hat daher ihre Beratungstätigkeit im Laufe ihres Bestehens entsprechend dem Beratungsbedarf der Verwaltung ausgedehnt.

Der Bundesminister des Innern ist der Schutzkommission dankbar, daß sie ihren Sachverstand auch für die neuen Gefahren zur Verfügung gestellt hat.

Erwähnt sei schließlich, daß die Schutzkommission ihre Beratung auch auf Naturkatastrophen ausgedehnt hat. Zwar sind gefährliche Erdbeben bei uns äußerst selten. Die Bundesregierung beteiligt sich jedoch an einem Programm der UNO, die die 90er Jahre zur Dekade zur Bekämpfung von Naturkatastrophen, insbesondere Erdbeben und Hurrikans, erklärt hat. Die Schutzkommission wirkt auch an diesem Vorhaben mit.

Änderung der Geschäftsordnung

Die überarbeitete Geschäftsordnung sieht befristete Mitgliedschaft in der Schutzkommission vor. Während die Mitgliedschaft bisher unbefristet war, ist nunmehr ihre Begrenzung auf 6 Jahre mit der Möglichkeit der Verlängerung vorgesehen. Sinn dieser Änderung ist es, jungen Wissenschaftlern Zugang zur Schutzkommission zu verschaffen.

Eine weitere Änderung ist die Einbeziehung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in die Geschäftsordnung. Dies geht auf die Tatsache zurück, daß jeder Minister in seinem Geschäftsbereich für den Bevölkerungsschutz zuständig ist. Auch für den Verteidigungsfall ändert sich hieran nichts. Der BMBau ist daher zuständig für Forschungen auf dem Gebiet des Schutzraumbaus. Die Haushaltsmittel für diese Forschung werden demzufolge durch den BMBau verwaltet. Das stellt die Geschäftsordnung klar.

Die Geschäftsordnung verweist ferner hinsichtlich der Forschungsmittel auf die vergaberechtlichen Vorschriften. Damit berücksichtigt sie eine Forderung des Rechnungsprüfungsausschusses, durch Ausschreibung von Vorhaben Wissenschaftlern außerhalb der Schutzkommission die Mitarbeit auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes zu ermöglichen und Zugang zu Forschungsmitteln zu erlangen.



Erste Katastrophenschutzübung der Europäischen Gemeinschaft
unter dem Titel „Europa 1989“ in Le Perthus (Südfrankreich)

Der Beginn einer neuen Zusammenarbeit

**Rund 150 Übungsbeobachter aus den EG-Ländern und fünf
EFTA-Staaten – Verbesserung des Katastrophenschutzes in der
Gemeinschaft angestrebt**

Wertet man den Erfolg der Katastrophenschutzübung „Europa 1989“ vom 17. bis 19. Oktober in Le Perthus, Südfrankreich, auch am regen Informationsaustausch der internationalen Übungsbeobachter, so kann ein wichtiges Ziel der Übung, die Kommunikation der Katastrophenschutzexperten untereinander zu verbessern, schon als erreicht betrachtet werden. Die Übung gab viel Gelegenheit, sich kennenzulernen und wurde intensiv genutzt zum Gedankenaustausch und zu Diskussionen über den Katastrophenschutz im nationalen und internationalen Bereich.

Rund 150 Fachleute des Katastrophenschutzes aus den EG-Ländern und fünf EFTA-Staaten sind der Einladung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft – Generaldirektion Umwelt, nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz – gefolgt. Sie reisen in das nur einen Steinwurf von der spanischen Grenze entfernte, am Fuß der Ostpyrenäen gelegene Dorf Le Perthus, um den – aus EG-Sicht – Beginn einer neuen Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft für einen besseren Schutz der 320 Millionen europäischen Bürger zu erleben.

Solidarität weiterentwickeln

Hintergrund der internationalen Veranstaltung ist der Wunsch der EG-Kommission,



Bis auf den letzten Platz gefüllt ist der Konferenzsaal im Fort de Bellegarde.

sion, den Grundsatz und die Idee einer Solidarität der Bürger Europas durch die Zusammenarbeit der Gemeinschaft im Bereich des Katastrophenschutzes weiterzuentwickeln, um Katastrophen unterschiedlichster Art besser begegnen zu können. Die Kommission hat deshalb den Katastrophenschutz in den Rang einer dem Umweltschutz und der nuklearen Sicherheit gleichgestellten Gemeinschaftspolitik erhoben.

Um diese Politik wirkungsvoll zu gestalten, will die Kommission

● die bereits vorhandenen Katastrophenschutzsysteme verbessern, anstatt neue Parallelstrukturen zu schaffen,

- wichtige Fragen, die nach einer gemeinschaftlichen Antwort verlangen, herausarbeiten und klären,
- konkrete Lösungen für Einzelprobleme erarbeiten und insbesondere für bestimmte Risiken Interventionsmittel der EG bereitstellen
- sowie die politischen Entscheidungsträger und die für den Katastrophenschutz verantwortlichen Führungskräfte zusammenbringen, um die Effektivität und den Einsatzwert der vorhandenen Systeme objektiv zu bewerten und die Ausbildungsinhalte und Ausstattungen anzugleichen.



Der erste Anlaufpunkt für die internationalen Übungsbeobachter: die örtliche Einsatzzentrale.



Präfekt Roger Gros (2. v. rechts) leitet in der Einsatzzentrale die Maßnahmen des „Plan Rouge“.



In Zelten ist der „Vorposten für die medizinische Versorgung“ untergebracht.

Erste Übung der Gemeinschaft

Die EG-Kommission betraute das französische Innenministerium mit der Organisation der ersten Katastrophenschutzübung der Gemeinschaft unter dem Titel „Europa 1989“. Innenminister Pierre Joxe delegierte die Aufgabe an den Präfekten des Departements Pyrénées-Orientals, der diese komplexe Übung mit seinen Mitarbeitern in Szene setzte.

Am Nachmittag des 17. Oktobers treffen sich die Übungsbeobachter im Fort de Bellegarde, einer alten Festungsanlage oberhalb des Dorfes Le Perthus gelegen. Unter ihnen eine neunköpfige Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland, geleitet von Ministerialrat Eckehard Moesle, Bundesministerium des Innern.

Präfekt Roger Gros begrüßt die Gäste und stellt die an der Übung beteiligten französischen sowie spanischen Dienststellen und Hilfsdienste vor. Anschließend führt er in die Übung ein, der folgendes Szenario zu Grunde liegt:

„Ein Mittelstreckenflugzeug mit 170 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern an Bord gerät auf dem Flug von Paris-Orly nach Spanien in Schwierigkeiten und muß notlanden. Der Ort der Landung ist unbekannt, die Funkverbindung abgebrochen. Die Bezirkskontrollstelle von Aix-en-Provence alarmiert daraufhin den Such- und Rettungsdienst in Lyon/Mont-Verdun, der die luftfahrttechnischen Nachforschungen in die Wege leitet.“

Pläne für den Notfall

Für die Hilfsmaßnahmen nach einem Flugzeugabsturz auf eigenem Territorium wurden in Frankreich zwei Soforthilfepläne ausgearbeitet. Der „Plan Sater“ umfaßt alle Suchmaßnahmen, aufgegliedert in drei Phasen, der „Plan Rouge“ beinhaltet die erforderlichen Rettungs- und Bergungsmaßnahmen.

In der Phase „Sater 1“ richtet der Such- und Rettungsdienst ein Nachforschungsersuchen an die Gendarmerieverbände der von dem Alarm betroffenen Gebiete und bittet um Angaben aufgrund eventueller Beobachtungen über den tatsächlichen oder wahrscheinlichen Verlauf der Flugroute der vermißten Maschine. Suchmannschaften werden nicht alarmiert oder eingesetzt.



Ist das Absturzgebiet in etwa eingegrenzt, setzt die Phase „Sater 2“ ein. Für die Suche stehen luftgestützte Einsatzmittel wie Flugzeuge und Hubschrauber der Streitkräfte, Hubschrauber der Gendarmerie und des Katastrophenschutzes sowie, falls erforderlich, private Luftfahrzeuge zur Verfügung. Hinzu kommen landgestützte Einsatzmittel, also Suchtrupps der Gendarmerie, Polizei, Feuerwehr, des Zolls sowie der Nationalen Forstbehörde und mit Peilgeräten ausgestattete Funkamateure des Katastrophenschutzes.

In der Phase „Sater 3“ konzentriert sich die Suche mit allen an „Sater 2“ beteiligten Kräften gezielt auf die vermutete Absturzstelle.

Ist das Flugzeug gefunden, gehen die Suchmaßnahmen in Rettungsmaßnahmen über: Der „Plan Rouge“ tritt in Kraft. In ihm sind alle Rettungs- und Bergungsmaßnahmen bei einem Massenansturm von Verletzten zusammengefaßt.

Live dabei

Wie „Sater 1 und 2“ nach dem angenommenen Flugzeugabsturz der Übung „Europa 1989“ ablief, können die Gäste anhand eines Videofilms verfolgen. Live dabei sind die Beobachter dann, als „Sater 3“ anläuft. Eine Kamera, auf einem Hubschrauber installiert, schickt Bilder in den Konferenzsaal, die zeigen, wie schwierig die Suche nach einem vermißten Flugzeug in bergigem, bewaldetem Gelände ist. Zwischen durch eingeblendete Szenen aus dem im Fort de Bellegarde installierten Lagezentrum zeigen den Katastrophenschutzstab bei der Arbeit.

Nach knapp einer Stunde ist das Wrack gefunden. Der erste Teil der Übung ist damit beendet, sie wird hier abgebrochen. Wie nun „Plan Rouge“ abläuft, soll der morgige Tag im Übungsgelände zeigen.

Abgerundet wird das Programm des ersten Tages durch Vorträge zweier Mitglieder der britischen Delegation. Sie dokumentieren anhand eindrucksvoller Diapositive und Videofilme den Ablauf der Bergungs- und Rettungsmaßnahmen nach den Flugzeugabstürzen in Lockerbie (21.12. 1988) und Nottingham (8.1. 1989).

Das Übungsgeschehen

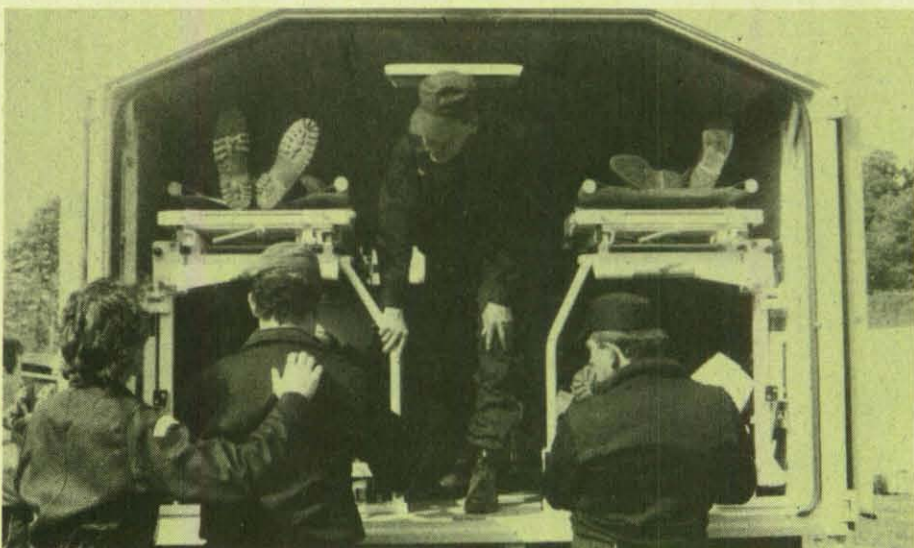
Treffpunkt ist am nächsten Morgen das Übungsgelände in den Pyrenäen. Aufgeteilt



Auf einer Trage schleppen Helfer einen „Verletzten“ zur Sammelstelle.



Ein geländegängiges Spezialfahrzeug bringt „Schwerverletzte“ von der Absturzstelle zum Vorposten.



Im Hänger des Fahrzeugs können vier Personen liegend transportiert werden.



Das gute Zusammenspiel zwischen Ärzten und Sanitätspersonal bringt schnelle Hilfe.



Eine wichtige Formalie: Die „Betroffenen“ werden registriert.

in zwei Gruppen besichtigen die internationalen Beobachter die eingerichteten Stationen sowie Schadensstellen und können sich somit vor Ort über die Maßnahmen des „Plan Rouge“ informieren.

Erster Anlaufpunkt ist die örtliche Einsatzzentrale, die bei dieser Übung zu Demonstrationszwecken zusätzlich zum Lagezentrum im Fort de Bellegarde eingerichtet wurde. Der Aufbau der Zentrale in einem Zelt dauert mit dem Einrichten der notwendigen Fernmeldeanlagen rund sechs Stunden, so daß sie meist nur bei mehrtägigen, großen Einsätzen installiert wird. Im Realfall meldet die als erstes am Unfallort eingetroffene Rettungsmannschaft dem Präfekten den Schadensumfang. Er entscheidet dann, ob die Einsatzzentrale in der Präfektur bleibt, in einer Schule oder einem Bürgermeisterramt in der Nähe der Schadensstelle eingerichtet oder ob eine bewegliche Zentrale aufgebaut wird, von der aus der Präfekt mit seinem Stab den Einsatz führt.

Das Interesse der Gäste an der technischen Ausstattung und dem Ablauf der von hier gesteuerten Maßnahmen ist groß. Die Dolmetscher der EG bemühen sich redlich, die vielen Fragen zu übersetzen und die Antworten der französischen Experten zu formulieren. Es gelingt nicht immer, zu komplex sind die Strukturen. Vieles geht im allgemeinen Trubel unter, kommt verstümmelt an. Schon hier zeigt sich, wie auch später an den weiteren Anlaufpunkten, daß eine ausführliche schriftliche Information in der jeweiligen Landessprache der Gäste über die Aufgaben und Ausstattung sowie Einsatzstärke der an den Stationen einge-



Warten auf den Abtransport: Die „Verletzten“ stehen in der Sammelstelle stets unter ärztlicher Kontrolle.



Von einer Anhöhe aus beobachten die Gäste, wie ein Vorposten aufgebaut wird.



Mittagessen im Freien: Die Übungsbeobachter sind dankbar für die kurze Pause.

setzen Dienste für ein besseres Verständnis hilfreich gewesen wäre. So bleibt vieles an der Oberfläche, kann nicht mit dem Katastrophenschutzsystem im eigenen Land verglichen werden.

Gekonntes Zusammenspiel der Hilfsdienste

P.M.A. – Poste Medical Avance (Vorposten für medizinische Versorgung) nennt sich die nächste Station. Hier wird das Ausmaß der „Katastrophe“ sichtbar. Alles ist in Bewegung. Ununterbrochen fahren Krankentransportwagen vor, bringen „Verletzte“ von der Absturzstelle. Helfer der beteiligten Dienste schleppen zusätzlich auf Tragen einzelne „Opfer“ zur Sammelstelle.

Es wird eng in den großen, aneinandergefügt Zelten. Die Ärzte bemühen sich um die „Verletzten“, informieren sich anhand der Verletztenanhänger über die erste ärztliche Diagnose und Hilfe an der Absturzstelle, behandeln weiter. Aufgabe des P.M.A. ist es vordringlich, die „verletzten“ Passagiere transportfähig zu machen. Sie werden von hier aus zur „Medizinischen Zentralstelle für den Abtransport der Verletzten“ gefahren.

Über dem nächsten Anlaufpunkt schwebt lärmend ein Hubschrauber. An einem Seil hängen die Zelte für einen weiteren P.M.A. Die Gastgeber demonstrieren, wie schnell auch im schwierigen Gelände eine Verletz-

tensammelstelle aufgebaut ist. Das abgelassene Zelt wird von den Helfern aufgenommen und an einem vorbereiteten Platz ausgebreitet. In kurzer Zeit sind die einzelnen Stützholme des Zeltes mit Hilfe eines Kompressors mit Luft gefüllt. Nur fünf Minuten dauert es, bis das erste halbrunde Zelt steht. Zwei weitere kommen hinzu, werden zu einer Einheit zusammengefügt. Alles geht Hand in Hand, die Gäste sind beeindruckt von der Schnelligkeit und dem gekonnten Zusammenspiel der eingesetzten Kräfte.

Das erste Zelt dient der Registrierung und Triage der „Verletzten“. Hier ist am rückwärtigen Teil ein offener Container angeschlossen: die Ausgabestelle für die medizinischen Geräte, Verbandmaterialien und Medikamente. Das zweite Zelt nimmt die Schwerverletzten auf, im dritten werden Leichtverletzte versorgt.



Rund 15 Minuten dauert es, dann steht die Zelteinheit.



Nur kurze Zeit benötigen die Helfer, um die einzelnen Zelte einzurichten.



Für die medizinische Betreuung stehen fünf Ärzte sowie 20 Hilfskräfte bereit. Rund 50 Verletzte können in einer Stunde erstversorgt, d. h. transportfähig gemacht werden. Zur Ausstattung des P.M.A. gehören u. a. je drei EKG-Geräte und Defibrillatoren, sechs Beatmungsbeutel sowie rund 400 Infusionen unterschiedlicher Kategorien.

An der Absturzstelle

Das Flugzeug ist beim Aufprall in zwei Teile zerbrochen. Das Heck liegt auf einer kleinen Lichtung. An ihm demonstrieren die französischen Einsatzkräfte, wie mit Hilfe hydraulischer Scheren und Spreizer die Außenhaut des Wracks aufgeschnitten wird. Es gibt Schwierigkeiten, das Gerät wird gewechselt, aber bald klafft ein Loch im Seitenteil des Hecks.

Jetzt wird's eng. Ausnahmsweise stehen sich hier nicht die Gäste auf den Füßen, sondern die zahlreichen Fotografen. Es ist wie bei einer realen Katastrophe – da wird gedrückt, gestoßen, gestritten, jeder will der sich anbahnenden Bergung eines Opfers am nächsten sein. Nur mit Mühe kann die Trage zugeführt werden. Dann ist es soweit: Das Drängeln verstärkt sich, die Kameraverschlüsse klicken, vorsichtig wird ein „Verletzter“ durch die scharfkantige Öffnung bugsiert, die Trage nimmt ihn auf, schon steht eine Notärztin bereit.

Kein Zweifel, die Aktion ist gelungen, es kommt Applaus auf.

Nächste Station ist das an einem Waldrand liegende Vorderteil des Flugzeugs. Kleine Nummernschilder markieren die im Gelände verstreuten Wrackteile und einzelne „Opfer“. Demonstriert wird hier die Arbeit der gerichtlichen Untersuchungskommission, die die Absturzursache klären soll. Vorgestellt werden alle an den Ermittlungen beteiligten Stellen und die hierfür benötigte umfangreiche Ausrüstung für die Untersuchungen an Ort und Stelle.

Letzter Übungsort ist das „Ärztliche Zentrum für den Abtransport der Verletzten“. Hier schließt sich der Kreis der Hilfsmaßnahmen am Schadensort. In den Zelten erfolgt eine zweite Triage und die weitere Versorgung der „Opfer“, wird die Dringlichkeit und Art des Transports (Hubschrauber, Rettungswagen) in die Kliniken festgelegt.

Wie dies abläuft, demonstriert „ELIS“, eine französische Feuerwehr-Spezialeinheit. Sie wurde gebildet, um nach einer Katastrophe mit einem Massenansturm von Verletzten



Mit Hilfe einer hydraulischen Schere wird das Heck des Flugzeugs aufgeschnitten.

schnelle medizinische Hilfe im In- und Ausland zu leisten. Zur Einheit gehören acht Ärzte sowie medizinische und technische Spezialisten. Die Truppe ist innerhalb von drei Stunden einsatzbereit und kann sich selbst versorgen. Eingesetzt wurde „ELIS“ bereits 1985 in Mexiko sowie 1986/87/88 in Zaire.

Vertiefende Informationen

Am späten Nachmittag treffen sich die Übungsbeobachter wieder im Konferenzsaal

des Forts. Einzelne Vorträge von Experten geben einen detaillierten Einblick in die technischen und gerichtlichen Untersuchungsmethoden, die zur Klärung der Unfallursache notwendig sind. Inzwischen steht auch die Zahl der „Opfer“ fest. Die „Katastrophe“ hat 50 Tote gefordert, 90 Passagiere sind zum Teil schwerverletzt, fünf Personen werden noch vermißt.

Ein interessanter Vortrag erwartet die internationalen Gäste dann am Abend. Professor Chevalier erläutert Organisation und Aufgaben der Katastrophenmedizin in Frankreich und berichtet über die Schwie-



Die Bergung ist geglückt. Eine Ärztin bemüht sich um das „Opfer“.



Mit einem Hubschrauber wird ein „Verletzter“ ins nächstgelegene Krankenhaus geflogen.

rigkeiten und Erfahrungen der französischen Einsatzkräfte nach Erdbeben und Großschadensereignissen im Ausland. Er geht hierbei u. a. ein auf die Bergungsarbeiten, die medizinische Versorgung der Opfer, zeigt verschiedene Transportmöglichkeiten der Verletzten auf und berichtet über die flankierenden Maßnahmen bei Katastrophen wie Unterbringung der Helfer und Betroffenen, Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung, Hygiene usw. Die Aufgaben und die Ausbildung der rund 3 000 französischen Katastrophenschutzärzte sind die abschließenden Themen des Referats.

Der letzte Tag

Der Vormittag des letzten Veranstaltungstages ist einer Bilanz der Übung „Europa 1989“ vorbehalten, zu der auch der französische Innenminister Pierre Joxe aus

Paris angereist ist. In einem ersten Resümee hebt Präfekt Roger Gros die gute Zusammenarbeit der an der Übung beteiligten rund 700 Kräfte hervor, insbesondere lobt er das ausgezeichnete Zusammenspiel mit den spanischen Dienststellen und Hilfsdiensten, das auf der Grundlage der spanisch-französischen Konvention über gegenseitige Katastrophenhilfe vom 14. Juli 1959 steht.

Anschließend erläutern die Verantwortlichen für die einzelnen Einsätze („Plan Sater“; „Plan Rouge“; Justiz, Polizei und Gendarmerie; Logistik sowie Nachrichtenübermittlung und Kommunikation) den Ablauf der Übung in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Hilfe ist eine moralische Verpflichtung

„Die Übung ist zu Ende, nun beginnt die Arbeit“, meint Verwaltungsrat Troigros von

der Europäischen Gemeinschaft, Direktion Umwelt, nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz, der anschließend zu den Gästen spricht. Der Ablauf sei nun zu bewerten, um Schlüsse zu ziehen für eine eventuelle Verbesserung des Katastrophenschutzes in der Zukunft. Die EG bemühe sich um den Bereich Katastrophenschutz, obwohl im Vertrag von Rom der Gemeinschaft keine Kompetenz für den Sektor Katastrophenschutz eingeräumt worden sei. Es bestehe aber eine moralische Verpflichtung, so der EG-Vertreter. Rund 320 Millionen Bürger der Gemeinschaft hätten Anspruch auf Hilfe bei Katastrophen aller Art. „Ich glaube, daß in unserer immer technologischer werdenden Gesellschaft noch schwere Zeiten auf uns zukommen“, sagt Troigros.

Die Kommission wolle weder das Rad neu erfinden, noch neue Strukturen aufbauen. Auch wolle man sich nicht einmischen in die Verantwortung der Mitgliedstaaten,



Immer wieder werden „Verletzte“ gefunden. Im Hintergrund das „Vorderteil“ des Flugzeugs.



Ein Teil der umfangreichen Ausrüstung für die gerichtlichen Untersuchungen an Ort und Stelle.



Abschlußbesprechung im Fort de Bellegarde (von rechts): EG-Vertreter Verwaltungsrat Troigros, der französische Innenminister, Pierre Joxe, und Präfekt Roger Gros.



Viel Gelegenheit zum Gespräch gibt der Stehempfang in einem Seitenhof des Forts.



Der Leiter der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland, Ministerialrat Ekehard Moesle (links), im Gespräch mit dem Vertreter der EG, Verwaltungsrat Troigros. EG-Dolmetscher Harald Freudenstein (Bildmitte) hilft, die Sprachhürde zu überwinden. (Fotos: Sers)

sondern Animator sein für eine künftige effektive Zusammenarbeit im Notfall. Er appelliert an die Gäste, im Bereich des Katastrophenschutzes enger zusammenzuarbeiten, Erfahrungen auszutauschen, die Ausbildungsinhalte und Ausrüstungen anzugleichen, um bei großen Schadensereignissen einander helfen zu können.

Zum Abschluß seiner Rede stellt Troigros den Entwurf einer EG-Richtlinie vor. Das Arbeitspapier beinhaltet die Grundsätze für die gegenseitige Hilfe, die die Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung und Durchführung von Such- und Rettungsmaßnahmen nach einem Flugzeugabsturz gewähren sollen. Mit dieser Gemeinschaftsvorschrift sollen die in den einzelnen Ländern vorhandenen Bestimmungen für Such- und Rettungseinsätze sinnvoll ergänzt werden, um eine möglichst umfassende Abstimmung und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei Unfällen mit Luftfahrzeugen zu erreichen.

Fortschritte erwartet

Als letzter Redner ergreift Innenminister Pierre Joxe das Wort. Er verweist darauf, daß die Arbeit des Katastrophenschutzes nicht nur bei gemeinsamen Übungen, sondern oft auch in der Realität internationalen Charakter trüge. Ein großes Schadensereignis fordere den Einsatz von zahlreichen Hilfskräften und Materialien unter manchmal sehr schwierigen Bedingungen. Niemand könne von sich behaupten, er verfüge zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort über all diese Mittel, um einer solchen Katastrophe entgegenzutreten zu können. Deshalb habe die grenzüberschreitende, konzertierte Katastrophenhilfe auf europäischer Ebene eine besondere Bedeutung.

Im weiteren Verlauf seiner Rede geht der Innenminister u. a. auch auf mögliche und geplante Verbesserungen im Bereich des französischen Katastrophenschutzes ein und schließt mit den Worten: „Die Erfahrungen der Übung ‚Europa 1989‘ werden uns getrennt und gemeinsam Fortschritte bringen. Ich habe hier einen Willen zur Zusammenarbeit festgestellt, der über die Grenzen hinausgeht und der sicher in der Zukunft einen entscheidenden Antrieb liefern wird für eine Verbesserung des Katastrophenschutzes in der Europäischen Gemeinschaft.“

—güse—

TUIS: Gefahrenabwehr mindert Risiko

Das Hilfeleistungssystem der chemischen Industrie hat sich bewährt

Schauplatz Autobahnkreuz Moers: Ein Tanklastzug ist in einen Auffahrunfall verwickelt. Das Fahrzeug wird dabei so stark beschädigt, daß es nicht mehr fahrbereit ist. Der Aufliebertank ist zwar stark deformiert, bleibt aber dicht. Ein alltäglicher Unfall? Nicht, wenn es sich beim Inhalt des Tanks um fast 24 Tonnen Phenol handelt, eine hochgiftige, brennbare und ätzende Substanz. Die herbeigerufene Feuerwehr sieht hier mit dem Auffangen ausgelaufenen Dieselmotortreibstoffes schnell die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht.

Weil das Fahrzeug in beladenem Zustand nicht fortgeschafft werden kann, stellt sich nun die Frage, wie das Entleeren des Tanks bewerkstelligt werden kann. Erschwerend kommt hinzu, daß der geladene Stoff in erhitztem Zustand als Schmelze transportiert wird, die bereits bei etwa 40° Celsius erstarrt. Guter Rat ist teuer.

Die Feuerwehr am Unfallort macht nun genau das, was in einem solch brenzligen Fall schnelle und wirkungsvolle Hilfe verspricht: Sie wendet sich an TUIS. Und tatsächlich gelingt es dadurch, eine Lösung zu finden. Der vom Werk Dormagen der Bayer AG entsandte „Hilfszug Chemie“ übernimmt das Phenol in den bordeigenen beheizbaren Tank und übergibt es anschließend in den Tank eines Ersatz-Tanklastzuges. Nach zehn Stunden Einsatz ist der Fall gelöst.

„TUIS“ – eine Zauberformel?

Die als „Verkehrsunfall auf der BAB 2“ im Einsatzbericht dokumentierte Hilfeleistung ist nur einer von hunderten von Fällen, in denen TUIS nach Transportunfällen helfend tätig wurde. Was aber ist TUIS, was verbirgt sich dahinter?

TUIS steht als Kürzel für „Transport-Unfall-Informationssystem- und Hilfeleistungssystem“, eine Einrichtung, die 1982 vom Verband der Chemischen Industrie ins Leben gerufen wurde. Das Konzept weist TUIS als ein freiwilliges Hilfeleistungssystem für die Gefahrbeseitigung nach Transportunfällen mit chemischen Produkten auf allen Verkehrswegen aus.

Die annähernd 200 im TUIS zusammengeschlossenen Unternehmen bieten ihre

Hilfe aus der Erfahrung an, daß Sachkunde die effektivste Voraussetzung für eine Hilfeleistung ist. Bei der unübersehbaren Vielfalt von gefährlichen Stoffen und Gütern kann diese Sachkunde bei den Einsatzkräften von Feuerwehr und Hilfsorganisationen aber nur begrenzt erwartet werden. Hier will die chemische Industrie kraft Ausbildung und fachlicher Kompetenz mit Rat und Hilfe zur Verfügung stehen.

Im Klartext heißt das: Ereignet sich auf öffentlichen Transportwegen ein Unfall, an dem Fahrzeuge mit Gefahrgut beteiligt sind, und die Einsatzkräfte benötigen nach Ausschöpfung aller regulären Möglichkeiten dringend fachliche Hilfe zur Begrenzung der Unfallfolgen, dann steht TUIS zur Verfügung. Und das rund um die Uhr und überregional.

Den TUIS-Rahmenbedingungen gemäß erfolgt die Hilfeleistung ausschließlich auf Anforderung dazu autorisierter Behörden wie Regierungspräsident, Polizei, Feuerwehr oder Katastrophenschutz sowie Deutscher Bundesbahn und Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Damit soll sichergestellt werden, daß Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der öffentlichen Dienste in vollem Umfang gewahrt bleiben.

Hilfe in drei Kategorien

Was passiert nun, wenn etwas passiert? Kommt eine Kontaktaufnahme zu Hersteller, Versender oder Empfänger des von dem Schaden betroffenen Gefahrgutes nicht zustande, wendet sich die einsatzleitende Stelle an die nächstgelegene TUIS-Mitgliedsfirma. Sie erhält von dort entweder direkt Hilfe oder wird zu einem für die Hilfe geeigneten TUIS-Unternehmen vermittelt.

Je nach Dringlichkeit, Art des Unfalls und den möglichen Gefahren erfolgt die Hilfeleistung in drei Kategorien: als telefonische Beratung, Beratung vor Ort oder als technische Hilfe an der Unfallstelle.

„Soforthilfe“ per Telefon

Die telefonische Beratung als Hilfeleistung der ersten Kategorie stellt eine „Soforthilfe“ im Schadenfall dar. Hierbei werden produktspezifische Auskünfte von den-

jenigen TUIS-Mitgliedsfirmen gegeben, die über Kenntnisse der betreffenden Produkte oder Produktgruppen verfügen und die der Unfallstelle am nächsten sind.

Dies war beispielsweise der Fall, als eine TUIS-Mitgliedsfirma über Funkalarmgeber gebeten wurde, sich sofort mit der Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr Hamburg in Verbindung zu setzen: Aus einem undichten Tank mußte Säure umgepumpt werden. Hier half der telefonische Hinweis auf ein Unternehmen, das über eine entsprechende Spezialpumpe verfügte.

Fachwissen an den Ort gebracht

Als Hilfeleistung der zweiten Kategorie steht die Beratung am Unfallort. Sie wird in der Regel von einer in Unfallnähe gelegenen TUIS-Mitgliedsfirma übernommen. Hierbei tritt ein Vertreter der Werkfeuerwehr oder eine andere Firmen-Fachkraft dem Einsatzleiter mit Ratschlägen und Empfehlungen zur Seite, ohne in seine Kompetenzen oder Verantwortlichkeiten einzugreifen.

Ein Fall der Beratung am Unfallort war der Unfall eines Tanklastzuges, der mit 19 Tonnen Lösemittel von der Fahrbahn abgekommen und auf dem unbefestigten Randstreifen umgestürzt war. Ein Vertreter der Werkfeuerwehr der alarmierten TUIS-Mitgliedsfirma gab Hinweise zur Entleerung des Tanks und stand dem Einsatzleiter beim Überwachen der Umpumparbeiten zur Seite.

Praktische Hilfe oft unentbehrlich

Die Hilfeleistung der dritten Kategorie, die technische Hilfe am Unfallort, erfolgt durch die Werkfeuerwehr einer TUIS-Mitgliedsfirma und – soweit die Unfallumstände es erforderlich machen – zusätzlich durch andere Firmen-Fachkräfte. Der Leiter der werkeigenen Einsatzkräfte berät und unterstützt den Einsatzleiter aufgrund seiner Sachkenntnis. Dafür zieht er im Rahmen seines Ermessens die werkeigene Mannschaft und Ausrüstung heran.



Oben: TUIS hilft auf der Autobahn bei Moers: 24 Tonnen Phenol werden vom „Hilfszug Chemie“ übernommen . . .



. . . und anschließend in Tank eines Ersatz-Tanklastzuges übergeben.

(Fotos: Bayer AG)

So geschehen – wie eingangs als Beispiel geschildert – mit dem Einsatz des „Hilfszugs Chemie“ beim Tanklastzug-Unfall am Autobahnkreuz Moers.

TUIS setzt auf modernste Technik

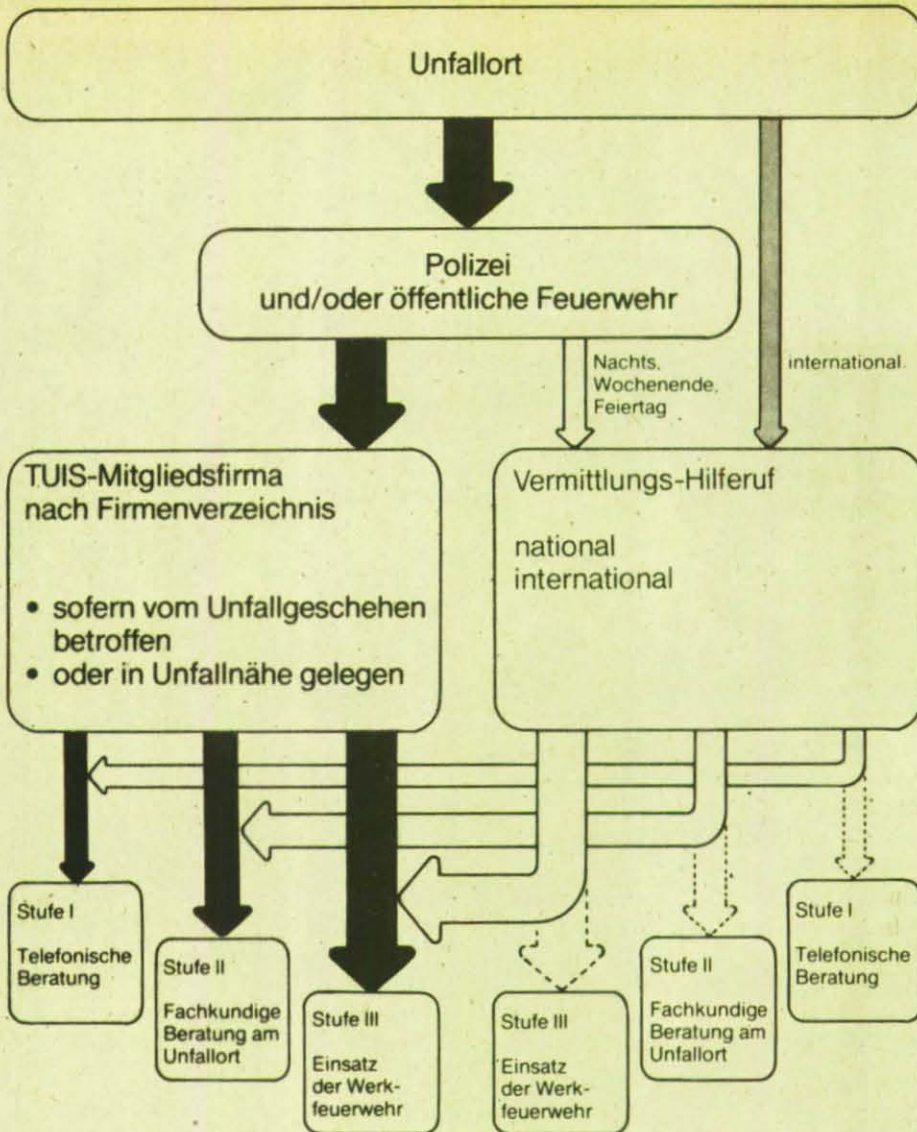
Bei der Hilfe der dritten Kategorie kann im Rahmen von TUIS auf das enorme technische Potential der dafür bereitstehenden Werkfeuerwehren zurückgegriffen werden. Speziell für die unterschiedliche Gefahrenabwehr der einzelnen Unternehmen konzipiert, stehen hier eine Vielzahl von Sonderfahrzeugen und speziellen Geräten zur Verfügung, die es teilweise bei den öffentlichen Feuerwehren überhaupt nicht gibt. Einen besonders hohen Einsatzwert hat dabei der erwähnte „Hilfszug Chemie“.

Seit 1981 zählt die nicht zu übersehende Fahrzeugkombination zum 36 Einheiten umfassenden Feuerwehr-Fahrzeugpark des Werkes Dormagen der Bayer AG. Mit der weltweit einmaligen Kombination, bestehend aus Zugfahrzeug und Anhänger, lassen sich pumpfähige Produkte sowohl aus Behältern als auch vom Boden aufnehmen. Wesentlicher Bestandteil ist der Auffangbehälter auf dem Anhänger, dessen Fassungsvermögen mit 21 Kubikmetern dem Inhalt eines üblichen Kesselwagens entspricht. Gezogen wird der Anhänger von einem Rüstwagen, der die Stromerzeugung sowie die komplette Meß- und Regeltechnik des Zuges an Bord hat.

Auf die Einsatzstatistik des Hilfszugs angesprochen, vermerkt Brandingenieur Schneider, Leiter der Werkfeuerwehr: „Obwohl er ursprünglich für die Aufgaben der innerbetrieblichen Gefahrenabwehr und des Umweltschutzes konzipiert wurde, wird der Hilfszug inzwischen vermehrt im Rahmen von TUIS außerhalb des Werkes eingesetzt.“

Zur Beratung nach Polen

Brandingenieur Schneider kann selbst auf eine längere Erfahrung bei TUIS-Einsätzen zurückblicken. Seine bisher weiteste Einsatzfahrt führte nach Polen, wo er bei einem Transportunfall beratend tätig war. Für Schneider steht die Bereitschaft zur Hilfeleistung stets im Vordergrund, wenn er betont: „Sobald beispielsweise eine Feuerweh nach einem Transportunfall mit gefährlichen Stoffen nicht mehr weiter weiß und sich über TUIS an uns wendet, lassen wir nicht locker, bis wir erreicht haben, daß geholfen werden kann. Dabei können Fragen der Entfernung oder vielleicht entstehende Kosten nicht entscheidend sein, wenn es gilt, unverzügliche Hilfe zu leisten.“



Das Unfall-Notruf-Schema von TUIS weist die verschiedenen Stufen der Hilfeleistung auf.

Und daß die Hilfe der Dormagener Fachleute häufig gefragt ist, belegt die Zahl von 189 TUIS-Hilfeersuchen, die allein in den letzten drei Jahren dort eingingen und bei denen in den drei TUIS-Kategorien zur Problemlösung beigetragen werden konnte.

Es ist deshalb ein Gebot der Zeit, das bewährte System weiter auszubauen und zu optimieren. Damit auch zukünftig ein Einsatzleiter, ratlos vor 24 Tonnen Phenol stehend, noch als „letzte Rettung“ weiß: „Jetzt muß TUIS ran!“ —cl—

Das Risiko wächst

Es darf nicht übersehen werden, daß jährlich weltweit über 600 neue chemische Produkte auf den Markt kommen und die Chemieproduktion weiterhin rasant ansteigt. Die aus dieser wachsenden Produktion resultierende höhere Transportrate auf unseren Verkehrswegen birgt auch ein wachsendes Risiko des Gefahrgutunfalls.

Die Notwendigkeit eines Hilfeleistungssystems wie TUIS wird also auch mit Blick auf die Zukunft unverzichtbar bleiben. Mehr noch: Trotz erweiterter Kenntnisse und verbesserter Technik werden die öffentlichen Dienste bei Gefahrgutunfällen verstärkt auf Hilfe von fachlicher Seite zurückgreifen müssen.

Noch besser gerüstet



Der in unserem Artikel vorgestellte „Hilfszug Chemie“ hat Verstärkung bekommen: In diesen Tagen nahm die Werkfeuerwehr des Dormagener Bayerwerkes den „Hilfszug Wasser“ (Foto) in ihren Fahrzeugpark auf. Wir werden die völlig neu konzipierte Fahrzeugkombination und ihre vielfältigen Einsatzmöglichkeiten in einer unserer nächsten Ausgaben vorstellen.

BVS-Direktor Helmut Schuch:

Selbstschutz bleibt zeitgemäß

„Wachwechsel“ bei der BVS-Landesstelle Hamburg: Joachim Kaufner ging in den Ruhestand – Helmut Nitschke als Nachfolger eingeführt

Die lange Gästeliste – angeführt von Senatsdirektor Klaus-Dietrich Kuhrau, Behörde für Inneres – darf sicherlich auch als Beweis dafür gewertet werden, daß sich Joachim Kaufner in seiner rund drei Jahre währenden Dienstzeit als Leiter der BVS-Landesstelle Hamburg ehrliche Anerkennung erworben hat. So verabschiedeten sich auch die Chefs der Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Manfred Gebhardt und Ltd. Branddirektor Maximilian Puchner, Wilhelm Stahlbuhk und Winfried Reichelt als Landes- und Direktionsbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehren, wie auch der Landesbeauftragte des THW, Günter Trautvetter, die Landesgeschäftsführer bzw. Vorsitzenden von ASB, DRK, JUH und MHD, die Repräsentanten der verschiedenen Behörden und Organisationen von ihrem „Kollegen“ Kaufner, der nach über dreißig Jahren im Dienste des BVS nunmehr das Kommando abgab.



Verabschiedung in Hamburg: BVS-Direktor Schuch (links) dankt Joachim Kaufner für seinen langjährigen Einsatz.

Der Frieden ist der Ernstfall

Der Direktor des BVS, Helmut Schuch, würdigte die Verdienste des Scheidenden und nutzte auch die Gelegenheit, an diesem 30. Oktober 1989 im Hinblick auf die anstehende Schlußberatung des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes die speziellen Belange des Selbstschutzes aus der Sicht des Verbandes noch einmal zu beleuchten. Schuch erklärte unter anderem:

„Von dem verstorbenen Bundespräsidenten Heinemann stammt das Wort, daß der Frieden der Ernstfall ist, in dem wir uns zu bewähren haben. Und die Frage,

ob sich der Bevölkerungsschutz angesichts der Ereignisse in und nach Tschernobyl damals bewährt hat, ist – zumindest was die Information der Bevölkerung anbetrifft – äußerst kritisch zu beantworten. Die Folgen sind Insidern bekannt: Überlegungen und konkrete Schritte zum Aufbau eines Krisenmanagements und zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit gerade für den Fall großflächiger Gefahrenlagen.

Was bedeutet diese Entwicklung für den BVS und seine Arbeit vor Ort? Uns wurde drastisch vor Augen geführt – und Perestroika verstärkt diese Erkenntnisse er-

heblich – daß der über zwanzig Jahre alte Auftrag des BVS zu einseitig auf einen immer unwahrscheinlicher werdenden Verteidigungsfall ausgerichtet war. Es bestand die Gefahr, daß die Mitarbeiter des BVS mit einem nicht mehr zeitgemäßen Auftrag nicht nur unglaublich, sondern als die letzten Unbelehrbaren erscheinen mußten.

Die Bürger handlungsbereit machen

Wer die Arbeit des BVS miterlebt hat, kann heute beruhigt feststellen, daß der BVS das zitierte Wort von Gustav Heine-

mann beherzigt hat, sei es in der Öffentlichkeitsarbeit, sei es in der Selbstschutzausbildung. Wir sind alle auch sehr froh, daß sich der Selbstschutz aller Voraussicht nach in der nächsten Zukunft nicht in einer kriegerischen Auseinandersetzung bewähren muß, sondern daß vielmehr die alltäglichen Unfälle, Unglücke, aber auch die technischen und Naturkatastrophen die Bewährungsproben darstellen, für die wir die Bürger handlungs- und hilfsbereit machen wollen.

Ich will hier an dieser Stelle nicht die einzelnen konzeptionellen und materiellen Maßnahmen aufzählen, die wir unseren Mitarbeitern an die Hand gegeben haben, damit sie den neu gewichteten Auftrag erfolgreich umsetzen können. Besonders dankbar sind wir aber, daß der in erster Lesung im Deutschen Bundestag bereits behandelte Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes diese zwangsläufige und richtige Entwicklung des Selbstschutzes auch festschreibt.

Ich darf hier feststellen: Die Staatsaufgabe Information der Öffentlichkeit über Gefahren und Schutzmöglichkeiten und die Unterstützung der Bürger, Betriebe und Behörden bei Planung und Verwirklichung des persönlichen wie betrieblichen Selbstschutzes ist und bleibt zeitgemäß im Hinblick auf die Fälle, in denen der Bürger helfen kann und soll ...“

Dank für 32jährige Mitarbeit

An den nunmehr in den Ruhestand Gehenden gewandt, sagte Schuch:

„Herr Kaufner, Sie haben in den Jahren Ihrer Tätigkeit in und für Hamburg guten Kontakt zu allen Behörden und Organisationen gehabt, die für den BVS und seine Arbeit wichtig und förderlich sind. Ich möchte Ihnen heute dafür danken, daß Sie mit ungebrochener Energie diesen letzten Abschnitt Ihres Berufslebens für

den Verband erfolgreich gestaltet haben. Aber dieser Dank soll insgesamt für eine über 32jährige Mitarbeit ausgesprochen werden, in der Sie eine Reihe wichtiger Positionen in hervorragender Weise ausgefüllt haben, ob bei der Landesstelle Nordrhein-Westfalen – dabei lange Jahre als Fachgebietsleiter – ob als Refe-

rent im Ausbildungsreferat der Bundeshauptstelle oder letztendlich hier in der Führungsposition in Hamburg, wo sich für Sie als gebürtigem Hamburger der Kreis des Arbeitslebens glücklich schließt.“

Anschließend führte BVS-Direktor Schuch als Nachfolger Helmut Nitschke in sein neues Amt

ein. Er wünschte dem bisherigen Geschäftsführer der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin eine ähnlich glückliche Hand bei der Bewältigung der Aufgaben und sprach die Hoffnung aus, daß Nitschke im Sinne des Vorgängers das „BVS-Schiff“ auf dem eingeschlagenen guten Kurs halten werde.

Nachrichten aus Bremen

Bremen

Die BVS-Landesstelle war mit dabei: Drei Tage lang präsentierten ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einem Stand der „BreNor '89“ das Angebot des BVS. Die dreitägige Gewerbe- und Familienschau fand Mitte Oktober im nordbremenischen Stadtteil Blumenthal statt. Auf dem rund 14 000 Quadratmeter großen Ausstellungsgelände stellten sich etwa 60 Aussteller aus Industrie, Handwerk und Handel sowie 20 Vereine, Verbände und Institutionen vor. Ideeller Träger war der Wirtschaftsrat Bremen-Nord. Eröffnet wurde die „BreNor '89“ von Bremens Innensenator Peter Sakuth, der sich auch auf dem BVS-Stand umsah.

Interessierte Besucher konnten sich beim BVS ausführlich über die verschiedenen Aspekte des Selbstschutzes informieren. Dabei erfuhren sie aufschlußreiche Einzelheiten, die durch eindrucksvolle Vorführungen im Freigelände ergänzt wurden. Hier ging es bei großem Besucherandrang im wahrsten Sinne des Wortes hautnah zu.

„Wir haben verschiedene Teile aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang vorgeführt“, erläutert BVS-Landesstellenleiter Diethelm Singer. Wie groß das Interesse an den BVS-Vorführungen tatsächlich war, zeigt die Zahl von rund 1 800 Ausstellungsbesuchern, die sich die einzelnen Vorführungen im Freigelände ansehen konnten. Darüber hinaus besuchten etwa 2 000 interessierte Bürger den BVS-Stand im Ausstellungszelt.



Senator Peter Sakuth (Mitte) läßt sich von den BVS-Mitarbeitern Teile aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang zeigen.

Nachrufe

Nach langer schwerer Krankheit ist der Fachgebietsleiter der BVS-Landesstelle Bremen

Siegfried Golde

verstorben. 25 Jahre hat er sich für die gemeinsame Arbeit uneigennützig und unermüdlich engagiert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trauern um einen freundlichen und aufgeschlossenen Kollegen.

Im Alter von 63 Jahren verstarb der ehrenamtliche Helfer

Heinz Hadelor

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Bremen trauern um einen langjährigen Wegbegleiter, der sich trotz Behinderung durch seinen unermüdlichen Einsatz verdient gemacht hat.

Im Jahre 1962 trat er bereits in die Reihen des BVS ein und wurde 1974 mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet.

Quer durch Niedersachsen

Wilhelmshaven

60 Jahre alt wurde kürzlich das Rathaus der Stadt Wilhelmshaven. Anlaß genug für die Stadt, einen „Tag der offenen Tür“ zu veranstalten. 10 000 Wilhelmshavener nahmen die Gelegenheit wahr und erlebten ihre Stadtverwaltung hautnah.

An den Aktivitäten rund ums Rathaus beteiligte sich neben vielen Vereinen und Institutionen auch der BVS mit einem Infostand und – in Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Katastrophenschutz-Organisationen – mit einem Sicherheitswettbewerb. Die Teilnehmer mußten an insgesamt acht Stationen ihr Wissen und Können aus dem Bereich der Lebensrettenden Sofortmaßnahmen unter Beweis stellen.

Besonders umlagert war dabei die Station der Rettungshundestaffel aus Wilhelmshaven, die sich, wie auch der ABC- und Fernmelde-Zug, erstmalig an dieser Aktion beteiligten. Als Aufgabe

mußte eine Behelfstrage hergestellt werden, um einen vom Rettungshund aufgespurten Verletzten zu transportieren. Die weiteren Stationen wurden von der Johanniter-Unfall-Hilfe und der Feuerwehr betreut, die auch eine umfangreiche Geräteschau aufgebaut hatte.

Hildesheim

Einen „Tag der offenen Tür“ veranstaltete die BVS-Dienststelle Hildesheim auf ihrem Übungsgelände. Bei der Veranstaltung unter der Schirmherrschaft von Oberstadtdirektor Dr. Buerstedde wirkten die Katastrophenschutz-Organisationen ASB, DLRG, DRK, Feuerwehr, JUH und THW mit.

Neben einer umfangreichen Fahrzeug- und Geräteschau fanden auch Vorführungen statt. Bei sonnigem Herbstwetter nutzte eine Vielzahl von Bürgern die Gelegenheit, um das Übungsgelände zu besuchen und sich umfassend über Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes zu informieren.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Hagen

Als Auftakt der Märkischen Verkehrssicherheitswoche fand ein Verkehrssicherheitstag in Nachrodt-Wilbingwerde statt. Dieser Tag wurde von der BVS-Dienststelle Hagen genutzt, um der Bevölkerung den Selbstschutzgedanken näherzubringen. Neben Informationsständen und Ausstellungen konnte ein Sicherheitswettbewerb unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Rudolf Draheim durchgeführt werden.

Anlässlich der Siegerehrung bedankte sich Bürgermeister Draheim bei den Initiatoren, den Helfern der mitwirkenden Organisationen und den Teilnehmern. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch bei einer realen Unfallsituation genauso schnell und behertzt geholfen wird, wie es bei den simulierten Verletzungen der Fall war.

Bochum

Die Ennepetaler Frauenwoche, vor einem Jahr als Experiment begonnen, war auch diesmal wieder ein großartiger Erfolg. Dies nicht zuletzt dank der Teilnahme der BVS-Dienststelle Bochum; die damit einer Einladung der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Veltten-Franke, folgte.

Die von Frauenfachbearbeiterin Petra Kattner, der ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiterin Frau Theilen und Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, Karin Rösler, organisierte Ausstellung „Frauen im Selbstschutz“ konnte sich in der Tat sehen lassen. Sie war informativ, übersichtlich und bestens dazu angetan, Kontakte zu Frauenverbänden und ähnlichen Organisationen zu vermitteln.

Herford

Der „Basar“, drei Tage lang Volksfest in Preußisch-Oldendorf, das war für den BVS eine gute Gelegenheit zur Selbstdarstellung. So hatte die Bevölkerung die Möglichkeit, neben anderen Angeboten auch Aufgaben und Ziele des BVS kennenzulernen.

In Zusammenarbeit mit der Stadt Preußisch-Oldendorf und dem Gewerbeverein wurde von der BVS-Dienststelle in einem Wirtschaftszelt eine Selbstschutz-Ausstellung präsentiert, die im Laufe der Veranstaltung von mehreren tausend Interessenten besucht wurde. Dabei kam es zu zahlreichen Einzelgesprächen und individuellen Beratungen auf dem Gebiet des Selbstschutzes.

Die Werbung für einen Sicherheitswettbewerb – mehr als 1 000 Handzettel wurden verteilt – zeigte Wirkung: Großer Andrang bei dieser Veranstaltung, für die Bürgermeister Wilhelm Bettenbrock die Schirmherrschaft übernom-



BVS-Dienststellenleiter Hinnah im Gespräch mit Stadtdirektor Beermann (links) auf dem Parcours des Sicherheitswettbewerbs.

men hatte. An der Siegerehrung wirkte auch Landrat Heinrich Borchering mit, der sich ebenso wie Stadtdirektor Manfred Beermann und einige Ratsmitglieder zufrieden über die Arbeit des BVS äußerte.

Nachruf

Die Dienststelle Dortmund trauert um ihren ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfervertreter

Alfred Michalski

der unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 53 Jahren gestorben ist.

Mit Michalski, seit 1970 Helfer in Dortmund, hat die Dienststelle einen äußerst pflichtbewußten Mitarbeiter verloren. Der Verstorbene war wegen seiner Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und seines großen Fachwissens nicht nur bei seinen Kollegen, sondern auch bei Behörden, Verwaltungen und anderen Institutionen geachtet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststelle Dortmund werden Alfred Michalski ein ehrendes Andenken bewahren.

Düren/Kall

Selbstschutzwochen sind auch in kleineren Gemeinden von gro-

ßem Nutzen, wie sich jetzt wieder am Beispiel Kall zeigte, einem in der Nordeifel gelegenen Ort. Der BVS konnte hier schon bei den Vorbereitungen auf die volle Unterstützung von Gemeindedirektor Friedrich-Josef Laux und Berufsschulleiter Dietmar Katzy zählen. Beide sorgten dafür, daß auch ein attraktives Rahmenprogramm zustandekam.

Insgesamt besuchten etwa 1 000 Bürger die Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“, 30 Schulklassen wurden hier gezählt. 38 Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit bildeten neben der Eröffnung das Rahmenprogramm, darunter fünf Informationsveranstaltungen für ausgewählte Zielgruppen und ein Sicherheitswettbewerb.

Bürgermeister Werner Schumacher, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, ermöglichte schließlich gemeinsam mit Gemeindedirektor Laux eine Vortragsveranstaltung für mehr als 90 Mitglieder der Landfrauenvereiner. Mehr als 2 000 Besucher wurden bei dieser Selbstschutzwoche mit Selbsthilfemaßnahmen bekanntgemacht.

Zur Erfolgsbilanz gehören auch zahlreiche Einzelberatungen über Selbstschutz und Schutzraumbau sowie allein rund 600 Anfragen von Bürgern zu verschiedenen Themen.

Gelsenkirchen

Das Thema „Betriebssicherheit“ stand im Mittelpunkt einer Informationstagung, zu der die BVS-Dienststelle Gelsenkirchen in Zusammenarbeit mit der Barmer Ersatzkasse eingeladen hatte. 39 Teilnehmer, überwiegend Sicherheitsingenieure und Sicherheitsbeauftragte von mittelständischen Betrieben, informierten sich über Möglichkeiten des Selbstschutzes in Arbeitsstätten.

Durch Vorführungen von praktischen Teilen aus den Selbstschutz-Grund- und Fachlehrgängen hatten die Teilnehmer Gelegenheit, Auszüge aus dem Ausbildungsinhalt kennenzulernen.

Die für die Betriebssicherheit zuständigen Mitarbeiter waren sich bei der Abschlußbesprechung einig, daß die Senkung der Unfallbilanz in den Betrieben nicht nur durch eine umfassende

Införmaion aller Betriebsangehörigen über Gefahrenschwerpunkte zu erreichen ist, sondern auch eine gründliche praktische Ausbildung erforderlich ist.

Hessenspiegel

Friedberg

Auf dem Stadtkirchenplatz in Friedberg fand ein Sicherheitswettbewerb der BVS-Dienststelle Friedberg unter dem Motto „Damit Hilfe keine Zufall bleibt“ statt. Dabei wirkten Polizei, Feuerwehr, DLRG, ASB, THW, JH und MHD mit.

Schirmherr der Veranstaltung war Bürgermeister Dr. Fuhr. In seiner Vertretung eröffnete 1. Stadtrat Mosbach die Veranstaltung. Nach der Eröffnung des Sicherheitswettbewerbs war das Interesse groß. Neun Stationen mußte jeder Teilnehmer durchlaufen. Die Bürger hatten dabei die Möglichkeit, ihr Können und Wissen auf dem Gebiet des Selbstschutzes zu überprüfen.

Die anschließende Siegerehrung nahmen Schirmherr Bürgermeister Dr. Fuhr und BVS-Mitarbeiter Freundl vor. Die erfolgreichsten Teilnehmer erhielten wertvolle Ehren- und Sachpreise, die von der Stadt und dem BVS gestiftet wurden.

Königstein

Bürgermeister Weber eröffnete als Schirmherr die Ausstellung „Bevölkerungsschutz“ im Kurhaus von Königstein. Vor zahlreichen Gästen stellte er die Notwendigkeit der Information und Ausbildung zur Selbsthilfe in der heutigen Zeit hervor.

Bürgermeister Weber gab der Hoffnung Ausdruck, daß viele Bürger die Ausstellung besuchen werden. BVS-Mitarbeiter Freundl erklärte den Sinn der Ausstellung und die Bedeutung der Tafeln. In diesem Zusammenhang wurde auch das Lehrgangsangebot des BVS vorgestellt.

Langen

Am Abend des 24. 10. 1989 wurde in der Kreissparkasse in Lan-



Staatssekretär Demke (Mitte) im Gespräch mit Sparkassendirektor Paeslack (rechts) und BVS-Landesstellenleiter Hachen.

gen die Fahrbare Zivilschutzausstellung der BVS-Landesstelle Hessen eröffnet. Unter den in großer Anzahl erschienenen Gästen befanden sich auch der Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Finanzen, Claus Demke, sowie der Erste Stadtrat der Stadt Langen, Dieter Pitthan.

In der Eröffnungsansprache äußerte sich der Hausherr, Sparkassendirektor Dieter Paeslack, beeindruckt von den umfassenden Maßnahmen im Rahmen des Bevölkerungsschutzes. Staatssekretär Demke begrüßte besonders den Ort der Ausstellung, wo sich der Bürger normalerweise zur Beratung in Angelegenheiten der finanziellen Sicherheit aufhalte. Jetzt erhalte der Bürger durch die Ausstellung zusätzlich Informationen zur eigenen Vorsorge für Notsituationen.

Am Samstag, dem 28. 10. 1989, fand ein Aktionstag des Bevölkerungsschutzes statt.

An dieser Veranstaltung beteiligten sich unter der Organisation des BVS alle im Kreis Offenbach



Versucht es selbst: Frau Pitthan, die Gattin des Schirmherrn, beim Ablöschen brennender Kleidung.

(Fotos: Hennig)

vorhandenen Organisationen des Katastrophenschutzes wie ASB, DLRG, DRK, Feuerwehr, JUH, MHD und THW. Darüber hinaus war auch die Rettungswache Bergen-Enkheim beteiligt. Der BVS war mit zwei Info-Ständen vertreten und demonstrierte das Ablöschen in Brand geratener Bekleidung an Personen.

Trotz des insgesamt schlechten Wetters ließ es sich Dieter Pitthan, Erster Stadtrat der Stadt Langen, als Schirmherr der Veranstaltung nicht nehmen, zusammen mit BVS-Landesstellenleiter Werner Hachen einen ausführlichen Rundgang zu machen. Dabei überzeugte er sich von dem hohen Ausbildungs- und Leistungsstand des Bevölkerungsschutzes.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Koblenz

Die BVS-Dienststelle Koblenz beteiligte sich in der Zeit vom 26. 08.-03. 09. 1989 an der IHAGA in Neuwied.

Schon bei den letzten Ausstellungen hatte sich immer wieder herausgestellt, daß viele Bundesbürger nicht wissen, wie bei Nötfällen für schnelle Hilfe gesorgt werden kann. Immer wieder gibt es Situationen, in denen der oder die Betroffenen auf sich selbst angewiesen sind. Deshalb soll und muß jeder wissen, wie er in Nötfällen wirksam helfen kann.

Um das Informationsdefizit beim Abgeben eines Notrufes zu verringern, hatte die BVS-Dienststelle Notrufsysteme für die IHAGA beschafft:

Die Autobahnmeisterei Montabaur baute eine Original-Auto-



Die aufgebauten Notrufeinrichtungen waren ständig umlagert.

(Foto: Neuland)

bahnrufsäule auf. Beim Anheben der Klappe erhielt jeder Besucher wichtige Informationen über die Bedeutung dieser Säule.

Die Bezirksregierung Koblenz stellte eine einsatzbereite Polizeirufsäule zur Verfügung. Daß mit dieser Rufsäule Hilfe und Auskunft geholt werden kann, war vielen Besuchern völlig unbekannt.

Das Notruftelefon der Björn-Steiger-Stiftung ist normalerweise an Unfallschwerpunkten auf Bundes- und Landstraßen zu finden. In der Ausstellung erregte das Telefon großes Aufsehen, es war ein ständiger Anziehungspunkt.

Der münzfreie Fernsprecher der Deutschen Bundespost wurde sehr stark beachtet. Viele Besucher hatten schon von der Bedienung des münzfreien Notrufes gehört, aber kaum jemand hatte dieses Gerät schon einmal benutzt.

Daß auf der Ausstellung alle Notrufsysteme gleichzeitig aufgebaut waren und auch bedient werden konnten, fand allseits nur Zustimmung.

Zweibrücken

Die Stadt Zweibrücken war an den BVS herangetreten, im Rahmen der Brandschutzwoche im September eine größere Veranstaltung durchzuführen. Insbesondere war es der Wunsch Oberbürgermeisters von Blon, unter der Regie des BVS alle in Zweibrücken tätigen Katastrophenschutz-Organisationen mit einzubeziehen, um der Bevölkerung die Notwendigkeit von Katastrophenschutz und Zivilschutz näherzubringen. So wurden unter Mitwirkung des THW, DRK, ASB und

der Feuerwehr vom BVS Selbstschutztage organisiert und durchgeführt.

Zu Beginn der Brandschutzwoche fand auf dem Schloßplatz in Zweibrücken ein „Tag des Helfers“ unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters statt. Eine große Anzahl von Bürgern hatte hierbei die Möglichkeit, nicht nur theoretische Kenntnisse über die Arbeit der Katastrophenschutz-Organisationen zu gewinnen, sondern sich auch aktiv bei den beiden Sicherheitswettbewerben unter dem Motto „Können Sie helfen?“ zu betätigen. Fast 80 Teilnehmer durchliefen dabei den gesamten Parcours erfolgreich.

Den Abschluß der Selbstschutztage bildete der „Tag der Offenen Tür“ bei der Feuerwache Zweibrücken. Auch hier war der BVS mit Informationsständen und Straßenaktionen beteiligt. Gleichzeitig fand die Abschlußveranstaltung für die vorausgegangenen Sicherheitswettbewerbe statt, wobei unter großer Anteilnahme vieler Zuschauer die Siegerehrung durch Oberbürgermeister von Blon vorgenommen wurde.

Bayern heute

Landshut

Eine Reihe von Persönlichkeiten aus dem politischen Leben konnte BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann kürzlich bei der BVS-Schutzraumbau-Ausstellung im Rahmen der Niederbayernschau in Landshut begrüßen. So trugen sich unter anderem die CSU-Landtagsabgeordnete und Stellvertretende Vorsitzende der

Frauenunion Bayern, Inge Pongratz, sowie der CSU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, Dr. Herbert Huber, in das Gästebuch des BVS ein.

Rund 300 Besucher ließen sich während der einwöchigen Veranstaltung in Fragen der Planung und Finanzierung eingehend beraten. Besonderes Interesse fand die individuelle Berechnung der Notbevorratung per Computer. Die haupt- und ehrenamtlichen Schutzraumbau-Berater verzeichneten einen deutlichen Trend zum Schutz vor zivilen Katastrophen durch einen geeigneten Schutzraum. Gerade im Freistaat

Bayern wächst, bedingt durch immer wieder auftretende Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Schneebruchgefahren, das Bedürfnis, Familienangehörige und Nachbarn durch eine vernünftige Vorsorge bestmöglich schützen zu können.

Allein in Landshut und Umgebung sind laut Statistik für rund 70 000 Einwohner zur Zeit 8 500 Schutzplätze in Schutzräumen mittlerer Größe vorhanden. Nicht mitgerechnet sind hier die privaten, eigenfinanzierten Schutzräume. Landshut liegt so mit einer über zehnprozentigen Versorgungsdichte an Schutzplätzen weit über dem Bundesdurchschnitt von 3,5 Prozent.

phenschutzeinheiten besichtigt. Die einzelnen Einheitsführer stellten ihre Einheiten vor.

Danach erfolgte der Start für den Sicherheitswettbewerb im Marktgebiet, an dem sich zahlreiche Bürger beteiligten. Sechs Stationen mußten die Teilnehmer durchlaufen, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu testen. Nach Auswertung der Einzelergebnisse traf man sich zur Preisverteilung im Festzelt, wo wertvolle Sachspenden die Sieger erwarteten.

Aschaffenburg

„Darauf hätte man eigentlich auch selbst kommen können“, meinte der junge Mann aus Norddeutschland einigermaßen verblüfft. Ort des Geschehens: Der Campingplatz im unterfränkischen Karlstein (Lkrs. Aschaffenburg). Hier und in zwei weiteren Gemeinden an der bayerisch-hessischen Landesgrenze führte die BVS-Dienststelle Aschaffenburg während der Sommermonate ihre Aktion „Sicherer Campingplatz“ durch.

Reaktionen wie die des zitierten Urlaubers waren im Laufe der sechs Veranstaltungstage häufig zu vernehmen. Ein Großteil der wißbegierigen Camper reagierte mit Erstaunen auf die Demonstration der meist einfachen Hilfsmittel und Handgriffe.

So verfolgten die Teilnehmer der Campingplatz-Aktionen das schnelle Ersticken von Flammen am menschlichen Körper. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Freunde des Urlaubs in freier Natur auch den Anleitungen zum Löschen einer brennenden Bratpfanne. Das schnelle Auflegen des Deckels sorgte in den Reihen

der Teilnehmer für so manches „ja klar, ist doch ganz einfach“.

Bevor der richtige Umgang mit dem Feuerlöscher ins Blickfeld des Interesses gerückt wurde, erneuerte Dienststellenleiter Rigobert Hagel die BVS-Forderung, wonach die Ausstattung von Zelten und Wohnwagen mit einem Handlöschgerät zur Vorschrift erhoben werden mußte.

Bei der Aktion „Sicherer Campingplatz“, die in dieser Form erstmals in Bayern durchgeführt wurde, war bei den rund 530 Teilnehmern ein starkes Interesse an den jeweils 30 Minuten dauernden Informationsveranstaltungen ebenso festzustellen wie die Bereitschaft, das erworbene Wissen zu speichern und somit im Notfall „griffbereit“ zu haben.

München

Die BVS-Dienststelle München führte einen Sicherheitswettbewerb auf dem Parkplatz eines Großmarktes durch. In den Geschäftsräumen der Firma wurde der Notvorrat, den vier Personen in 14 Tagen benötigen, ausgestellt.

Außerdem wurde die Kundenschaft in Durchsagen auf den Sicherheitswettbewerb hingewiesen. Um die Kunden auf den Sicherheitswettbewerb aufmerksam zu machen, setzte die BVS-Dienststelle München an vier Tagen den Info-Stand mit Filmwagen ein.

Diese Bemühungen führten dazu, daß der Sicherheitswettbewerb, gegliedert in sechs Stationen, von den Kunden sehr gut angenommen wurde. 11 weibliche und 44 männliche Besucher nahmen an dem Wettbewerb teil.



Von besonderem Interesse: Berechnung der individuellen Notbevorratung per Computer. (Foto: Matuszak)

Mallersdorf-Pfaffenberg

Eine Woche lang hatten die Bewohner der Marktgemeinde Mallersdorf-Pfaffenberg und des Landkreises Straubing-Bogen die Möglichkeit, sich über den Zivilschutz zu informieren. Im Rahmen einer Selbstschutzwoche gaben die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Deggendorf Aufschluß über die Möglichkeiten der persönlichen Vorsorge und zeigten auf, wie sich persönliches Engagement und staatliche Planung sinnvoll ergänzen.

BVS-Dienststellenleiter Rudolf Hackl leitete die Abschlußveranstaltung der Selbstschutzwoche ein. Bürgermeister Hans Daffner, Schirmherr der Selbstschutzwoche, war es vorbehalten, den in großer Zahl angetretenen Helfern der Feuerwehr, des DRK und des

THW für die Veranstaltung Dank zu sagen.

Landrat Ingo Weiß freute sich über das Engagement des BVS und über den Einsatzwillen der Katastrophenschutz-Organisationen. Besondere Bedeutung widmete der Landkreisleiter dem Selbstschutz der Bevölkerung. Mehr als 120 Selbstschutzberater sind bereits im Landkreis Straubing Bogen tätig.

BVS-Landesstellenleiter Günther Kopsieker verwies zunächst auf die in Gang gekommenen Gesetzesänderungen auf Bundesebene und stellte fest, daß der Bund seine verfassungsmäßige Pflicht, der Bevölkerung in Notlagen durch organisierte Hilfe beizustehen, sehr ernst nehme.

Nach einer Einführung durch BVS-Dienststellenleiter Hackl wurden die im großen Rund des Volksparkplatzes aufgestellten Katastro-



Der Umgang mit dem Feuerlöscher will geübt sein.

Historische Stunden an der Grenze

**Gemeinsame Arbeit von Ost und West beseitigt Grenzsperrern –
Augenzeugen berichten über das denkwürdige Ereignis**

Jahrzehntelang lag die alte Straßenbrücke über die Ecker im Dornröschenschlaf. Einstmals verbindendes Element auf der vielbefahrenen Reichsstraße 6 zwischen den Harzorten Eckertal und Stapelburg, bildete ihre Mitte nun die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem war sie so baufällig geworden, daß ihr Betreten verboten wurde. Am Nachmittag des 11. November 1989, einem Samstag, stand sie plötzlich im Mittelpunkt vielfältiger Aktivitäten.

Um die bestehenden Grenzübergänge zu entlasten, sollte bei Stapelburg ein weiterer Übergang geschaffen werden. Mit schwerem Gerät waren auf östlicher Seite Arbeiter des Kreisbaubetriebes Wernigerode angerückt und hatten einen Weg durch die tiefgestaffelten Grenzsperrern gebahnt. Als die Mauer nur einen Spalt weit geöffnet war, drängten die Menschen aus der DDR in Richtung Bad Harzburg/Eckertal, waten teilweise durch die flache Ecker und gelangten mehr schlecht als recht über einen ersten provisorischen Übergang in den Westen.

In dieser dramatischen Situation erreichte um 16.50 Uhr – deckungsgleich mit ersten Aktivitäten des THW-Ortsverbandes Goslar – ein Erkundungsauftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten über die Bezirksregierung Hannover die THW-Landesbeauftragten-Dienststelle. Es galt, den personellen und materiellen Aufwand zur Herichtung des neuen Grenzübergangs Eckertal/Stapelburg für den Kfz-Verkehr zu prüfen.

Vor Ort wurde der zwischenzeitlich alarmierte THW-Ortsverband Goslar von den BGS-Beamten gebeten, Ausleuchtungsarbeiten vorzunehmen und Fußgängerüberwege für die nun schon in

großen Scharen heranströmenden DDR-Bürger zu bauen. Zusammen mit der Feuerwehr wurde der neue Grenzübergang ausgeleuchtet und zwei behelfsmäßige Übergänge aus Holz gebaut. DRK-Helfer übernahmen die Betreuung der Besucher.

Parallel zu diesen Arbeiten rückten DDR-Soldaten dem Metallgitterzaun mit Äxten zu Leibe, um weitere Breschen in das Bollwerk zu schlagen. Hier konnten THW-Helfer mit ihren Trennschleifern wirksame Hilfe leisten und die eiserne Barriere auftrennen.

In diesem Moment erschien Ministerpräsident Albrecht an der Grenze und dankte den Helfern für ihren Einsatz. Anschließend besuchte er zu Fuß das DDR-Örtchen Stapelburg.

Nachdem vom Technischen Zug des BGS mit THW-Unterstützung als weiterer Übergang ein Fahrenoberbau verlegt worden war, begannen nach Mitternacht die eigentlichen Arbeiten an der alten Straßenbrücke. In Zusammenarbeit mit einer ortsansässigen Tiefbaufirma setzten Goslarer Helfer und Helfer der Hamelner Pontongruppe vier Betonklötze ins Wasser der Ecker, schoben unter Einsatz der Hydroheber zwei Stahlträger darüber und schufen somit einen stabilen Unterbau für die Brücke.

Erstmals DDR-Gebiet befuhr ab dem frühen Morgen ein THW-Bergungsräumgerät mit Helfern des OV Northeim. Zusammen mit einem zweiten Radlader einer Tiefbaufirma durchbrachen sie die restlichen Barrieren aus Erdreich und Betonstücken und ebneten das unwegsame Gelände auf einer Länge von 100 m ein.

Am Sonntag gegen 14.30 Uhr schließlich trafen sich Landrat Klaus Homann und Oberkreisdirektor Erhardt Müller an der Grenzlinie auf der Brücke mit



Ein THW-Bergungsräumgerät im „grenzüberschreitenden“ Einsatz.

zwei DDR-Offizieren und dem Vorsitzenden des Rates des Kreises Halberstadt, um nach einem kurzen freundlichen Wortwechsel die Straße für den Verkehr zu übergeben. Bis Sonntagnacht hatten mehr als 50 000 DDR-Bürger

ich möchte hinter Zäune schauen und über hohe Mauern gehen.“

Diese Zeilen eines Gedichtes, welches ich in einem Informationszentrum an der innerdeutschen Grenze zwischen Eckertal und Stapelburg (DDR) gelesen



In gemeinsamer Arbeit werden die Stahlträger unter die Brücke geschoben.

die Grenze passiert und die über 100 THW-Helfer in ihrem vielstündigen Einsatz ein Stück deutsch-deutscher Geschichte mitgeschrieben. Reiner Bormann

*

„Ich möchte gerne Brücken bauen,
wo tiefe Gräben nur zu sehen;

habe, kommen mir in dieser sterrenklaren, frostigen Nacht nahe bei dem kleinen DDR-Grenzort Ecklingerode wieder in den Sinn. Und was für den unbekanntenen Dichter einst angesichts von Mauern und Todesstreifen ein unerreichbares Wunschbild war, das liegt plötzlich zum Greifen nahe – hier beim südniedersächsischen Städtchen Duderstadt, wo noch in

dieser Nacht zum 18. 11. 1989 die Mauern fallen sollen.

Bereits am Nachmittag haben DDR-Grenzer damit begonnen, die Sperranlagen abzureißen und ein westdeutsches Bauunternehmen hat bis in den späten Abend hinein einen provisorischen Weg zwischen Ost und West hergestellt – unterstützt von Helfern des THW, die die Baustelle bis weit in die DDR hinein ausleuchten und überall mit Hand anlegen.

Als ich am späten Abend mit THW-Geschäftsführer Klaus Ritter, dem Koordinator dieses über 50 Stunden dauernden THW-Einsatzes, eintreffe, ist es noch recht ruhig. Hier und da haben sich Grüppchen von THW-Helfern, Beamten des Zolls und des Bundesgrenzschutzes, Schaulustigen und DDR-Grenzern gebildet, die den Fortgang der Arbeiten beobachten und diskutieren – ihre Gespräche untermalt vom monotonen Brummen des THW-Aggregats.

Schnell haben auch wir uns einer Gruppe um einen Offizier der DDR-Grenztruppen angeschlossen. Es herrscht eine ganz eigenartige Stimmung. Ist es denn möglich, daß wir hier mit Menschen sprechen und scherzen, die noch vor wenigen Wochen „drüben“ und damit unerreichbar waren? Ganz ungezwungen, fast kameradschaftlich, sprechen wir über Eindrücke, die uns in diesen Tagen bewegen. Auf meine Frage nach seinen Gefühlen antwortet mir der DDR-Offizier: „Ich kann das alles auch noch nicht begreifen, aber ich finde das einfach toll.“

Auch ihm scheint es gut zu tun, nach seinem jahrelang auferlegten Schweigen endlich einmal über seine Gefühle sprechen zu können. In unser Gespräch mischen sich auch immer wieder neugierige Fragen nach unserer Organisation und Ausrüstung. Schnell laufe ich zum Einsatzwagen zurück und hole die Fotos, die ich von der Grenzöffnung in Eckertal eine Woche zuvor geschossen habe und die die Uniformierten der DDR mit großem Interesse betrachten.

Samstagmorgen, 5.30 Uhr: Nach drei Stunden in Northeim treffe ich wieder am Grenzübergang ein. Noch 30 Minuten bis zu seiner Öffnung, das Bild hat sich



Die Menschen passieren den neugeschaffenen und vom THW ausgeleuchteten Grenzübergang.

gewandelt. Dort, wo wir in der Nacht standen, markiert jetzt Trassierband die Grenze. Neben politischer Prominenz haben sich trotz der frühen Stunde auch zahlreiche Duderstädter Bürger mit Fackeln und Transparenten versammelt.

Jenseits der Grenzen können wir, von unseren Scheinwerfern noch angestrahlt, ebenfalls Hunderte von DDR-Bürgern mit Fackeln und Kerzen erkennen. Auch unsere „alten Bekannten“ machen noch Dienst an der Grenze. Wir haben einen THW-Wimpel mitgebracht, den der THW-Geschäftsführer den östlichen Grenzern als Andenken an diesen denkwürdigen Tag überreicht.

Als um 6.00 Uhr das Trassierband entfernt wird, marschieren die Fackelzüge aufeinander zu und treffen sich im ehemaligen Todesstreifen, der nun alle

Schrecken verloren hat. Von dort aus setzt sich die Prozession langsam in Richtung Duderstadt in Bewegung.

Eine Posaengruppe spielt und die Menschen singen „Lobet den Herrn“. Rührende Szenen spielen sich ab: Während viele Menschen weinen, fallen sich andere lachend um den Hals. Ich stehe in diesem bewegenden Augenblick auf dem Dach eines BGS-Jeeps und versuche, mit meiner Videokamera diese Erlebnisse in Bild und Ton festzuhalten.

Und als die Menschen singend an mir vorüberziehen, da kommen auch mir die Tränen – Tränen, derer ich mich nicht schäme. „Ich möchte hinter Zäune schauen und über hohe Mauern gehen“ – diese Zeilen haben sich in diesem Augenblick für mich mit Sinn erfüllt.



THW-Geschäftsführer Ritter überreicht DDR-Offizieren den THW-Wimpel.

(Fotos: Aue)

Szenenwechsel: In der Kfz-Werkstatt der Berufsbildenden Schulen in Duderstadt sowie in einer Außenstelle am Grenzübergang Gerblingerode wirken THW-Helfer aus Northeim, Göttingen, Einbeck, Gieboldehausen und Hann.-Münden, um die zahlreichen liegengebliebenen Trabis, Wartburgs und Ladas wieder flottzumachen. Oft sind es Schäden an Zündkerzen, Vergasern und dem elektrischen System, die der langersehnten Reise in die Freiheit ein jähes, vorzeitiges Ende bereiten.

Zeitweise ist die geräumige Werkstatthalle überfüllt von Fahrzeugen aus der DDR, welche die unaufhörlich patrouillierenden Streifen des THW herangeschleppt haben. Mit Begeisterung und technischem Know-how arbeiten die THW-Helfer teils stundenlang, bis die Besitzer, gestärkt durch Essen und warme Getränke, mit ihren knatternden Gefährten den Werkstatthof wieder verlassen können.

Auch hier werden schnell Kontakte geschlossen und Adressen ausgetauscht, und in die große Freude über die neue Reisefreiheit mischen sich auch immer wieder zweifelnde Töne über die weitere Zukunft.

Gleich nebenan steht die fahrbare Einsatzleitzentrale des Landkreises Göttingen, die alle Einsätze der THW-Ortsverbände koordiniert. Der Northeimer Ortsbeauftragte, Klaus Harrigfeld, hat es sich nicht nehmen lassen, selbst für drei Nächte die Gesamtleitung zu übernehmen.

Als ich mich gerade mit ihm unterhalte, klingelt das Telefon und ein Katlenburger Bürger bietet der TEL kostenlose Übernachtungsmöglichkeit für DDR-Bürger an. Hier spüre ich die grenzenlose Hilfsbereitschaft vieler Mitbürger, die gemeinsam mit Feuerwehr, Sanitätsorganisationen, DLRG, THW und vielen anderen Ehrenamtlichen eine große Gemeinschaft bilden.

Alle hatten tagelang nur das eine Ziel vor Augen: Menschen zu helfen! Dieses Ziel haben wir alle – jeder auf seine Weise – erreicht. Wir sollten alle für die Zukunft daraus gelernt haben!

Michael Aue

Gerster Präsident der THW-Helfervereinigung

Die 7. Bundesversammlung der THW-Helfervereinigung hat am 7. Oktober 1989 den Mainzer Bundestagsabgeordneten Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Gerster, bisher Vizepräsident der Vereinigung, löste den bisherigen Präsidenten Hans-Joachim Wiegand ab, der für diese Funktion nicht mehr kandidiert hatte.

Die THW-Helfervereinigung vertritt die Interessen der 56 000 aktiven ehrenamtlichen Helfer, die sich mit der Mitarbeit im THW zum Dienst im Zivil- und Katastrophenschutz verpflichtet haben. Darüber hinaus fördert die Vereinigung das THW ideell und materiell. Die gemeinnützigen und selbständigen Ortsvereine haben sich, entsprechend den Bundesländern, zu Landesvereinigungen zusammengeschlossen. Diese sind auf Bundesebene Mitglied der THW-Helfervereinigung.

Die 7. Bundesversammlung, die ursprünglich in die Katastrophenschutzschule des Bundes nach Bad Neuenahr-Ahrweiler eingeladen war, mußte nach der dort kurzfristig angeordneten Unterbringung von DDR-Übersiedlern ebenso kurzfristig nach Wesel verlegt werden. Alle Delegierten und Gäste nahmen diese zusätzliche Belastung gerne in Kauf.

Die 64 stimmberechtigten Delegierten der Landesvereinigungen wählten satzungsgemäß nach Ablauf der Amtszeit ein neues Präsidium der THW-Helfervereinigung:

Präsident:	Johannes Gerster, MdB
Vizepräsident:	Horst Frentrup Hans-Joachim Wiegand
Schatzmeister:	Peter Weiler
Beigeordnete:	Otto Reschke, MdB Dieter Pfefferkorn Rolf Trodler Heinz Köllisch
Bundesjugendleiter:	Paul-Josef Wilmes
Beratende Mitglieder:	Peter Merck, THW-Bundeshelfersprecher Gerd-Jürgen Henkel, Direktor THW



Das neue Präsidium der THW-Helfervereinigung (v.links): Rolf Trodler, Paul-Josef Wilmes, Hans-Joachim Wiegand, Johannes Gerster MdB, Peter Weiler, Horst Frentrup und Otto Reschke MdB. (Foto: Schumm)

Beim anschließenden Tagungsblock bewegte die Teilnehmer vor allem der aktuelle Stand des Gesetzgebungsverfahrens um das THW. Die Bundesversammlung beschloß, alles zu tun, damit das Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz und das THW-Helferrechtsgesetz noch in diesem Jahr durch den Bundestag verabschiedet wird. Der Innenausschuß des Bundestages hatte am 6. Oktober 1989 dazu eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Vizepräsident Frentrup hat dort die Auffassung der THW-Helfervereinigung überzeugend vorgetragen. Die 2. und 3. Lesung und die Verabschiedung im Bundesrat soll noch im Dezember 1989 erfolgen.

Die Bundesversammlung forderte die Fraktionen des Bundestages auf, den Zivil- und Katastrophenschutz besser zu unterstützen und die vorliegenden Gesetzesentwürfe zu verabschieden. Nach Tschernobyl mußten nun endlich gesetzgeberische Konsequenzen gezogen werden. Wer nicht Vor-

sorge für Katastrophen treffe, vernachlässige den Bürgerschutz.

In einem Grundsatzreferat hatte Bundesinnenminister Dr. Schäuble der Bundesversammlung seine Perspektiven zum Zivil-

und Katastrophenschutz entwickelt. Dabei sagte er der THW-Helfervereinigung seine volle Unterstützung zu. Der Bundesinnenminister kündigte an, daß sich an das laufende Konsolidierungsprogramm für das THW ein weiteres Programm anschließen werde, das u. a. zur Aufstellung von Bergungs- und Instandsetzungszügen in den sogenannten weißen Kreisen führen werde. Dr. Schäuble dankte auf der Bundesversammlung den Helfern des THW für ihren Einsatz, nicht zuletzt auch bei der Aufnahme der Übersiedler aus der DDR.

Ein weiteres Anliegen ist es, die unmittelbare Gemeinnützigkeit für die einzelnen Ortsvereine der THW-Helfervereinigung durch eine Ergänzung der Anlage zum Einkommensteuergesetz zu errei-

Grußwort des THW-Bundessprechers Peter Merck

Ein nicht nur für das Technische Hilfswerk ereignisreiches Jahr neigt sich seinem Ende. Das Jahr 1989 findet sicherlich aufgrund seiner gesellschaftlichen und politischen Ereignisse bei unseren Nachbarn in der DDR Eingang in die Geschichtsbücher.

Auch die Helferinnen und Helfer des THW haben vielfältige Hilfe für die Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR geleistet. Ob bei groß angelegten Verpflegungsmaßnahmen, beim Transport und Aufbau von Betten für die Notunterkünfte, bei der Einrichtung von Spielplätzen in den Aufnahmelagern oder durch umfangreiche Kleidersammelaktionen – die ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden des THW waren hierfür unzählige Stunden im Einsatz.

Für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist das Jahr 1989 ebenfalls von großer Bedeutung. Am 15. November hat der Deutsche Bundestag das THW-Helferrechtsgesetz verab-

schiedet und damit den Grundstein für eine rechtlich gesicherte Basis des THW gelegt. Durch das neue Gesetz, das noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, werden nun das THW und das Recht der Helferinnen und Helfer auf die langersehnte gesetzliche Basis gestellt.

Das bevorstehende Weihnachtsfest und den Jahreswechsel nehme ich zum Anlaß, mich bei allen THW-Angehörigen, den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im ablaufenden Jahr 1989 geleistete Arbeit ganz herzlich zu bedanken. Sie haben mit Ihrem Engagement und Ihrer Tatkraft wesentlich dazu beigetragen, das Ansehen des THW im Bewußtsein der Bürger zu festigen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und für das kommende Jahr Glück, Gesundheit und weiterhin Erfolg bei der Erfüllung Ihrer gemeinnützigen Aufgaben im THW.

chen. Bundesinnenminister Dr. Schäuble sagte auch dazu seine Unterstützung zu.

Den vom Besuch des Bundesinnenministers gekrönten Nachmittag beendete Präsident Ger-

ster mit einem herzlichen Dank an alle, die kurzfristig bei Bewirtung und Unterbringung der Bundesversammlung einsprangen und so die erfolgreiche Veranstaltung erst ermöglichten.

Hamburg



Gemeinsamkeit macht stark

Hamburg. Unter diesem Motto veranstaltete die THW-Jugend Harburg zusammen mit dem Jugendrotkreuz Altona eine Wochenend-Ausbildung. Dazu traf dann noch die Ponton-Gruppe des THW-OV Harburg ein, mit der am nächsten Tag eine gemeinsame Bootstour auf dem Programm stand.

Am nächsten Morgen brach man zur Bootstour auf der Ilmenau auf. Bei dieser Tour konnten die Jugendlichen die Erfahrung machen, wie schwer es ist, ein Ponton zu steuern.

Nach dem Mittagessen wurden mehrere Ausbildungsstationen aufgebaut. Im Verlauf einer Übung sollte eine verletzte Person von einem Aussichtsturm gerettet, versorgt und abtransportiert werden. Ein Verbandplatz mußte eingerichtet und betrieben sowie ein Verletzter vom jenseitigen Elbufer mittels Paddelboot übergesetzt werden. O. H.



Volle Kraft voraus: Die Jugendlichen mit dem Ponton auf der Elbe.

THW-Jugend feierte mit

Hamburg. Ein Schulfest aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Gesamtschule Hamburg-Harburg nutzte die THW-Jugend Harburg, um sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und neue Jungshelfer zu gewinnen. Bei strahlendem Sonnenschein errichteten die Jungshelfer eine Seilbahn und einen Chinasteg.

Am Ende des Festes war auch die Jugendgruppe gewachsen. Aber nicht nur die Schüler waren an dem THW interessiert, sondern auch die Lehrer informierten sich. O. H.

Hohe Auszeichnung

Hamburg. Der stellvertretende Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg, Peter Voß, vollendete 25 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit bei der Feuerwehr. Anlässlich eines Empfanges überreichte ihm THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Günter Trautvetter das THW-Ehrenzeichen in Silber.

In seiner Laudatio überbrachte der Landesbeauftragte die Grüße



Landesbeauftragter Trautvetter verleiht die Urkunde zum THW-Ehrenzeichen in Silber für Peter Voß. (Foto: Krüger)

aller im Katastrophenschutz der Freien und Hansestadt Hamburg mitwirkenden Organisationen und dankte Voß für die gemeinsame Unterstützung des THW in den vergangenen Jahren, insbesondere für sein vermittelndes Wirken.

P. C.

ser dazu, den Gästen einen umfassenden Einblick in die Möglichkeiten des THW zu geben. Die Teilnehmer der Fahrt zeigten sich sowohl von der Idee dieser Veranstaltung als auch von dem Boot selbst begeistert.

P. L.

Bremen



Bremer THW „stach in See“

Bremen. Zu einer Informationsfahrt startete jüngst eines



Die Informationsfahrt auf der Weser war für alle Beteiligten ein Erlebnis. (Foto: Siemers)

der beiden neuen Boote der THW-Helfervereinigung Bremen-Neustadt e.V. Der Bremer THW-Landesbeauftragte, Günther Hildebrandt, konnte unter anderem Innensenator Peter Sakuth, den Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Claus Dittbrenner, dessen Stellvertreter Reinhard Barsuhn und die beiden Ortsamtsleiter Klaus Rosebrock und Horst Lutzebäck an Bord begrüßen.

Landesbeauftragter Hildebrandt und weitere Führungskräfte nutzten die Fahrt auf der We-

„Herbststurm“ über Bremen

Bremen. „Sturmtief bringt Hochwasser mit Orkanböen (Windstärke 12) für das Stadtgebiet Bremen mit anhaltenden Regenfällen“. Mit dieser angenehmen Lage begann das „Drehbuch“ der am 14. Oktober in Bremen durchgeführten Einsatzübung „Herbststurm 89“.

Etwa 900 Helfer der Feuerwehr, des THW, von DRK, ASB, JUH, MHD, DLRG, des Wasserwirtschaftsamtes Bremen und der beiden bremischen Deichverbände kämpften gegen die Unwetterlage.

Eines der angenommenen Schadensereignisse war beispielsweise die durch Orkanböen erfolgte Abdeckung eines Daches. Teile des Daches waren ins Gebäude gestürzt und machten damit die Treppenträume zum Teil unbegehbar. Die eingesetzten Rettungsmannschaften hatten hier ca. 100 „Verletzte“ zu bergen und zu betreuen.

Danach ereignete sich ein Ausfluß von Treibstoff in die Weser. Zur Bekämpfung der sich anbahnenden Umweltkatastrophe brachten THW-Helfer Ölsperren aus.

Des weiteren mußten an anderen Orten Deiche gesichert, eine entgleiste Diesellok wieder aufgleist, ein Deich geschlossen und zur Aufrechterhaltung der Entwässerung in einem Schöpf-



THW-Helfer bringen eine Ölsperre aus.

(Foto: Lohmann)

werk leistungsfähige Pumpen eingesetzt werden.

Nach Beendigung der Übung dankte Egon Ötting von der Innenbehörde im Namen des Senators für Inneren der Freien Hansestadt Bremen, Peter Sakuth, den Helfern für die gute Leistung.

P. L.

Prüfung bestanden

Bremen. Insgesamt 36 Helfer aus den THW-OV Bremen-West, Bremen-Hastedt und Bremerhaven bestanden jetzt mit Erfolg ihre Grundausbildungsprüfung. Die auf dem Gelände des THW-Ortsverbandes Bremerhaven durchgeführte Prüfung umfaßte einen theoretischen und einen praktischen Teil.



Auch am Beleuchtungsgerät müssen die Prüflinge ihr Können zeigen.

(Foto: Lohmann)

Burkhard Lepach, Prüfer und Manfred Paletta, Ausbildungssachbearbeiter beim THW-Landesbeauftragten für Bremen, freut sich über das klare Prüfungsergebnis und gaben den Helfern mit auf den Weg, „die technischen Kenntnisse ständig auf dem neuesten Stand zu halten“.

P. L.

Niedersachsen



Innenminister Stock besucht THW

Wittlage. Zu seinem ersten offiziellen Besuch beim THW hatte sich der niedersächsische Innenminister Josef Stock angesagt, der zusammen mit Kreisrat Bernhard Grimsel und vielen weiteren Gästen auf dem Unterkunftsgelände begrüßt wurde.

Innenminister Stock betonte in seiner Ansprache, daß der Katastrophenschutz ohne THW nicht denkbar sei und die Länder auch weiterhin größten Wert auf die Mitwirkung des THW legten. So hätten sie mit breiter Mehrheit die beiden Gesetzesentwürfen, die dem THW eine gesetzliche Grundlage geben sollen, zugestimmt.

Daß das THW auch für internationale Herausforderungen gewappnet sei, habe der Einsatz in Armenien gezeigt, wo das THW hervorragendes professionelles Können bewiesen habe. Zum Schluß seiner Rede bat er die Katastrophenschutz-Organisationen, sich vom gegenseitigen Respekt an der gemeinsamen Aufgabe tragen zu lassen, um dem Bürger Sicherheit und Vertrauen in den Katastrophenschutz zu geben.

Neben Kreisrat Bernhard Grimsel und Erstem Stellvertretendem Bürgermeister Erich Dierkers bekam auch THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser Gelegenheit zu einigen Anmerkungen, bei denen er die gute Verbindung des THW zur niedersächsischen Feuerwehrverbands-spitze hervorhob. Anschließend ehrte er Ortsbeauftragten Eckhard Grönemeyer und Zugführer



Innenminister Stock, Kreisrat Grimsel und Ortsbeauftragter Grönemeyer starten zur Fahrt auf dem Mittellandkanal.

(Foto: Bormann)

Friedel Brand für zwanzigjährige ehrenamtliche Tätigkeit im THW durch Übergabe der Ehrenurkunden.

Um das Unterkunftsgelände herum bis hin zum Mittellandkanal präsentierten sich die Osnabrücker Landkreis-Ortsverbände mit den Fachdiensten Bergung und Fernmeldewesen zu Lande und auf dem Wasser. Innenminister Stock und die übrigen Gäste konnten somit einen umfassenden Überblick über die Ausstattung und Arbeit des THW gewinnen, wobei sich auch die Jugendgruppe Quakenbrück vorstellte.

R. B.

Wieder 75 Ortsverbände

Elze. Seit kurzem verfügt der THW-Landesverband Niedersachsen wieder über die runde Zahl von 75 Ortsverbänden. In einer Feierstunde am 9. Oktober 1989 erhielt der frühere Stützpunkt Elze offiziell den Status eines Ortsverbandes. Dies wurde durch Übergabe des OV-Außenschildes durch THW-Landesbeauftragten Eckhard Leiser symbolisiert.

Für Ortsbeauftragten Rolf Pfeiffer und seine Kameraden bedeutete der Festakt im Oktober das glückliche Ende eines langen Kampfes um die vollwertige Anerkennung des Stützpunktes Elze als Ortsverband.

R. B.

Nordrhein-Westfalen



Gasexplosion in Eudenbach

Siegburg/Honnef. Erheblichen Sachschaden verursachte

eine Explosion an einem zwei-stöckigen Haus in Eudenbach im Siebengebirge. Dabei wurden zwei Menschen schwer, vier leicht verletzt.

Die Alarmgruppen der THW-Ortsverbände Siegburg und Honnef erhielten den Auftrag, das angeschlagene Gebäude abzustützen. Dazu mußten in einem nahen Waldstück zunächst Rundhölzer geschlagen werden. Später bewährte sich der Einsatz von Baustützen. Mit einer Drehleiter wur-



Rundhölzer sollen das angeschlagene Haus vor dem völligen Einsturz bewahren.

(Foto: Schumm)

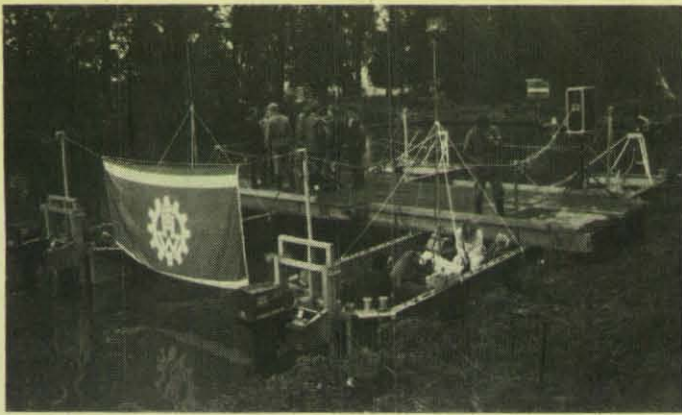
den überhängende Trümmerteile der Dachkonstruktion entfernt.

Die Dunkelheit erschwerte den Helfern trotz Ausleuchtung erheblich die Arbeit. Bis in die frühen Morgenstunden des nächsten Tages waren die Bergungsgruppen aus Siegburg und Honnef in zweistündigem Wechsel im Einsatz.

S. S.

Traditioneller „Einsatz“ des THW

Datteln. Wie in jedem Jahr fand auch im ersten September-Wochenende 1989 das Kanalfesti-



Die fertige Fähre wird für den Nachtbetrieb mit Beleuchtung versehen.

(Foto: Michalak)

val in Datteln nicht nur bei den Bewohnern aus dem Kreis Recklinghausen reges Interesse, sondern auch bei Besuchern aus weiter entfernten Regionen.

Unter Mitwirkung der Jugendgruppen aus den THW-Ortsverbänden Kleve, Castrop-Rauxel, Recklinghausen und Dorsten erbauten die Alt- und Junghelfer aus Datteln eine Fähre, die während des gesamten Kanalfestes in Betrieb blieb. Diese Fährverbindung nutzten auch die Besucher, um dem THW während mehrerer Übungen zuzuschauen. G. M.

THW-Ortsverband Crailsheim zum Einsatz gerufen.

Die Arbeiten am Glockenturm wurden dann mit Hilfe der Drehleiter der Feuerwehr durchgeführt. Gemeinsam mit der Feuerwehr konnte der Glockenturm vollständig mit einer Abdeckplane verkleidet werden. In den frühen Morgenstunden rückten die Helfer nach getaner Arbeit ab. R. D.



Planen schützen die Kapelle vor Witterungsschäden.

Baden-Württemberg



Blitz schlug in Gotteshaus

Crailsheim. Das schwere Unwetter war fast vorüber, da schreckte ein ohrenbetäubender Donnerschlag die Leute in Spaichbühl (Gemeinde Frankenhardt) auf, ein greller Blitz zuckte aus dem wolkenverhangenen Himmel und schlug in die 800 Jahre alte Kapelle St. Dionysius ein. Es war halb fünf – an der stehengebliebenen Uhr abzulesen.

Der Dachstuhl des Glockenturms wurde vollständig abgedeckt. Der Blitz lief durch das ganze Gebäude, zerstörte sämtliche elektrische Leitungen und ließ Teile des Fachwerks zerbersten.

Um den Schaden an der unter Denkmalschutz stehenden Kirche nicht noch größer werden zu lassen, wurde neben der Freiwilligen Feuerwehr Frankenhardt der

Nachruf

Tief erschüttert nehmen wir Abschied von

Werner Schneider

Der Verstorbene war von 1973 bis 1986 Ortsbeauftragter des THW-Ortsverbands Sinsheim. Maßgeblich war er am Aufbau unseres Ortsverbands beteiligt. Wir werden ihn stets in guter Erinnerung behalten.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Ortsverband Sinsheim
Helmut Link, Ortsbeauftragter

Nachruf

Am 27. August 1989 verstarb im Alter von 30 Jahren an den Folgen einer heimtückischen Krankheit

Wolfgang Königer

Der Verstorbene war vor elf Jahren in das THW eingetreten.

Mit Wolfgang Königer verlieren wir einen Kameraden, der sich durch beispielhafte Fürsorge und fundiertes Fachwissen auszeichnete. Seine besonderen Qualitäten kamen gerade bei Einsätzen voll zur Geltung.

Wir werden des Verstorbenen ehrend gedenken.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Ortsverband Ludwigsburg

THW-Taucher im Blausee

Wangen. Im Rahmen einer technischen Hilfeleistung wurde der THW-Ortsverband Wangen vom Ortsvorsteher der Gemeinde Primisweiler angefordert, um im Blausee nach Unrat zu tauchen. Anlaß für diese Aktion war, daß sich ein Badegast beim Sprung ins Wasser verletzt hatte.

Eine Untergruppe des Bergungszuges rückte zweimal mit Schlauchboot und Taucher sowie Unterwasserlampen aus, um den See nach Abfällen abzusuchen. Geborgen wurden dann alte Bretter mit Nägeln, Flaschen, Getränkedosen und sonstige Utensilien.

H.-J. H.

Bayern



Instandsetzungsdienste auf dem Prüfstand

München. Insgesamt 1750 THW-Helfer der Instandsetzungszüge wetteiferten um die Teilnahme am nächsten Landeswett-

kampf. An sieben Orten traten die 50 Züge an: In Pfaffenhofen und München-Aubing für Oberbayern, Cham für die Oberpfalz und Niederbayern, Kulmbach, Schwabach und Schweinfurt für Ober-, Mittel- und Unterfranken. Die Schwaben kämpften in Dissenhausen bei Krumbach. Die Züge aus den Bereichen Rosenheim und Straubing nahmen an der Ausscheidung nicht teil, da diese Helfer in den Lagern für die DDR-Übersiedler beschäftigt waren.

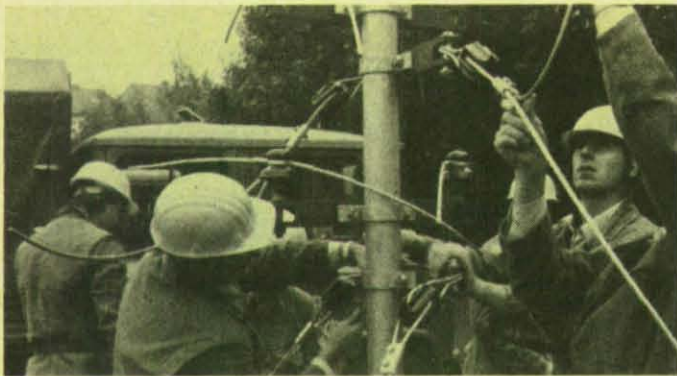
Kurz vor dem Start erfuhren die Mannschaften in allen Standorten die völlig gleichen Aufgaben durch ihre Zug- und Gruppenführer. 90 Minuten hatten sie Zeit, um die Vorgaben so perfekt wie möglich zu bewältigen. Schiedsrichter beurteilten die Aufgaben nach genauen Bewertungskriterien.

Die einzelnen Gruppen und Trupps hatten verschiedene Aufgaben zu lösen, wie sie auch im Katastrophenfall vorkommen können. Es ging um das Verschweißen und Abdichten von Rohren zur Erstellung einer Wasserleitung und um das Umpumpen einer unbekanntem Flüssigkeit in Schlauchfolien und Kunststoffaltbehälter, wobei die Helfer auch die umgebende Luft zu messen und nach Schadstoffen abzusuchen hatten. Die Elektrogruppen verlegten eine Niederspannungsleitung von einem Dachständer zum anderen. PVC-isolierte Erdkabel waren in Kabelschuhe zu löten und mit Preßverbindern in eine Muffe zu installieren. Die Elektrogruppe 2 baute eine Erdkabel-Abzweigarmatur zusammen. Die Gas-Wassergruppe leistete Schweiß- und Brennschneidarbeiten, fertigte Gewinde und verband Wasserleitungsrohre.

Auf fast allen Wettkampfpfätzen erschienen im Laufe des Tages Vertreter der Kommunen oder Landkreise, wie auch der Regierungsbezirke. Mancher Oberbürgermeister oder Landrat ehrte die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer durch Anwesenheit und Interesse an der Tätigkeit des THW.

Die Sieger: Zum Landeswettbewerb 1990 treten an die Züge aus den THW-Ortsverbänden Weilheim, Landshut, Amberg, Hof, Dinkelsbühl und Füssen.

Der Bundessieger 1989 aus Obernburg wurde um Bruchteile



Der Bau einer Freileitung auf einem Dachständer war ebenfalls gefragt.
(Foto: Delle)

von Marktheidenfeld geschlagen. Die in vielen Orten knappen Entscheidungen zeugen natürlich auch vom guten Ausbildungs- und Wissensstand. J. D.

Minister lobt das THW

München. Am 25. September 1989 empfing Staatsminister Dr. Edmund Stoiber die Repräsentanten des THW in Bayern, Landessprecher Gerd Neubeck und Landesbeauftragter Reiner Vorholz, zu einem Vorstellungsgespräch. An dem Gespräch nahm auch der Leiter der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz, Dr. Heinrich Klingshirn, teil.

Gleich zur Eröffnung lobte der Minister den guten Ruf des THW in Bayern, der sich auf von Qualität geprägte Einsätze und große Hilfsbereitschaft der Helfer stützt. Er dankte den Vertretern des THW für ihren jüngsten Einsatz anlässlich der Aufnahme der DDR-Flüchtlinge.

Das Engagement des Freistaates dürfe man nicht unter den Scheffel stellen, meinte Vorholz.

Die Unterstützung des bayerischen THW sei bundesweit einmalig, was sich nicht nur durch Überlassung wertvollen Gerätes (Netzersatzanlagen, Boote, Ölwehrausstattung, Funkgeräte), sondern auch durch die Regelung des friedensmäßigen Einsatzes je nach Bedarf in bestimmten Bereichen mit oder neben den Feuerwehren deutlich zeigt. Die Zweckmäßigkeit und Einhaltung der „Alarmierungsbekanntmachung“ solle jedoch ständig überprüft werden, zum Wohl der Betroffenen.

Die gemeinsame Einsicht, daß Katastrophen zwar selten, aber mit zunehmender Tendenz von früher undenkbareren Ausmaßen gekennzeichnet sind, führte schließlich zu dem Gedanken, daß auf allen Ebenen – Stadt, Landkreis, Regierungsbezirk, Ministerium – noch mehr Augenmerk auf Qualität und ausreichende personelle Ausstattung im Katastrophen-Bereich gelegt werden sollte.

Die flächendeckende Besetzung des Instandsetzungsdienstes, bundesseits sind über 20 weitere Züge für Bayern geplant,

erschien dem Minister von großer Wichtigkeit, genauso wie die Besetzung sogenannter „weißer Kreise“ mit je einem Ortsverband, die der Bund ebenfalls plant. Ausgehend vom Subsidiaritätsprinzip war man sich einig, daß bei Bedarf das THW Regieeinheiten anderer Fachdienste übernimmt, sofern dieser Fachdienst nicht von einer anderen Organisation besetzt ist.

Daß das Ehrenamt, mit immerhin 11 000 Helfern in Bayern, auch im THW die entscheidende Rolle spielt, wurde klar, als über das Selbstverständnis der Organisation, ihr inzwischen 39jähriges Bestehen und die Arbeit vor Ort in den Verbänden gesprochen wurde.

Die Ortsverbände erleben in zunehmendem Maß ihre Einbindung und damit auch ihre Einflusnahme in der Bürgerschaft. Diese Entwicklung wird unterstützt durch die vielerorts bestehende Jugendarbeit und durch die den Ortsverbänden angegliederten Vereine, deren ideelle und materielle Unterstützung vor Ort von unschätzbarem Wert sind.

Das Gespräch zeigte deutlich, daß das THW in Bayern nach wie vor große Hochachtung genießt und, obwohl Bundesanstalt, vom Freistaat in jeder nur möglichen Weise unterstützt wird. Dr. Stoiber bat die Vertreter des THW, allen Helfern den Dank und die Anerkennung der Staatsregierung für ihre am Gemeinwohl orientierte Arbeit zu übermitteln.

Landessprecher Neubeck und Landesbeauftragter Vorholz dankten dem Staatsminister für das offene und konstruktive Gespräch. R. V.

Aufschlußreicher Besuch

Ochsenfurt. Die interalliierte Reserveoffiziersvereinigung der NATO hielt ihren alljährlich stattfindenden Kongreß in Würzburg ab. Der Vereinigung, die 1948 gegründet wurde, gehören 13 Nationen an.

Eine der sechs Kommissionen der Vereinigung befaßt sich mit dem Zivil- und Katastrophenschutz. Die Delegierten wollten sich deshalb über Aufbau und Wirken des THW informieren. Hierfür bot sich die neue Unterkunft des THW-Ortsverbandes Ochsenfurt an.

Mit einem Bus wurden die 25 Teilnehmer aus zehn Nationen von Würzburg nach Ochsenfurt gebracht. Nach der Begrüßung durch den Ortsbeauftragten Konrad Mundinar stellte Geschäftsführer Dipl.-Ing. Reiner Stein den Aufbau des THW und dessen Einbindung in den Katastrophenschutz dar.

In einem Film über den Auslandseinsatz in Ecuador wurde der Einsatz der THW-Helfer zur humanitären Hilfe im Ausland anschaulich. Anschließend stand eine Besichtigung der Unterkunft und die Vorstellung der Fahrzeuge und Geräte auf dem Programm. Abgerundet wurde die Informationsveranstaltung durch eine Einsatzübung „Retten aus Wassergefahren“, die mit einer Bootfahrt auf dem Main abgeschlossen wurde. I. S.



Gespräch in München: Innenminister Stoiber (Mitte), Landesbeauftragter Vorholz (rechts) und Landessprecher Neubeck.



Die Besucher stellen sich vor der Übungsanlage in Ochsenfurt zum Gruppenfoto. (Foto: Stein)

Warnamt IX „im Einsatz“

Ansbach. Seit dem 4. Oktober 1989 beherbergt das Warnamt IX im Ansbacher Stadtteil Claffheim bis zu 60 Übersiedler aus der DDR. Damit stellte sich für den Warndienst die Aufgabe, in Notsituationen schnell und wirkungsvoll humanitäre Hilfe zu leisten.

Rechtzeitig wurden die Warnämter angewiesen, eine kurzfristige Belegung ihrer Unterkunftsgebäude mit jeweils 60 Personen bei Vollverpflegung und verwaltungsmäßiger Betreuung sicherzustellen. Alle Bediensteten des Warnamtes IX erklärten sich spontan bereit, bei der Bewältigung dieser zusätzlichen Aufgabe mitzuhelfen.

Infolgedessen wurde der Leitung des Warndienstes im Bundesamt für Zivilschutz ein Organisationskonzept mit folgender Planung vorgelegt:

1. Personalbedarf:

- ein Einsatzleiter an allen Tagen von 07.30 Uhr - 19.30 Uhr mit anschließender Rufbereitschaft
- Aufgabe: Organisation, Koordination und verwaltungsmäßige Betreuung

- das gesamte Verwaltungspersonal an allen Tagen im Schichtdienst von 07.00 - 19.00 Uhr
- Aufgabe: Sicherstellung der Versorgung

- ein Bediensteter der Betriebstechnik außerhalb der Regelarbeitszeit in Rufbereitschaft
- Aufgabe: Behebung von technischen Störungen und Defekten

2. Versorgung:

- Lieferung der Mittagsverpflegung durch Privatunternehmen
- Zubereitung von Frühstück und Abendessen sowie Ausgabe der Verpflegung durch Verwaltungspersonal

3. Medizinische und soziale Betreuung zugesagt durch das Bayerische Rote Kreuz und einer von der Bezirksregierung beauftragten Person

4. Offene Fragen:

- Mögliche Auswirkung auf den Dienstbetrieb insbesondere im Bereich Verwaltung und für den



Ordnung muß sein: Aufnahme und Registrierung der Ankommenden.

Ausbildungs- und Übungsbetrieb
- Haushaltsmäßige Abwicklung
- Wer gibt die Anweisung zur Aufnahme von Übersiedlern?

Warnamtsintern wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Erstellen eines Belegungsplanes und entsprechende Ausstattung der Räume
- Einrichtung eines Aufenthaltsraumes für Nichtraucher im Obergeschoß
- Überprüfung des Sanitätsbereiches
- Bereitstellung eines Raumes im Erdgeschoß für Kleider- und Sachspenden
- Ausstattung des Unterrichtsraumes mit Büromöbeln für Verwaltungszwecke
- Kontrolle der Heizungs-, Sanitär- und Elektroanlagen sowie der Kücheneinrichtung im Unterkunftsgebäude
- Absprache mit dem Fernmeldeamt Ansbach über Einrichtung eines Münzfernsprechers
- Ermitteln der Ansprechpartner bei wichtigen Behörden

Am 3. Oktober ist es dann soweit. Die Regierung von Mittelfranken bittet, ab 4. 10. für die Aufnahme, Unterbringung und Verpflegung vom Übersiedlern bereit zu sein. Nach Rücksprache mit dem Bundesamt für Zivilschutz wird für alle Bediensteten Rufbereitschaft angeordnet.

Zu Dienstbeginn am 4. 10. Lageinformation und Aufgabenverteilung. Das Unterkunftsgebäude wird nochmals überprüft, das Ersatzbüro mit Material ausgestattet, Vordrucke werden gefertigt.

Von der Verwaltung wird der Bestand an Verbrauchsmaterial geprüft und aufgestockt, ein Vorschußkonto bei der Bundeskasse Nürnberg eingerichtet und für erste Bareinkäufe entsprechend Bargeld bereitgestellt. Lieferanten und Behörden werden über den Sachstand informiert. Für alle Fälle werden 80 Pakete Einsatzverpflegung in der Küche eingelagert.

Ein erster Dienstplan für den Einsatzfall wird erstellt. Doch bis Dienstende erfolgt keine Einquartierung. Immerhin wissen wir, daß uns die Durchgangsstelle in Nürnberg die Übersiedler am 5. 10. zuweisen wird und daß die Anreise mit der Bundesbahn erfolgt. Wegen der schlechten Verkehrsverbindung des Warnamtes wird das Bahnpersonal gebeten, ankommende Übersiedler anzukündigen, damit ein Abholdienst eingerichtet werden kann.

Im Laufe dieses Tages treffen 32 Personen ein. Zu unserer Erleichterung in kleinen Gruppen, so daß kein Andrang entsteht und wir uns auf die Situation einstellen können. Bis zum Wochenende haben wir Vollbelegung.

Die Personalien der ankommenden Übersiedler werden aufgenommen. Danach erfolgt die Zuweisung der Zimmer und Einweisung in die örtlichen Gegebenheiten. Helfer des BRK aus den Nachbargemeinden Burgobach und Weidenbach richten einen Betreuungsdienst rund um die Uhr ein. Ein Arzt hat Sprechstunde im Sanitätsbereich,

denn viele sind erkältet.

Der Dienstplan für die Betreuung und Versorgung der Übersiedler tritt in Kraft. Damit sind alle Reinigungskräfte im Küchendienst eingesetzt. Die Beschaffung der Verpflegung gemäß Speiseplan ist durchzuführen. Mit der Ausgabe des Frühstücks am 6. Oktober läuft der Küchenbetrieb voll an. Die Mittagsverpflegung wird überwiegend im Warnamt zubereitet. Lediglich die Fleischportionen werden fertig angeliefert.

An diesem Tag richtet auch die Bundespost einen Münzfernsprecher im Aufenthaltsraum des Obergeschosses ein. Waschmaschine und Wäschetrockner werden durch das betriebstechnische Personal in einem Waschräum installiert und Benutzerlisten ausgehängt. Die Reinigung des Unterkunftsgebäudes wird in einem Reinigungsplan geregelt.

Bereits am Vormittag treffen Bedienstete des Einwohnermeldeamtes ein, um die Anmeldeformalitäten zu erledigen. Am Nachmittag ist Sprechstunde des Arbeitsamtes im Warnamt IX.

Am Wochenende und in den folgenden Tagen setzt ein reger Besucherstrom ein. Unternehmer suchen Arbeitskräfte, Bürger aus der Umgebung bringen Sachspenden, bieten Hilfe an und übernehmen Patenschaften. Die Infotafel im Speiseraum füllt sich rasch mit Stellen- und Wohnungsangeboten und Einladungen.

Der Betrieb hat sich im Warnamt rasch eingespielt. Der Einsatz findet bei vielen anderen Stellen und auch bei den Übersiedlern uneingeschränkt Anerkennung.

Einer der Übersiedler überschreibt seinen Leserbrief an die Lokalzeitung „Unsere große Familie“ und sagt unter anderem: „Uns empfing ein warmherziges Team vom Warnamt IX und viele fleißige Helfer vom BRK, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen. Wir bekamen menschenwürdige Unterkünfte und sehr gute Verpflegung.“



Totensonntag in Armenien

Am 7. Dezember 1988 ereignete sich in Armenien ein vernichtendes Erdbeben, dessen Epizentrum 25 km nordöstlich von Leninakan lag. Die Stärke der Erdstöße überschritten im Epizentrum 10 Grad. Mehr als 40% des Territoriums der armenischen Republik, mit einer Bevölkerungszahl von ca. 1 Millionen Menschen war von der Katastrophe betroffen. 21 Städte und 342 Dörfer sind zu Schaden gekommen, von denen 58 vollkommen zerstört wurden. Am stärksten traf es die Stadt Spitak, die völlig zerstört wurde und die zweitgrößte Stadt der Republik, Leninakan, die mehr als 80% zerstört wurde.

Das Erdbeben hat Tausende von Opfern gefordert. In der Erdbebenzone sind über 40 000 Menschen aus den Ruinen befreit worden, es gab zwischen 25 000 bis 120 000 Tote und mehrere Zehntausend hatten Verletzungen. Der gesamte Schaden wird auf ca. 13 Mio. Rubel geschätzt.

Eine weltweite Hilfswelle setzte ein, um den betroffenen Erdbebenopfern in der größten Not beizustehen. Allein das Deutsche Rote Kreuz brachte in 29 Flugzeugen Hilfsgüter in einem Gesamtwert von ca. 14 Mio. DM ins Erdbebengebiet. Auch heute sind immer noch Spuren der Katastrophe zu erkennen. Hier und da sieht man noch zerstörte Häuser, vor

denen die Familien in Zelten und Wohncontainern leben. In Spitak und Umgebung baut das DRK die ersten Holzhäuser und will bis Dezember die geplanten 550 Häuser errichtet haben. Pro Tag werden von den Arbeitskolonnen 1½ Häuser und pro Monat 35 Häuser fertiggestellt. Der Ältestenrat der Dörfer entscheidet dann, wer von den Betroffenen einziehen soll.

In diesen Tagen wurde in Armenien am 1. Totensonntag der Opfer des Erdbebens gedacht. Vor dem Friedhof in Spitak staute sich trotz Spritmangel der Verkehr und kam teilweise ganz zum Erliegen. Tausende waren gekommen, um ihrer Toten zu gedenken. Erschütternde Szenen spielten sich an den Gräbern ab, Mütter beweinten verlorene Kinder oder ihre Männer. Manche umklammerten im Weinkampf den Grabstein und wollten ihn nicht mehr loslassen. Lautes Klagegeschrei der Frauen übertönte die leise Trauermusik, die den Friedhof berieselte. Man sah Frauen wie Männer, die sich auf die Gräber warfen und laut weinend in der Erde wühlten. Viele hatten Wein und Brot mitgebracht, um am Grab ihrer Liebsten ein letztes Mahl einzunehmen.

Doch nicht jeder konnte an diesem Tag seine Angehörigen beweinen, wie die schwerverletzten und amputierten Kinder im

Traumatologischen Institut in Eriwan. Hier üben sie täglich den Umgang und das Leben mit ihren künstlichen Gliedern. Das Mädchen Diana Arakeljan (8) wurde beim Einsturz des Hauses unter den Trümmern begraben, doch konnte sie gerettet werden, verlor aber ihr ganzes rechtes Bein bis zur Hüfte. Oder wie Karen Petrosjan (14), dem einstürzende Trümmer den linken Unterschenkel und Fuß abtrennten und der jetzt lernen muß, mit einer Prothese zu gehen. Besonders traurig ist das Schicksal von Mariene Hakopjan (15), sie wurde in der Schule von Spitak mit der ganzen Klasse unter den Trümmern begraben. Während alle 29 Mitschüler unverletzt gerettet werden konnten, blieb Mariene von der Hüfte an abwärts querschnittsgelähmt.

Ein hartes Schicksal erlitt auch Smbat Karagjosjan (29). Er war einer der ersten, die halfen, Verschüttete zu bergen, als über ihm bei einem Nachbeben eine Mauer einstürzte und ihn unter sich begrub. Auch er ist von der Hüfte an abwärts querschnittsgelähmt. Über 70 amputierte und querschnittsgelähmte Kinder haben bis heute in der orthopädischen Werkstatt des DRK Gehhilfen und Stützapparate erhalten. Auch die spätere Weiterbetreuung der jungen Patienten durch die Rotkreuz-

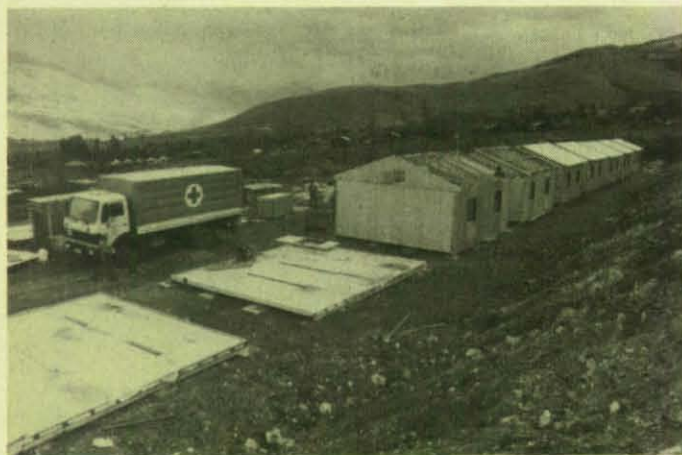


Die Orthopädiestadt des Internationalen Roten Kreuzes leistet fachgerechte Hilfe. (Fotos: Spiegel)

Orthopädiestadt ist gesichert.

Auch beim Wiederaufbau der Notunterkünfte für die Ärmsten der Armen wird sich das Deutsche Rote Kreuz der am stärksten betroffenen Opfer annehmen. Außer Häusern, deren Aufbau jetzt kurz vor dem Winter besonders vorangetrieben wird, soll in Stepanavan ein 200-Betten-Krankenhaus und eine Rettungswache für 31 Mio. DM gebaut werden. In Eriwan wird ein Reha-Zentrum zur Versorgung und Rehabilitation von querschnittsgelähmten und amputierten Erdbebenopfern für 45 Mio. DM errichtet. Weitere Projekte sind in Spitak, Gülagarak und Leninakan geplant. Es werden aber noch Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte vergehen, bis Armenien sich von dieser Katastrophe erholt haben wird.

Sepp Spiegel



Über fünfhundert Holzhäuser werden derzeit von DRK-Helfern im Erdbebengebiet errichtet.



Totensonntag: Trauer auf dem Friedhof von Spitak.

Operation Meckenheim-Merl

Wie die DRK-Bundesschule zum Notaufnahmelager umfunktioniert wurde

Die Beethovenhalle in Bonn war am 4. November 1989 bis auf den letzten Platz besetzt, als der Festakt zur 39. Bundesversammlung unter dem Motto „Durch Menschlichkeit zum Frieden“ mit zahlreichen Höhepunkten seinen planmäßigen Verlauf nahm. Außerplanmäßig war die unauffällig hereingereichte Meldung, daß noch in der Nacht desselben Tages mehrere hundert Übersiedler aus der DDR in der Bundesschule des Deutschen Roten Kreuzes in Meckenheim-Merl einquartiert werden sollten. Zufrieden mit dem, was es zu hören und zu schauen gab, gingen die vielen Helfer und prominenten Gäste nach langanhaltendem Schlußapplaus heim und einem geruhsamen Wochenende entgegen. In der Bundesschule hatte sich dagegen inzwischen rege Betriebsamkeit entwickelt.

Ist alle Theorie grau?

Zwar hatte man beim Generalsekretariat des DRK zuvor bei einem Sandkastenspiel festgestellt, daß die Schule innerhalb von zwölf Stunden als Notaufnahmelager für 700 Menschen hergerichtet werden könne, aber mußte dieser Fall ausgerechnet in der Nacht von einem (zum Glück verkaufsoffenen) Samstag zum Sonntag eintreten? Organisationsvermögen und Improvisationstalent waren jetzt gleichermaßen gefordert.

Seminare und Kurse wurden telefonisch und telegrafisch abgesagt und innerhalb kürzester Zeit standen Einsatzleiter Günter Esser vom Generalsekretariat in Bonn rund 160 Helfer aus dem Reservoir des DRK-Landesverbandes Nordrhein zur Verfügung. Die Ankunft von über 2.000 Übersiedlern in zwei Zügen wurde zunächst für 24 Uhr erwartet, Zielbahnhöfe waren Remagen und Ahrweiler. Die meisten von ihnen hatten in Prag auf ihre Ausreise gewartet, sie sollten auf die Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler und die DRK-Schule in Meckenheim-Merl ver-

teilt und dort bis zu drei Tagen vor ihrer Weiterreise in die Bundesländer untergebracht und betreut werden.

Bibliothek, Hörsäle und Aula waren ausgeräumt und mit doppelstöckigen Betten eingerichtet, die Kapazität der Gästezimmer durch Luftmatratzen für Familien mit Kindern erweitert. Die fußbodenbeheizbare Kraftfahrzeughalle wurde nach Räumung in einen Schlafsaal für fast 500 Menschen umgewandelt und konnte durch vorsorglich installierte Heizaggregate zusätzlich erwärmt werden. Ein Toilettenwagen und zwei beheizbare Duschzelle standen vor der Halle bereit, weitere Waschelegenheiten waren in der Kfz-Waschanlage eingerichtet. Inzwischen liefen Telefone heiß, um die Versorgungsfrage zu lösen. Lebensmittel, Babynahrung, Hygieneartikel, Bettwäsche und sonstige Artikel für den erwarteten Bedarf konnten dank des verkaufsoffenen Samstags relativ problemlos im Raum Meckenheim/Bonn beschafft werden. Lediglich ein Bäcker in der Voreifel mußte Sonderschichten zur Produktion von Backwaren für 2.000 Menschen einlegen, sollten doch die Übersiedler bereits auf den Zielbahnhöfen mit einem kräftigen Frühstück empfangen werden.

Eine Sanitätsstation war eingerichtet und besetzt, der Fernmeldedienst hatte die interne Kommunikation zwischen Einsatzführung und den Einheiten sichergestellt und für zusätzliche Verbindungen nach außen (inkl. Telefax) gesorgt, eine Kleiderkammer war vorbereitet, der soziale Dienst auf Fragen aller Art gefaßt und das Kreisauskunftsbüro zur Registrierung der Übersiedler und Auszahlung der Friedlandhilfe bereit, die Küchenmannschaft stand bestens bevorratet Löffel bei Fuß.

Das seinerzeitige Sandkastenspiel „Bundesschule als Notaufnahmelager“ war offenbar mit dem gebotenen Ernst und realitätsnah angegangen worden, denn – was bei einem solchen Spiel nicht immer der Fall sein muß –



Ein Arzt kümmert sich um das Wohlbefinden der Übersiedler



Dank zahlloser Spenden ist die Kleiderkammer stets gut sortiert.



Auch für die Kurzweil der Kleinen ist gesorgt.



Vor der mobilen Telefonanlage der Bundespost: Warten auf ein Gespräch mit Verwandten oder Freunden. (Fotos: Zimmermann)

hier deckten sich Theorie und Praxis. Die Bundesschule meldete sich ca. zwölf Stunden nach der ersten Meldung aufnahmebereit. Nur die Flüchtlinge ließen auf sich warten.

Fürsorge, und was danach?

Sonntagmorgen zwischen 6.00 und 7.00 Uhr treffen rund zweitausend Übersiedler in zwei Zügen nach mehr als fünfzehnstündiger Bahnfahrt in Ahrweiler und Remagen ein. Nach herzlicher Begrüßung durch das DRK eine erste Mahlzeit auf bundesdeutschem Boden und Bustransfer in die Lager. 841 übermüdete, aber überglückliche Menschen kommen ab 8.00 Uhr nach und nach in der

Bundesschule an, darunter zahlreiche Familien mit kleinen Kindern. Auffallend zwei erste Beobachtungen: Das niedrige Durchschnittsalter der Übersiedler – es dürfte bei 30 Jahren liegen – und die wenigen mitgeführten Habseligkeiten. Zwei Koffer sind das Maximum, viele haben nur, wie ein junger Mann sagt, Socken und Wäsche zum Wechseln und eine Zahnbürste dabei. Bettensuche, Registrierung und Auszahlung der Friedlandhilfe, Mittagessen, Warten auf eine Telefonverbindung zur Benachrichtigung von Angehörigen oder Freunden, all dies spielt sich schrittweise in langen Schlangen ab. Wer es mit bemerkenswerter Disziplin und Geduld geschafft hat, wagt zaghaft, unsi-

cher, dennoch neugierig die ersten Schritte in die Freiheit des Westens, so wie diese sich in Meckenheim darstellt.

Die Geistlichen beider Konfessionen hatten bereits in den Morgengottesdiensten von der Kanzel herab ihre Schäfchen auf 841 neue Mitbürger vorbereitet, auf deren materielle Not aufmerksam gemacht und zu Spenden aller Art aufgerufen. Wer von den eingewohnten Bürgern nur zu Befriedigung seiner Neugier oder aber aus Anteilnahme seinen Sonntagvormittags-Sparziergang nach der Bundesschule macht, ist nicht eindeutig auszumachen. Zahlreiche Einladungen werden jedoch spontan an die Übersiedler gerichtet, zum Mittagessen oder Nachmittagskaffee, und die Aufnahmekapazität der Kleiderkammer zeigt durch pausenlose Spenden von Gebrauchtkleidern, Spielzeug und Kinderbetten bald ihre Grenzen, so daß auf das Hilfszug-Lager ausgewichen werden muß.

Die Spitzen der Stadtverwaltung Meckenheim, des Rhein-Sieg-Kreises und der örtlichen politischen Parteivertretungen verschaffen sich ein erstes Bild, die Medien bereiten mit bemerkenswertem Einfühlungsvermögen ihre Berichterstattung in Zeitung, Hörfunk und Fernsehen vor, das Arbeitsamt richtet eine

Außenstelle Merl mit 15 Mitarbeitern ein und die Sozialberatung des DRK ist überlaufene Adresse zur Beantwortung der Hauptfragen „Was erwartet uns, wenn wir allein der bundesdeutschen Realität gegenüberstehen? Wenn die Freude über das Begrüßungsgeld verflogen ist? Wenn wir aus der Fürsorge des Roten Kreuzes entlassen sind?“

Operation beendet

Am Donnerstag, dem 9. November, meldete die Einsatzführung des DRK dem Grenzschutzkommando West um 11.50 Uhr 950 freie Betten. Nach der offiziellen Registrierung durch den BGS in Ahrweiler war der Großteil der Übersiedler in Übergangslager der Länder weitergereist, viele hatten Obdach bei Verwandten oder Freunden in der Bundesrepublik gefunden und rund 100 Menschen blieben in Meckenheim und Umgebung, wo sie dank intensiver Mithilfe der Stadtverwaltung Arbeit und Wohnung fanden. Nochmals, am 11. November 1989, wurde die Bundesschule als Notaufnahmelager mit einer ungefähr gleichstarken Gruppe von Übersiedlern belegt, die innerhalb der folgenden Woche ebenfalls in Übergangslager in der Bundesrepublik weiterreisten. Horst F. Hamborg

Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes

Die Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz der Bundesrepublik Deutschland ist für die Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst eine originäre, die Gesamtheit der Organisation umfassende Aufgabe und Verpflichtung. Die umfassende Verpflichtung entspricht der Gesamtverantwortung der Hilfsorganisationen, in der das Prinzip der Einheit der Hilfe und eine einheitliche verfaßte Helferschaft Voraussetzung und Gewähr dafür sind, in jeder Situation diese satzungsmäßige Aufgabe zu erfüllen.

Die Hilfsorganisationen begrüßen, daß der Deutsche Bundestag in seiner 3. Lesung am 15. 11. 1989 das Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz verabschiedet hat. Die Wahrnehmung der Aufgaben der Hilfsorganisationen erfolgt auch weiterhin in eigener Verantwortung. Das Mitspracherecht der am Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen ist gewährleistet.

Die Hilfsorganisationen begrüßen es nachdrücklich, daß das Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz

– Regelungen enthält, die die Beachtung der Organisationsstruk-

turen der Hilfsorganisationen gewährleisten,

– die Erste-Hilfe und die Schwesterhelferinnen-Ausbildung regelt,

– eine Begrenzung der staatlichen Kontrolle der Hilfsorganisationen durch die Hauptverwaltungsbeamten vorsieht,

– die Vertretung der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutzstab festschreibt,

– eine Regelung zur Zivilschutzdienstpflicht enthält, der sie zustimmen können,

– die Einbeziehung des gesamten Potentials der Organisationen grundsätzlich ermöglicht.

Die Hilfsorganisationen erklären ihre uneingeschränkte Bereitschaft, an jeder substantiellen Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes mitzuwirken, die die Information und den Schutz des Bürgers sowie der Helfer im Hinblick auf Schaden- und Gefahrenlagen verbessert. Sie sehen hierin eine humanitäre, kontinuierliche Verpflichtung und ein öffentliches Bekenntnis zur Schaffung eines wirksamen Schutz- und Hilfsleistungssystems für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

Entwicklungshilfeprojekt Zaire:

Das Kitenge Rural Health Center entsteht

Die ADRA, eine Mitgliedsorganisation des DPWV, hat in Zaire seit 1982 einen Gesundheitsposten in Betrieb und wird ein Krankenhausgebäude mit Entbindungstrakt errichten. Es handelt sich bei dem Projekt um eine Kombination von Kurz- und Langzeithilfe. Wichtig ist vor allem die frühzeitige Einrichtung einer Impfstation.

Der ASB-Bundesverband übernimmt für das Zaire-Projekt Ankauf und Instandsetzung eines Lkw DB-LA-710 mit eingebauter Pritsche plus Frachtkosten. Das Fahrzeug soll dem Transport von gespendetem Krankenhausinventar (Betten, Entbindungstischen und Matratzen etc.) dienen, der in dieser Gegend wegen der weit auseinanderliegenden Wirtschaftszentren sehr schwierig durchzuführen ist. Angesiedelt wird das Projekt in Kitenge, einem Dorf mit über 10 000 Einwohnern in der Provinz Shaba in Zaire.

Die Einwohner leben hauptsächlich vom Ackerbau, der ausschließlich für den Eigenbedarf bestimmt ist, obwohl sich durch den Anschluß an die Eisenbahn ein wenig Handel entwickelt hat. Der Ort besitzt kein Trinkwasser, keine Elektrizität oder andere moderne Einrichtungen. Das Trinkwasser wird zu Fuß auf dem Kopf von einer offenen Quelle,



ASB-Mitarbeiterin Cornelia Bongardt informiert über Aktivitäten des ASB im Ausland.

(Foto: Meyer)

die etwa 1 km entfernt liegt, zum Dorfzentrum transportiert.

Augenblicklich sind weniger als 25 % der Kinder gegen Masern und andere ansteckende Krankheiten geimpft und folglich ist die Kindersterblichkeitsrate hoch. Die allgemeinen Gesundheitsprobleme schließen Darmparasiten, Malaria, Unterernährung usw. ein.

Die schon bestehende medizinische Versorgung ist unzureichend, wird jedoch mit Einrichtung eines katholisch geführten Entbindungsheims und eines Krankenhauses, das von den Adventist Health Service geführt wird, verbessert.

ADRA-Zaire öffnete seinen Gesundheitsposten in Kitenge 1982 und ist z. Zt. damit beschäftigt,

das Krankenhausgebäude zu errichten. Der Posten behandelt etwa 30 Patienten am Tag und ist aufgrund seiner guten medizinischen Versorgungsqualität hoch angesehen. So gibt es eine Petition des Dorf„bürgermeisters“ und des Rates an ADRA, ein Impfprogramm einzurichten und einen Entbindungstrakt zu eröffnen.

Mit dem Projekt sollen folgende Ziele erreicht werden: Verbesserung bzw. Einrichtung der medizinischen Versorgung im genannten Gebiet, Bau, Ausstattung und Betrieb eines ländlichen Gesundheitszentrums mit Krankenhaus, Entbindungsheim mit allen notwendigen Voraussetzungen wie Stromversorgung, Medikamenten, Ausrüstungsgegenständen und Personal. Dazu soll eine

mobile Einheit eingerichtet werden. (Wahrscheinlich eine Art Arztwagen, der in die umliegenden Dörfer fährt, um dort medizinische Versorgung zu gewährleisten.)

Die noch benötigten Hilfeleistungen beziehen sich vor allem auf Medikamente, Ausrüstung sowie Geräte und Material für die Entbindungsstation. Die Entwicklung einer Entbindungsstation beinhaltet auch den Erwerb von Mitteln, um den Bau des Gebäudes zu beginnen.

Insgesamt wird das Gesundheitszentrum als ein wichtiger Bestandteil der heilenden Behandlung wie auch der Vorsorgemedizin für die ansässige Bevölkerung angesehen.

Cornelia Bohgardt

„Wasser, endlich Wasser!“

Eindrücke einer Hilfsgüterfahrt in das Katastrophengebiet Armenien

Das Schild, das uns endlich die ersehnte Wasserstelle ankündigt, ist eine Erlösung. Nach drei Tagen jeweils 16stündiger LKW-Fahrt bei 30 °C wieder gründlich waschen, das hebt die Stimmung.

Je weiter wir uns von der Heimat entfernen, desto deutlicher wird der Verlust des gewohnten Luxus. Was zu Hause selbstverständlich ist, wird zum Ausnahmeerlebnis. Der deutsche sanitä-

re Standard wird genauso auf ein Minimum reduziert wie die Straßenqualität. Den ganzen Tag werden wir durchgerüttelt, eine extreme Belastung für Mannschaft und Material.

Es sind die Gegensätze, die uns beschäftigen. Einerseits ist jeder schockiert von dem für uns niedrigen Lebensstandard. Die Fahrt durch Polen wirkt wie eine Reise in die Vorkriegszeit. Die

Häuser scheinen seit 50 Jahren nicht mehr renoviert worden zu sein, die Infrastruktur ist zum Teil auf dem Stand von 1945.

Andererseits müssen wir erkennen, daß es den Menschen besser gehen könnte, wenn nicht Teile des Landes brachliegen würden und die Landwirtschaft nicht mit überalterten Mitteln betrieben würde.

Spaßvögel im Team sorgen aber dafür, daß die Stimmung gut ist. Fahrzeugbesatzungen, die tagsüber den Anschluß verloren haben, stehen ebenso im Zentrum des Spottes, wie ein Team mit technischen Problemen.

Je näher wir zum Ziel kommen, desto mehr steigt die Spannung: Was erwartet uns? Doch vor dem Ziel steht noch einmal eine extreme Belastung an: die Fahrt durch den Großen Kaukasus. Ständiges Schalten, Bremsen, Kuppeln – es bleibt kaum Zeit, um die Schönheit der Natur zu genießen.

Den Kleinen Kaukasus durchqueren wir auf einer Nebenstra-

ße, um nicht durch das mit Armenien verfeindete Aserbaidschan fahren zu müssen. Später erfahren wir, daß diese Entscheidung richtig war: Andere Hilfskonvois wählten die Hauptstraße. Sie wurden festgehalten, die Hilfgüter wurden beschädigt.

Auf der Nebenstrecke kann man selten schneller als 20 km/h fahren, zermürend folgt Kurve auf Kurve, Schlagloch auf Schlagloch.

Nach fast 4 000 Kilometern erreichen wir Leninakan. Schon am Stadtrand wird klar, daß die Armenier mit unbeschreiblichem Eifer an den Wiederaufbau gegangen sind. Wer das Elend des Erdbebens erlebt hat, kann kaum begreifen, woher die Menschen so schnell die Kraft genommen haben, die Aufbauarbeiten in Angriff zu nehmen. Überall entstehen neue Häuser und neue Straßen. Erfreulicherweise hat man hinsichtlich der Höhe der neuen Häuser dazugelernt; sie haben meistens nur drei Stockwerke.

Ob die Bauweise tatsächlich den Erfordernissen eines extrem erdbebengefährdeten Gebietes entspricht, wird die Zukunft hoffentlich nie zeigen. Erschreckend ist, daß in der ca. 100 km entfernten Millionenstadt Erewan große Hochhauskomplexe nach derselben Bauweise errichtet werden, wie die Leninakaner Hochhäuser, die unter anderem für die hohe Opferzahl verantwortlich war. Ein Erdbeben, das in Erewan und Umgebung ausbräche, würde daher wohl noch mehr Menschenleben fordern, als das Beben von 1988. Sechsstellige Opferzahlen – eine grausame Vorstellung!

Nach unserer Ankunft wird sofort mit dem Ausladen begonnen. Leninakaner helfen beim Ausladen und bestaunen die Ladung unserer Lastwagen, aus der ein Krankenhaus für ihre Stadt entstehen wird. Die Menschen sind immer freundlich und hilfsbereit. Gastfreundschaft ist hier Tradition. Sie wird uns gegenüber sicherlich noch durch das hohe An-

sehen verstärkt, das Westdeutsche nicht nur aufgrund der Hilfeleistungen in Armenien haben. Die Armenier sind über Deutschland erstaunlich gut informiert. Wer hätte erwartet, daß Armenier bei einem gemeinsamen Essen Trinksprüche auf unseren Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker, ausbringen würden?

Der Einsatz in einem solchen Katastrophengebiet ist wirklich kein Urlaub, sondern enormer Streß. Doch trotz aller Strapazen bleibt am Ende das befriedigende Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben. Durch die Arbeit am Rande der eigenen Leistungsgrenze lernt man sich besser kennen. Wer unermeßliches Leid sieht und erfährt, mit welch existentiellen Problemen andere Menschen kämpfen, dem erscheinen viele unserer Alltagsproblemchen als nichtig. Hilfe wird hier als Freude und direkte Notwendigkeit erfahren. Aus dieser Erkenntnis erwächst die Motivation für neue Hilfseinsätze. Jörg Ehmer

Probleme der Dritten Welt und wie man damit umgeht

Der Arbeiter-Samariter-Bund stellte seine Auslandshilfe-Projekte vor

Unter dem Titel „Die Welt gehört allen“ hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) am 11. und 12. September 1989 zu Aktions- und Informationstagen aufgerufen.

Neben zahlreichen anderen Organisationen, die in der Dritten Welt Entwicklungs- bzw. Katastrophenhilfe leisten, ist auch der Arbeiter-Samariter-Bund gebeten worden, seine Auslandshilfeaktivitäten einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Mit einer großen Ausstellungswand sowie Informationsbroschüren informierten zwei Mitarbeiterinnen des ASB-Bundesverbandes über die Katastrophenhilfe des Arbeiter-Samariter-Bundes:

Wenn ein Land durch Umweltkatastrophen in Not gerät, hilft der ASB mit Sach- und Geldspenden sowie Wiederaufbauprojekten. Dabei setzt er u. a. sein modernstes und bisher in Europa einmaliges technisches Hilfsmittel ein: die transportable Satellitenbodenfunkstation.

Die Auftaktveranstaltung am 11. September auf dem Bonner Münsterplatz bot ein buntgemischtes Programm. Folkloregruppen aus der sogenannten Dritten Welt führten Tänze und Musikdarbietungen vor, verschiedene Interviewpartner standen dem Moderator auf der Hauptbühne für Fragen zur Verfügung. Politische Prominenz war ebenfalls vertreten: Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Jürgen Warnke,

und Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker kamen zu einer Stippvisite. Künstlerische Prominenz wie Olivia Molina und Angelo Branduardi rundeten das Programm ab. Insgesamt eine Veranstaltung, die zwar auf die Probleme der Dritten Welt aufmerksam machte, aber in Lösungsvorschlägen oberflächlich blieb – ein unkritisches Medienspektakel. Daher ist die Veranstaltung des BMZ von vielen Dritte-Welt-Gruppen kritisiert worden.

So hat sich die Stadt Köln, die an dem bundesweiten Informationstag am 12. September ebenfalls zum Thema „Dritte Welt“ teilnahm, der BMZ-Veranstaltung kritisch gegenübergestellt. Kölner Dritte-Welt-Gruppen wollten ausführlich über solche Strukturen und Interessen informieren,

die bewirken, daß die Welt eben nicht allen gehört, sondern nur einigen wenigen.

Die Verelendung in der Dritten Welt erfahren wir in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel durch die Flüchtlinge. Zentrales Thema in Köln war daher das Flüchtlingsthema.

Der Bundesverband des Arbeiter-Samariter-Bundes mit Sitz in Köln nahm auch an dieser Veranstaltung mit einem Informationsstand teil und stellte u. a. die Flüchtlingshilfe des ASB vor. An der ganztägigen Veranstaltung zeigten sich insbesondere Schüler sehr interessiert, so daß sich die Gelegenheit bot, einem sehr jungen Publikum die Tätigkeitsbereiche des Arbeiter-Samariter-Bundes einmal näherzubringen.

KM

Johanniter betreuen Besucher

Doppelte Hilfe für DDR-Bürger

33 000 Mahlzeiten an einem Wochenende in Berlin

Der Zustrom von Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland erfordert doppelte Hilfe: Die Übersiedler wollen nach wie vor mit Unterkunft und Arbeit versorgt sein, die kurzfristigen Besucher haben Bedarf an warmen Mahlzeiten, Straßenkarten oder Benzin für die Zweitaktmotoren ihrer Autos. Eine doppelte Herausforderung, der sich die Johanniter-Unfall-Hilfe mit viel Engagement gestellt hat.

Ein Brennpunkt der Aktivitäten war die Besucherbetreuung in Berlin. An einem einzigen Wochenende waren hier die Johanniter mit sechs mobilen Küchen im Einsatz. Insgesamt leisteten rund 80 Helferinnen und Helfer 3 600 Stunden Dienst. Eine tolle Leistung. Sie verteilten kostenlos 33 000 Portionen Eintopf und 45 000 Becher Getränke an Besucher aus der DDR. Unterstützt wurden die Berliner Helfer von Johannitern aus dem ganzen Bundesgebiet mit Personal, Nahrungsmitteln und fahrbaren Küchen.

Darüber hinaus versorgten die Johanniter in Niedersachsen un-



33 000 warme Mahlzeiten verteilten die Johanniter kostenlos am ersten Wochenende nach der Öffnung der Grenzen in Berlin.

ter anderem Besucher an Autobahnraststätten mit Suppe, Getränken, Zweitaktbenzin und Straßenkarten. Auch in Schleswig-Holstein warten die Johanniter mit Verpflegung auf Besucher aus der DDR.

Zu der aktuellen Besucherbe-

treuung kommt die Versorgung der Übersiedler. Bundesweit kümmern sich die Johanniter um Unterkünfte und Wohnungen genauso wie um Kleidersammlungen, Möbelbeschaffung oder Kinderspielzeug. So konnte die Johanniter-Unfall-Hilfe beispiels-

weise im Kreisverband Hannover-Stadt 100 Menschen aus der DDR beherbergen. Bundesweit läuft die Unterbringung der Übersiedler durch die Johanniter auf vollen Touren.

Unterstützung für DDR-Übersiedler-Familien: Schicksale zwischen Ost und West

Ein Tag mit Familie Worch aus Ost-Berlin, Familie Watzky aus Tütleben, den Leskes aus Tangermünde und Familie Bollmann aus Rudolstadt läßt begreifen, mit welchen Schwierigkeiten DDR-Übersiedlerfamilien in ihrer neuen Heimat zu kämpfen haben.

Die achtzig ehrenamtlichen und teilzeitbeschäftigten Johanniter-Unfallhelfer haben seit September über hundertzwanzig DDR-Übersiedlern in der Landesschule NRW Starthilfen ins neue Leben gegeben.

„Heute mittag sollen noch

weitere DDR-Übersiedlerfamilien eintreffen,“ informiert Joachim Schmidt die Mitarbeiterin in der Zentrale der Landesschule der Johanniter-Unfall-Hilfe. Während der Landesausbildungsleiter in NRW, J. Schmidt, der seit 26 Jahren ehrenamtlich bei der JUH ak-

tiv ist, telefonisch Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten organisiert, kommt ein etwa dreißig Jahre alter Mann zur Zentrale und läßt seinen Blick über die ausgelegte Post schweifen. Dort liegen Briefe aus Magdeburg und Leipzig.



Jörg Bollmanns Anatomieunterricht fesselt die Zuhörer.



Familie Leske stellt sich in Münster dem Fotografen.

Doch für Thomas Worch, seine Frau Susanne und die kleine Marie-Ernestine ist heute keine Post dabei. Aus Ost-Berlin kamen die drei über Budapest und Wien ins Münsterland, wurden zunächst im Aufnahmelaager Schöppingen untergebracht, wie sie später erzählen, und leben nun seit gut zwei Wochen in der Landesschule der JUH in Münster.

12.25 Uhr: Während Familie Worch sich im Speisesaal in eine Schlange einreicht und auf die dampfende Linsensuppe mit Knackwürstchen wartet, nimmt Egbert Watzky an der Zentrale der Landesschule seinen Zimmerschlüssel in Empfang. Familie Watzky ist eine der fünf Familien, die heute in der Weißenburgstraße 48 erwartet werden.

Beim Ausfüllen der ersten Formulare erzählt Frau Watzky hoffnungsvoll von einer Wohnung, in die die Familie vielleicht bald einziehen kann, während Tobias, der kleine Sohn der Watzkys, lachend vor der Kamera posiert. Dann verabschieden sich die drei und gehen auf die Treppe zu, die zu ihren Zimmern führt.

„Ich glaube, ich habe immer eine gute Recherche gemacht,“ meint Thomas Worch beim Mittagessen, schaut seine Frau Susanne an und lächelt. Er hat zuletzt in der DDR als Redakteur beim Dokumentarfilm gearbeitet und sucht hier nach einem entsprechenden Arbeitsplatz. „Im Moment schreibe ich Bewerbungen,“ erzählt er weiter, „die Johanniter haben uns Schreibmaschinen besorgt, aber das viele Porto...“ „Wir haben zweihundertsechzig Mark für uns drei im Monat,“ ergänzt Susanne nach einem Zögern. Ernestine hat inzwischen ihren Teller leergegessen. Einige der vierundfünfzig DDR-Übersiedler haben ebenfalls ihr Mittagessen beendet und den Speiseraum verlassen.

Familie Leske mit ihren Söhnen Marcel, dreieinhalb Jahre, und Ronni, acht Jahre, traf direkt aus Unna-Massen passend zur Essenszeit in der Landesschule ein. Vater Gerd Leske hat schon, wie er erzählt, zur Probe in einem Schnellimbiss-Restaurant gearbeitet; nun wartet er eigentlich nur noch auf seine Lohnsteuerkarte

und dann kann's losgehen mit der Arbeit.

In Tangermünde bei Magdeburg hatten Eva und Gerd Leske ein Café-Speiserestaurant. Ihr gesamtes Sparvermögen hatten sie in den Umbau des Restaurants gesteckt. „Doch wir sind dort auf keinen grünen Zweig gekommen,“ erzählt Eva, „es ist ja nichts da, ein Steak mit Champignons zum Beispiel – völlig undenkbar. Wir waren immer froh, wenn mittags nicht so viele Gäste kamen, es gab ja oft nichts mehr, was wir servieren konnten.“ Eva Leske macht eine Pause. „Die Leute kamen immer gerne zu uns, aber es war ja kaum was da.“ Marcel, der die ganze Zeit mit dem Fotoapparat auf dem Tisch spielt, baumelt mit den Beinen. Seine kleinen Füße stecken in Hausschuhen mit lustig bunten Gesichtern. „Wir konnten nicht daran vorbeigehen,“ meint Eva Leske und lacht, „Marcel wollte die Pantoffeln unbedingt haben.“

Der Overheadprojektor wirft einen Querschnitt der Halsorgane an die Wand. „Wenn nun etwas in die Luftröhre kommt, da kann man doch eigentlich nur ersticken?“ Lautes Gelächter in der Klasse, der Fragesteller schaut hoch und merkt, daß seine Frage wohl komisch war. Diplommediziner Jörg Bollmann muß ebenfalls lachen. Doch dann beginnt er die Funktion der Kehlkopfklappe noch einmal den gut dreißig Zivildienstleistenden zu erklären.

In Rudolstadt hat J. Bollmann als Chirurg in einer Klinik gearbeitet. Nach seiner Odyssee über die Botschaft der Bundesrepublik in Prag – er war dabei, als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September um 19.00 Uhr die Ausreise der DDR-

Bürger aus der CSSR über die DDR in die Bundesrepublik bekanntgab – kam Jörg Bollmann dann am 23. Oktober in die Landesschule nach Münster.

Wer könnte einen besseren Anatomie-Unterricht geben als ein Fachmann in Sachen Medizin, das dachte sich natürlich auch Landesausbildungsleiter Joachim Schmidt. Auch die Zuhörer scheinen beim nachmittäglichen Unterricht diese Meinung zu teilen, denn trotz schallendem Gelächter bei der lustigen Frage ist die Klasse dennoch bei der Sache. „Wir machen zehn Minuten Kaffeepause,“ sagt Diplommediziner Bollmann und schaltet den Overheadprojektor aus.

„Gute Fahrt“ ruft Joachim Schmidt aus der Zentrale der Landesschule der Johanniter-Unfall-Hilfe in Münster beim Abschied. Er hat noch einen langen Abend nach seinem regulären Arbeitstag vor sich. Er ist einer der achtzig Helfer der JUH in der Landesschule, die sich „kümmern und organisieren“, wie es Susanne Worch aus Ost-Berlin so treffend ausdrückte.



Mittagszeit in der Landesschule.



Die Watzkys beim Empfang in der Landesschule.

Chronologie eines Einsatzes:

Es ging ein Ruck durch die Reihen

Montag, 14. August 1989: Im Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes in Köln geht telefonisch ein Hilfesuch der ungarischen Malteser ein: Auf dem Gelände der Zugliget-Kirche in Budapest haben sich mehr als 200 DDR-Urlauber eingefunden, die nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollen. Die deutsche Botschaft hat die noch junge ungarische Malteserorganisation um Unterstützung gebeten. Denn vor allem Unterkünfte, Decken und Feldbetten fehlen.

Am Dienstag werden bereits die ersten Hilfsgüter auf den Weg gebracht: 20 Zelte, 100 Feldbetten, 100 Decken, Tische, Bänke und eine fahrbare Feldküche treffen am 17. August in Budapest ein. Eine Gruppe junger Malteser aus der Erzdiözese Paderborn, die sich zum St.-Stephanus-Fest in der ungarischen Hauptstadt aufhält, übernimmt spontan den Aufbau der Zelte. An diesem Tag ist die Zahl der Hilfesuchenden bereits auf mehr als 500 gestiegen. Tendenz weiter steigend.

Am Freitag werden weitere Hilfsgüter verfrachtet: Die Luft-hansa fliegt sechs Zelte, Not-artzkoffer und Medikamente nach Ungarn. Die weitere Entwicklung der Flüchtlingszahlen ist unabsehbar. Flugblattinformationen kursieren in Budapest, die von Fluchtmöglichkeiten im Rahmen einer Freundschaftsveranstaltung an der österreichisch-ungarischen Grenze berichten. Am 19. August nutzen viele Lagerbewohner diese Chance. Es kommt zu einer spektakulären Massenflucht, die die Schlagzeilen der Presse beherrscht.

Sonntagsaktion

Obwohl mehr als 600 DDR-Bürgern die Flucht gelingt, ist die



Warten auf das Frühstück: Im Lager der Malteser erhalten die Flüchtlinge täglich drei Mahlzeiten. (Foto: KNA)

Notunterkunft an der Zugliget-Kirche bereits am Samstagabend wieder überfüllt. Die Einsatzleitung steht vor schier unlösbaren Aufgaben. In einem Notruf bitten die Malteser am Sonntagmorgen um Verdopplung des Einsatzmaterials. Die Zeltkapazitäten des Auslandsdienstes sind jedoch bereits erschöpft. Die Diözesen Aachen, Trier und Köln bieten sofort ihre Unterstützung an. Hunderte von Helfern werden mobilisiert, um Zelte, Betten, Decken, Notstromaggregate, Kabel, Scheinwerfer und Eßgeschirr zusammenzuziehen. Rund 40 Tonnen Hilfsgüter sind in zwei Schichten bis Sonntagnacht verladen. Gegen Mitternacht wird ein Konvoi mit zwei Großraumlastzügen und einem Kleintransporter in Marsch gesetzt.

Die Ladelisten zählt 40 Zelte, 500 Betten, 439 Matratzen, 157 Luftmatratzen, 1050 Decken, 2 Notstromaggregate, Zeltbeleuchtungen, Scheinwerfer und Medikamente. Die Fahrzeuge sind mit jeweils zwei Helfern besetzt und fahren ohne größere Unterbrechungen bis Budapest.

Im Auswärtigen Amt erfolgt die Abstimmung der Hilfsmaßnahmen mit dem eingerichteten Krisenstab und dem DRK. Das Rote Kreuz unterstützt die angelaufenen Hilfsmaßnahmen und entsendet ebenfalls Sanitärfahrzeuge, Container und Hygieneartikel, die auf dem Gelände der deutschen Botschaft und im Malteserlager eingesetzt werden.

Am Ende der zweiten Einsatzwoche lösen Helferinnen und Helfer aus Essen ihre Paderbor-

ner Kollegen ab. Mittlerweile ist die Fluchtbewegung weltweit in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt. Die Nachrichtensendungen berichten stündlich über die aktuelle Lage, die Hilfsmaßnahmen der Malteser spiegeln sich in den Schlagzeilen der Presse wider.

Der Andrang reißt nicht ab

Ende August sind zweitweise mehr als 80 Malteser aus Ungarn, Österreich und der Bundesrepublik im Einsatz. Das Lager Zugliget platzt aus allen Nähten. Obwohl noch immer zahlreichen DDR-Bürgern der illegale Grenzübertritt nach Österreich gelingt, ist die Zahl der Neuankommenden stets größer als die der Abreisenden. Die ungarischen Malteser verhandeln mit den jungen Pionieren, um die Freizeitanlage des ungarischen Jugendverbandes im Budapester Stadtteil Csillebércc nutzen zu können. Die Unterkünfte werden jedoch nur nach und nach leer, so daß die aus Köln eingetroffenen Einsatzreserven an Zelten, Betten und Decken innerhalb weniger Tage aufgebraucht sind.

Die ungarischen Behörden haben inzwischen die Grenze dichtgemacht. Nur noch wenigen gelingt die illegale Überschreitung. Im Lager Csillebércc ist die Zahl der Hilfesuchenden auf fast 2000 gestiegen. Das ungarische Rote Kreuz eröffnet am Plattensee ein drittes Lager. In der Bundesrepublik bieten zahlreiche Diözesan- und Ortsgliederungen ihre Hilfe an. Der Nachschub an Personal und Material läuft reibungslos. Babynahrung und Pflegeartikel, Textilien und Schuhe, Medikamente und technisches Hilfsmaterial – zum großen Teil Spenden

- werden kontinuierlich an die Donau transportiert. Aber auch in Ungarn ist die Hilfsbereitschaft groß. Die Bevölkerung nimmt am Schicksal der Flüchtlinge großen Anteil. Lebensmittel und Geld werden gespendet. Hunderte von DDR-Bürgern finden bei Mitgliedern der örtlichen Pfarrgemeinde kostenlos Unterkunft.

Einladung zum Frühstück

In Bonn, Ost-Berlin und Budapest wird zwischenzeitlich über eine Lösung des Flüchtlingsdramas verhandelt. Doch Ost-Berlin bleibt hart: Die Bemühungen der Budapester DDR-Konsularbeamten, Ausreisewillige zur Rückkehr zu bewegen, führen zu gefährlichen Provokationen. Die Malteser-Einsatzleitung reagiert gelassen und lädt die Konsularbeam-

ten zum Frühstück ein. Die Lage im Zugliger-Lager entspannt sich. Aber mit jedem Tag wird das Warten unerträglicher. Gerüchte kursieren, die bereits vereinbarte Ausreise könne noch Wochen dauern.

Ende der zweiten Septemberwoche ringt sich die reformbewußte ungarische Regierung zu einem weiteren Akt der Menschlichkeit durch: Alle DDR-Bürger mit gültigen Reisedokumenten dürfen in ein Land ihrer freien Wahl ausreisen. Die Grenzen bleiben bis auf weiteres geöffnet. Eine zügige, aber keinesfalls hektische Ausreise beginnt. Innerhalb weniger Tage reisen tausende Flüchtlinge mit Bussen und Bahn aus.

Die Nachricht von der Ausreisemöglichkeit über Ungarn führt in der DDR zu einem Sog. Obwohl

die Sommerferien bereits zu Ende gehen, stellen viele DDR-Bürger Visaanträge nach Ungarn. Nicht allen gelingt die Ausreise. Viele werden trotz genehmigter Papiere aus den Zügen geholt oder mit dem PKW zurückgewiesen. Grenzwissenschaftler in der CSSR häufen sich. Einige DDR-Bürger riskieren nachts das Durchschwimmen der Donau. Nicht alle erreichen das ungarische Ufer.

Auch im Oktober treffen weiterhin täglich 100 bis 300 Flüchtlinge bei den Maltesern in Budapest ein. Während der Herbstferien steigt ihre Zahl nochmals auf bis zu 1000 täglich. Das Lager Csillebérc ist mittlerweile nur noch ein Empfangs- und Durchgangslager, in dem sich die Deutschen aus der DDR für ein bis

zwei Tage auf ihre Weiterreise vorbereiten.

Das ehrenamtliche Engagement hunderter Malteser-Helferinnen und -Helfer in der Bundesrepublik, Österreich und Ungarn trug entscheidend zur erfolgreichen Abwicklung des Einsatzes bei. Mit Spontaneität, Entschlossenheit und der überzeugenden Bereitschaft, für einige Zeit persönliche Entbehrungen hinzunehmen, wurden viele Diözesan- und Ortsgliederungen zu tragenden Säulen bei der Organisation und Ausführung der Hilfsmaßnahmen. Über Wochen haben die Medien darüber weltweit berichtet. Nach 1965 war dies der zweite große Ungarn-Einsatz, der in die Geschichte des Malteser-Hilfsdienstes eingehen wird.

Martin Pfeiffer

Malteser übernehmen Aussiedlereinrichtung in Hamm

Mit Leben füllen

Durchgangslager wird 1990 größte Erstaufnahmeeinrichtung

Zum 1. Dezember 1989 übernahm der Malteser-Hilfsdienst die Betreuung und Versorgung von rund 2000 Frauen, Männern und Kindern in der Aussiedlereinrichtung Hamm. Täglich melden sich dort ca. 450 überwiegend aus Polen stammende Aussiedler. Da seit 1988 der Strom der Aussiedler kontinuierlich ansteigt, hat sich in der Einrichtung Hamm nicht nur die Arbeit vermehrt, sondern auch die Verweildauer. Mittlerweile bleiben die aus Osteuropa kommenden Deutschen bis zu zehn Tagen in der Aufnahmeeinrichtung, da kaum noch Kommunen bereit sind, Aussiedler aufzunehmen.

Diese Umstände haben zu schwierigen Verhältnissen geführt. Die einhundert Beamten des Bundesverwaltungsamtes sind vollends mit der Registrierung der Umsiedler beschäftigt. Der Malteser-Hilfsdienst wird sich künftig um die Versorgung und humanitäre Betreuung der Aussiedler kümmern.

In einem Pressegespräch am 29. November erläuterte der Projektleiter, Wilderich Graf Schall, die Konzeption des Malteser-Hilfsdienstes. Dazu zählt u.a., daß in der nächsten Zeit rund 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden, die sozialpädagogisch geschult

sind und möglichst polnisch sprechen sollten. Unterstützt werden sie von zahlreichen ehrenamtlichen Malteser-Helferinnen und -Helfern. Des weiteren wird in nächster Zukunft eine Kleiderkammer eingerichtet und für die rund 200 Kinder wird es einen Kindergarten und Spielgruppen geben.

Dr. Goswin Lörken, Abteilungspräsident des Bundesverwaltungsamtes in Köln, stellte während der Pressekonferenz fest, daß er den Malteser-Hilfsdienst um diese Aufgabe nicht beneide. Gleichzeitig sagte er den Maltesern jegliche Unterstützung von seiten der Bundesbehörde zu.

Der Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, Dieter Graf Landsberg-Velen, betonte, daß es nun vorrangig darum gehen müsse, die Aussiedlereinrichtung mit Leben und Freude zu füllen, um den Menschen zu einem guten Start in ihr neues Leben in der Bundesrepublik zu verhelfen.

Im Laufe des Jahres 1990 wird das Durchgangslager Hamm mit einer Kapazität von 3000 Personen zuzüglich 1000 Notunterkünften zur größten Erstaufnahmeeinrichtung neben Friedland, Nürnberg, Osnabrück, Bramsche und Empfangen ausgebaut.

26. Deutscher Feuerwehrtag

mit Internationaler Fachausstellung
für Brandschutz, Rettungswesen,
Katastrophenhilfe
14.-19. Juni 1990, Friedrichshafen

Deutscher Feuerwehrverband · Koblenzer Straße 133 · D-5300 Bonn 2



Deutscher Feuerwehrverband
Bundesgeschäftsstelle
Koblenzer Straße 133, D-5300 Bonn 2
Telefon (0228) 33 10 93
TTX 228 36 63 = DFVB

Präsident: Hinrich Struve
Bundesgeschäftsführer: Reinhard Voßmeier

99.03.00

[DFTAG\BDSCHRZ.TXT]

Bonn, den 01. Dezember 1989

An die
- Vorsitzenden der Feuerwehrverbände (Kreis/ kreisfreie Stadt)
- feuerwehrtechnischen Aufsichtsbeamten (Kreis/ kreisfreie Stadt)

Sehr geehrte Herren,
es sind nur noch rund 6 Monate bis zum 26. Deutschen Feuerwehrtag in Friedrichshafen/Bodensee. Einem vielfachen Wunsche nachkommend haben die Organisatoren den Meldeschluß verlängert und auf den 15. Februar 1990 festgelegt. Eine weitere Fristverlängerung ist aus organisatorischen Gründen ausgeschlossen.

Wir bitten Sie allen Feuerwehren Ihres Zuständigkeitsbereiches mit einer Art diese Fristverlängerung und damit die letzte Möglichkeit zur Anmeldung sowie zur Bestellung der von allen Besuchern benötigten Tagungsabzeichen bzw. gewünschten Karten bekanntzugeben. Weisen Sie dabei bitte auch auf die notwendige Abgabe der **TEILNEHMERMELDUNG** hin (diese als Planungsmittel dienende Notwendigkeit wurde von zahlreichen Feuerwehren bisher nicht erkannt; sie planen den Besuch ohne rechtzeitige Abgabe der **TEILNEHMERMELDUNG!**).

**Verlängerter Meldeschluß
bis 15. Februar 1990**

Nutzen Sie diese Fristverlängerung zur Bestellung der TAGUNGSABZEICHEN.
Diese Abzeichen sind Voraussetzung zum Erwerb von verbilligten Messekarten, Einlaßkarten für div. Fachtagungen, Eintrittskarten für Gesellschaftsabende und Schiffsfahrten sowie zur Belegung der Gemeinschaftsquartiere.

Hinweis:
+ Die Vergabe der Einlaß-/Eintrittskarten kann wegen der großen Nachfrage erst nach dem Meldeschluß 15.02.1990 erfolgen.
+ Tagungsabzeichen, verbilligte Messekarten und Gemeinschaftsquartiere sind noch ausreichend vorhanden.
Während der Veranstaltungstage in Friedrichshafen werden weder Tagungsabzeichen noch Einlaß-/ Eintrittskarten verkauft. Sollten Ihnen anders lautende Mitteilungen zu Ohren gekommen sein, sind diese nicht zutreffend.

Für Ihre Unterstützung herzlichen Dank.

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND
- Bundesgeschäftsstelle -

R. Voßmeier, BGFü

Präsident: Hinrich Struve
Bundesgeschäftsführer: Reinhard Voßmeier

Präsidialkanzlei:
Sönke-Nissen-Koog · D-2257 Reußenköge
Tel. (04671) 651 · Fax (04671) 5063

Bundesgeschäftsstelle des DFV:
Koblenzer Straße 133
D-5300 Bonn 2
Tel. (0228) 33 10 93
TTX 228 36 63 = DFVB
Fax (0228) 33 17 03



Bundespolitisch wichtige Aussagen des BMI und BMU

Im Mittelpunkt der 37. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes am 29./30. September 1989 in Garmisch-Partenkirchen standen die Ansprachen des Parlamentarischen Staatssekretärs Gröbl (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) und des Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Stoiber. Staatssekretär Gröbl kündigte die Inbetriebnahme der Gefahrstoff-Schnellauskunft zum 1. Dezember 1989 an und Staatsminister Stoiber bekundete die Notwendigkeit, daß der deutsche Brandschutz auch nach der EG-Harmonisierung seinen hohen Standard nicht verlieren darf.

Präsident Struve konnte bei der öffentlichen Delegiertenversammlung im Garmischer Kongreßzentrum unter den rd. 250 Gästen zahlreiche Vertreter von Politik und Wirtschaft sowie auch die Vertreter verschiedener Innenministerien der Länder begrüßen. Besonders begrüßte er den Parlamentarischen Staatssekretär Gröbl, der nicht nur sein Umweltministerium vertrat, sondern auch das Bundesinnenministerium vertreten mußte, nachdem Bundesinnenminister Schäuble seine Zusage wenige Tage vor der Delegiertenversammlung wegen plötzlich anderer Termine (u. a. CDU-Landesparteitag Baden-Württemberg) zurückziehen mußte und dann der von ihm mit der Vertretung beauftragte Parlamentarische Staatssekretär Spranger am Vortage wegen eines anderen von ihm bereits angenommenen Termins in Bayern auch noch absagte. Dann war es Staatssekretär Gröbl, der beide Aufgaben übernahm.

Der Präsident wies in seiner Ansprache auf die Entwicklung des Feuerwehrwesens in der Bundesrepublik in den vergangenen 40 Jahren hin und so u. a. auf die Tatsache, daß nach Kriegsende auf Anordnung der Besatzungsmächte, die anfänglich die Feuerwehren als militärische Organisation ansahen, Tausende von Feuerwehrführern aus den Feuerwehren ausgeschlossen und die Stärke der einzelnen Feuerwehren begrenzt wurde. Das damalige Vorgehen der Besatzungsmächte in den verschiedenen Besatzungszonen sei unterschiedlich gewesen. Daß sich trotz dieser Situation die Feuerwehren in allen Bundesländern wieder neu formierten, um das verbliebene Hab und Gut der Bevölkerung zu schützen, zeuge von der grundsätzlich humanitären Einstellung aller Feuerwehrmitglieder. So begannen schon im Mai 1945 Feuerwehrmänner ihre zum Teil verschleppten Fahrzeuge und Geräte zusammenzusuchen, um sie unter primitivsten Verhältnissen wieder einsatzfähig zu machen. Vielerorts mußte auf die Handdruckspritze oder gar auf den Löscheimer zurückgegriffen werden. Es sei nicht selten vorgekommen, daß Feuerwehrmänner und auch ihre Familien auf einen Teil der ohnehin schon knappen Lebensmittel verzichteten, um dafür notwendige Dinge für die Instandsetzung der Gerätschaften zu tauschen. Nachdem sich 1947 die neu entstandenen Innenverwaltungen der Länder wieder um das Feuerlöschwesen bemühten, kam gleichzeitig der Wunsch bei den Feuerwehren auf, sich auf Verbandsebene, also in den Kreis- und Landesfeuerwehrverbänden wieder zu formieren. Nach der

Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 begann der Gedankenaustausch zwischen den einzelnen Verbänden, was unter der Initiative des heutigen Ehrenpräsidenten Albert Bürger am 13. 1. 1952 zur Wiedegründung des Deutschen Feuerwehrverbandes führte.

Im weiteren Verlauf seines Rückblickes umriß Präsident Struve weitere Stationen in der Verbandsentwicklung, im Bereich der technischen Entwicklung und im Gesetzgebungsverfahren in Bund und Ländern. Er schloß mit einem Zitat aus dem Grußwort von Präsident Bürger anlässlich des Deutschen Feuerwehrtages 1953 in Ulm: „Nach einer Pause von vielen Jahren treten die deutschen Feuerwehren erstmals wieder zusammen, um gemeinsam ein Bekenntnis ihrer Treue zur Heimat, ihrer Zusammengehörigkeit und ihrer nur friedlichen Zwecken dienenden Arbeit abzugeben.“

„Im Rahmen der gesamtstaatlichen Verantwortung“

Im Auftrage des verhinderten Bundesinnenministers führte Staatssekretär Göbl u. a. aus:

„Die Freiwilligen Feuerwehren nehmen in der Zivilschutzkonzeption des Bundes einen festen und hervorragenden Rang ein. Der Bund war daher auch immer bemüht, gerade die Feuerwehren über seine Vorstellungen und Ziele objektiv und umfassend zu informieren und zu beteiligen.

Beispielhaft möchte ich nennen:

- Die Diskussion um den Entwurf des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes, das auch dank der Unterstützung des Deutschen Feuerwehrverbandes inzwischen den Ausschüssen des Deutschen Bundestages zur Beratung vorliegt.
- Die verschiedenen Gremien, die sich mit den aus den Ereignissen von Tschernobyl und



Das Kongreßzentrum in Garmisch-Partenkirchen bot die für die Delegiertentagung notwendige gute Kulisse und war mitbeeinflussend für den guten Verlauf der mehrtägigen Tagung. Präsident Struve konnte neben Bayerns Ministerpräsident Dr. Streibl und Innenminister Dr. Stoiber als Vertreter des Bundes den Parlamentarischen Staatssekretär Gröbl (BMU) begrüßen. Zu den weiteren Gästen zählten Vertreter aus Bundes- und Länderministerien sowie die Landesfeuerwehrkommandanten der angrenzenden österreichischen Bundesländer.



Schweizerhalle zu ziehenden Konsequenzen befassen.

Die Fachgespräche auf internationaler Ebene, wie das zweite Treffen zwischen der Bundesrepublik und den europäischen Nachbarländern, mit denen Abreden zur Hilfeleistung in Katastrophen- und schweren Unglücksfällen bestehen, Ende August in Aachen, an dem auch der Deutsche Feuerwehrverband durch Sie, Herr Präsident, vertreten war.

Daneben stehen die Anstrengungen der Bundesregierung, auch in materialier Hinsicht die Situation des erweiterten Katastrophenschutzes zum Wohle unserer Bevölkerung weiter zu verbessern. Im Anschluß an das bis 1993 laufende Konsolidierungsprogramm des Bundes, das mit mehr als 1,2 Milliarden DM die Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes modernisiert und komplettiert, plant das BMI ein Programm zum „Abbau

des Schutzgefälles“. Dies hat zum Ziel, die derzeit bestehenden Lücken im Verstärkungsteil des erweiterten Katastrophenschutzes zumindest in den wichtigsten Fachdiensten zu schließen, so daß auch in diesem Bereich ein flächendeckender Schutz der Bevölkerung gewährleistet ist. Die internen Überlegungen im BMI dazu dauern an. Der Bundesinnenminister sichert jedoch zu, daß der Deutsche Feuerwehrverband und auch alle anderen im erweiterten Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen rechtzeitig informiert und beteiligt werden.

Der Schutz der Bevölkerung durch den Bund kann aber nicht nur die verfassungsmäßig zugewiesene Vorsorge für den Verteidigungsfall, sondern muß im Rahmen der gesamtstaatlichen Verantwortung auch die im Frieden umfassenden. Der vom Bund zu gewährleistende Zivilschutz wird integriert in den Katastrophenschutz der Länder, ohne daß damit die verfassungsmäßige Kom-

petenzverteilung in Frage gestellt wird. Diese Integration, die auch mit dem Schlagwort des Doppel- oder Mehrfachnutzens verbunden ist, ist Leitlinie der Politik der Bundesregierung. Auf deutsche Initiative ist sie offizielle Richtschnur der zivilen Vorsorgeplanungen der NATO für die nächsten vier Jahre geworden. In Europa ist sie von den Staaten, mit denen wir gegenseitige Hilfeleistungsabkommen abgeschlossen haben, mitgetragen.

Schwerpunkte der zu erledigenden Aufgaben werden in dieser Legislaturperiode daher noch sein:

- Die Umsetzung der bereits vorliegenden und durch die Beschlüsse der Innenministerkonferenz und der Bundesregierung gebilligten Konzeption zur Optimierung des Krisenmanagements bei großflächigen Gefahrenlagen;
- die Neuordnung bzw. Aktualisierung der Fachdienste des erweiterten Katastrophenschutzes in Zusammenarbeit mit allen Hilfsorganisationen;
- die Überarbeitung bzw. Änderung der bestehenden Verwaltungsvorschriften zum Katastrophenschutz-Gesetz im Hinblick auf den Entwurf zum Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz. Die Arbeiten hierzu haben im BMI begonnen.
- Eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr und insbesondere im Hinblick auf das immer größer werdende Problem des Transports gefährlicher Güter.“

Gefahrstoff-Schnellauskunft

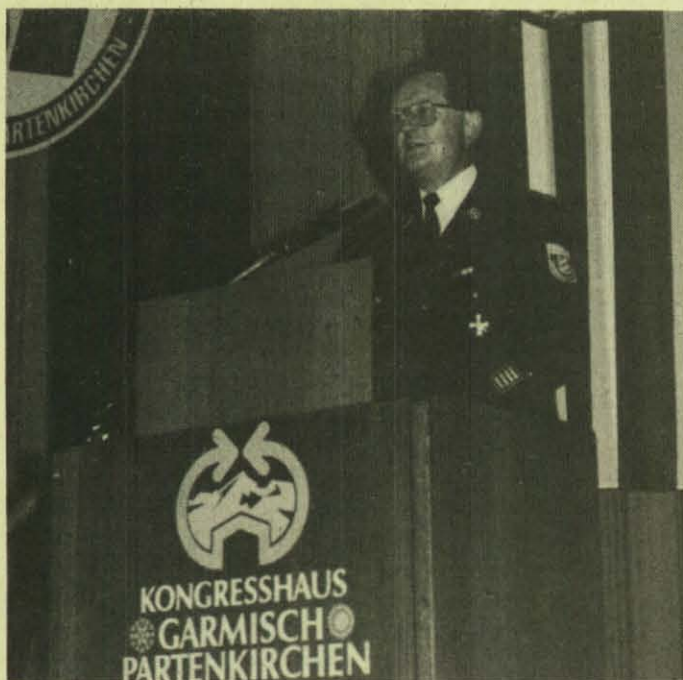
Anläßlich der Delegiertenversammlung teilte Staatssekretär Gröbl mit, daß die Gefahrstoff-Schnellauskunft (unter INFUCHS bekanntgeworden), eine auf Datenverarbeitung gestützte Stoffdatenbank im Geschäftsbereich des Bundesumweltministers, nach der

Erprobung im Pilotbetrieb nur am 1. Dezember 1989 beim Umweltbundesamt in Berlin ihren Dauerbetrieb aufnehmen wird. Damit bestätigte der Staatssekretär die Besprechungsergebnisse zwischen dem Deutschen Feuerwehrverband und seinem Ministerium, die letztlich dazu führten, daß man aus einer längeren Zeit der Planung und des Erprobens nun endlich zur realen Nutzung durch die Feuerwehren kommt.

Wörtlich sagte der Staatssekretär hierzu: „Ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, daß am 1. Dezember 1989 der Dauerbetrieb der Gefahrstoff-schnellauskunft für umweltgefährdende Stoffe aufgenommen wird. Der schrittweise Ausbau dieser Datenbank – stofflich, inhaltlich sowie technisch – ist vorgesehen und dies in enger Zusammenarbeit mit allen potentiellen Nutzergruppen und vor allem den Behörden, die über relevante Kompetenz und Informationen verfügen.“

Allen Teilnehmern am Pilotbetrieb und hier insbesondere der Feuerwehr möchte ich für die vielen Anregungen und die intensive Mitarbeit in den begleitenden Arbeitsgruppen meinen herzlichen Dank aussprechen. Ohne diese Begleitgremien wäre die Realisierung des Dauerbetriebes mit der dadurch ermöglichten Annäherung an den Bedarf der Nutzer nicht möglich gewesen, zumindest nicht so weit fortgeschritten.

Diese Entwicklung ist nicht nur erfreulich, sie ist vor allem notwendig. Es liegt selbst für einen Laien auf der Hand, daß die Feuerwehren in der Bundesrepublik bei der Brandbekämpfung, bei Störfalleinsätzen, bei denen umweltgefährdende Stoffe freigesetzt werden, oder bei einschlägigen Transportunfällen möglichst schnell Informationen über Gefahrstoffe benötigen. Bei solchen Anforderungen an effektiven Zivilschutz und Umweltschutz gilt es



Der Geschäftsführende Sprecher der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns, Waldemar Ehm, zeigte sich erfreut, daß die Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes nach 1960 in Augsburg und 1975 in Bayerisch Gmain zum dritten Mal in Bayern durchgeführt wurde.



pragmatisch vorzugehen, d. h., ein von der Sache gebotenes einheitliches System einer Gefahrstoff-schnellauskunft möglichst schnell zu entwickeln. Fachliche Koordinierungsschwierigkeiten sowie verfassungs- und haushaltsrechtliche Probleme dürfen hier nicht über Gebühr das für richtig erachtete Ziel hindern. Notwendig ist ferner, daß dieses System den unterschiedlichen Nutzerinteressen gerecht wird und diese potentiellen Nutzer auch in die Entwicklung einbezieht. Hier gebührt Ihnen, Herr Präsident Struve, der Sie allen Ansätzen unterschiedliche Wege zu gehen, getrotzt und die Idee eines einheitlichen Systems verteidigt und dafür geworben haben, besondere Anerkennung.

Wegen der verfassungsrechtlichen Vorgabe, nämlich der alleinigen Zuständigkeit der Bundesländer für den zivilen Katastrophenschutz, ist der Aufbau einer Gefahrstoff-Schnellauskunft mit einer Vielzahl rechtlicher Fragen behaftet, die es sensibel zu lösen gilt. Gleiches gilt auch für die beim Ausbau der GSA zu leistenden Koordinationsarbeiten. Wie Sie wissen, sind Projekte und Angebote an Stoffdatenbanken in Bund und Ländern gestiegen.

Ich erwähne hier einmal die bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) konzipierte Gefahrgut-Datenbank, die jetzt zügig ausgebaut wird. Ihr Schwerpunkt liegt in der Verbindung von stoffspezifischen Daten über gefährliche Eigenschaften und den sich daraus ergebenden Anforderungen an den Bau, die Prüfung, die Ausrüstung, die Zulassung, die Kennzeichnung und den Betrieb von Gefahrgutumschließungen. Sie soll zu einem allgemeinen Kontroll- und Überwachungsinstrument für den Bereich des Gefahrguttransports ausgebaut werden. Wir stehen mit den beteiligten Ressorts in engem Kontakt, um zu einer Integration dieser Stoffdatenbank in

die Gefahrstoff-schnellauskunft zu gelangen.

Der Bundesminister für Verkehr erwägt jetzt, die Gefahrgut-Transport-Datenmaske bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung zu realisieren und im Anschluß daran diese Datenmaske zu erproben. Das Umweltbundesamt hat sich hierzu angeboten, bereits im Frühjahr 1990 diese Erprobung vorzunehmen.

Für eine dezentrale Eingabe und Nutzung von Stoffinformationen fördern wir als Prototypen PC-Entwicklungen für die Stoffdateneingabe und für die Erprobung der Nutzung. Dabei hat sich gezeigt, daß das Projekt RESY, das dv-gestützte Rufbereitschafts- und Entscheidungshilfesystem, das in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesverkehrsminister und den norddeutschen Küstenländern entwickelt wurde und betrieben wird, die Nutzung von Informationen über umweltgefährdende Stoff ermöglicht, die aus den Erfahrungen bei der Bekämpfung von großflächigen Ölverschmutzungen des Meeres und der Wasserstraßen stammen.

Hinweisen möchte ich ferner noch darauf, daß eine enge Abstimmung zwischen der Gefahrstoff-schnellauskunft und dem in letzter Zeit besonders lebhaft diskutierten Projekt „Informations- und Kommunikationssystem gefährliche Stoffe“ – kurz IGS –, entwickelt im Auftrage des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, durch die Firma Nixdorf sichergestellt ist. So erfaßt z. B. die Firma Nixdorf die uns von der chemischen Industrie zur Verfügung gestellten Sicherheitsdatenblätter zur Einspeicherung in das System INFUCHS und damit auch in die Gefahrstoff-schnellauskunft, in das IGS und die Gefahrstoffdatenbank der Länder. Ich hoffe zuversichtlich, daß es hier zu keinen unabgestimmten und kost-

spieligen Auseinanderentwicklungen kommen wird.

Sie mögen hieraus erkennen, Schwerpunkte für den weiteren Ausbau der Gefahrstoff-schnellauskunft sind reichlich vorhanden. Dies betrifft auch die Sie besonders interessierende Frage des Zugriffs „rund um die Uhr“. Es versteht sich von selbst, daß gerade Feuerwehr und Polizei zu jeder Tages- und Nachtzeit Zugriff auf die vorhandenen Informationen haben müssen. Es liegt daher auch nahe, die Einrichtung eines entsprechenden Bereitschafts- und Auskunftsdienstes anzustreben. Hier sind Bund und Länder gefordert. Vorerst sind wir sehr dankbar für das Angebot der Feuerwehr und Polizei, in ihrem Bereich sog. dezentrale fachliche „help desks“ einzurichten, um mit eigenen Beiträgen zu helfen.

Auch wenn hier ab Dezember noch kein perfektes Datensystem zur Verfügung stehen wird, der notwendige Grundstock ist gelegt. Ab Dezember wird auf etwa 2500 Stoffe aus den aktuellen Hommel-Daten, aus der Europäischen Stoffdatenbank ECDIN sowie auf von der Feuerwehr aufbereiteten Daten zurückgegriffen werden können, zusätzlich und parallel auf die gesamte Gefahrstoff-Datenbank von ECDIN mit ca. 5300 Stoffen.

Die vorerwähnten Daten werden unter der neuen, d. h. der weiterentwickelten Feuerwehr-Daten-Maske angeboten. Dies ist sicherlich erfreulich, auch wenn derzeit noch nicht alle in dieser Daten-Maske enthaltenen Felder

vollständig durch Stoffinformation abgedeckt werden können.

Nach all den vielen technischen Programmen möchte ich betonen, daß wir dies alles machen, um Sie in Ihrer aufopferungsvollen und anerkennungswürdigen Arbeit für den Umweltschutz zu unterstützen. Deshalb ist es mir ein Bedürfnis, den Menschen, die diese Technik nutzend anderen Menschen und der Umwelt mit Herz und Verstand in Notsituationen helfen, für diese gute Tat auch ein herzliches Vergelt's Gott im Namen der Bundesregierung zu sagen.“

Wie geht es mit der Auskunftsmöglichkeit weiter? Es wird angestrebt, daß diese Datenbank in ein bis zwei Jahren auch in einer PC-Version zur Verfügung steht, wodurch eine bundesweite breitgefächerte dezentrale Nutzung möglich wird. Bis dieses einmal soweit ist, bietet der Zentralrechner beim UBA in Berlin eine Anschlußmöglichkeit u. a. für rd. 40 Feuerwehranschlüsse von Feuerwehren, wo entsprechend technisch ausgestattete Computer vorhanden sind. Die Anzahl der Anschlüsse wurde zwischen den Ländern aufgeteilt. Die noch zu benennenden Feuerwehren stehen dann den übrigen Feuerwehren als „Zwischenstation“ für Auskünfte zur Verfügung und übernehmen die Datenvermittlung zwischen dem Zentralrechner in Berlin und der um Auskunft bittenden Feuerwehr im Lande, wo z. B. durch Einsätze mit Gefahrgut Auskunft notwendig ist. Diese Details sind Bestandteil

An dieser Stelle kann der geplante bundesweite Hinweis zur Nutzung der Gefahrstoff-Datenbank noch nicht veröffentlicht werden, da dem DFV die hierfür notwendigen konkreten Unterlagen noch fehlten. Der Unterausschuß „Feuerwehrangelegenheiten“ der

Länder legte in seiner Tagung am 14. 11. 1989 hierzu fest, daß die Innenminister die für das jeweilige Land künftig geltende Regelung per Erlaß den nachgeordneten Stellen und damit auch den Feuerwehren in Kürze mitteilen werden.



der von den Ländern noch herauszugebenden Erlasse.

Der Deutsche Feuerwehrverband wird im Interesse aller Feuerwehren, die seit Jahren auf Informationshilfe durch die Gefahrstoff-Datenbank warten, sich weiterhin dafür einsetzen, daß die zur vollständigen Realisierung und Nutzung der Gefahrstoff-Datenbank noch notwendigen Gespräche zwischen dem Bundesumweltministerium und den Innenministerien der Länder nicht ins Stocken geraten.

Einflußnahme auf europäische Normung

Große Beachtung fand die Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Edmund Stoiber, der neben Ausführungen zur Struktur der bayerischen Feuerwehren u. a. ausführte: „Der Brandschutz und vor allem die Brandschutztechnik haben heute eine Dimension erreicht, die längst über die Grenzen einer Gemeinde und sogar der Länder hinausgeht. Ich denke hier an die Öffnung des europäischen Binnenmarktes, die mit Sicherheit Auswirkungen auf die Ausrüstung der Feuerwehren haben wird.

In diesem Zusammenhang sei die europäische Normung der Feuerwehrausrüstung genannt, auf die wir in besonderer Weise Einfluß nehmen müssen. Denn die europäische Normung, die ich grundsätzlich begrüße, darf auf keinen Fall zu Lasten des erreichten hohen technischen Standards unserer Feuerwehren gehen. Um dies zu verhindern, müssen wir in den zuständigen Normungsgremien aktiv mitwirken.

Ich unterstütze deshalb nachdrücklich die Bemühungen des Normenausschusses für das Feuerwehrwesen beim Deutschen Institut für Normung mit dem Ziel der Übertragung der europäischen Normungsarbeit für Löschfahrzeuge, Drehleitern und Feuerlöschkreislumpen. Wir sind

selbstverständlich auch bereit, einen Beitrag zu den Kosten für die hierfür einzurichtenden Sekretariate zu leisten.

Wir haben in der Tat natürlich einen unterschiedlichen Ausbildungs- und Ausrüstungsstandard, vor allen Dingen in der Europäischen Gemeinschaft. Wenn ich mal die Diskrepanz zwischen England und der Bundesrepublik erwähnen darf, dann sind wir in vielen Dingen technisch weiter. Aber wenn nun Normen, die uns in den vergangenen Jahren hervorragende Gerätschaft gebracht haben, nicht mehr verwendet werden können, weil die europäische Normung uns da Schwierigkeiten macht, dann wäre hier insoweit die europäische Integration ein Rückschritt für die Arbeit der Feuerwehren und für die Sicherheit unserer Bevölkerung, und das darf nicht eintreten und deswegen müssen wir hier frühzeitig die Weichen stellen. Wir haben in den letzten 20, 30 Jahren doch so manche Entwicklung nicht rechtzeitig in der Weise beeinflusst, wie es in Europa notwendig gewesen wäre. Andernfalls hätten wir manche Schwierigkeiten nicht gehabt, die wir heute haben; das heißt, wir müssen hier ganz besonders aufpassen, und ich möchte Ihnen hier zusichern, daß ich im Rahmen meiner Möglichkeiten alles tun werde, daß sich die Situation so entwickelt, wie Sie sich das vorstellen.

An die Feuerwehren werden heute ganz andere Anforderungen als früher gestellt. Schon lange stehen die Brandeinsätze nicht mehr im Vordergrund. 1988 standen z. B. in Bayern rund 17 000 Brandeinsätze über 60 000 technische Hilfeleistungen gegenüber.

Die Feuerwehren werden nicht nur zu Verkehrsunfällen gerufen, um eingeschlossene Personen zu bergen oder Ölspuren auf der Fahrbahn sowie Verkehrshindernisse zu beseitigen. Sie werden

alarmiert, wenn es darum geht, verseuchtes Erdreich abzutragen oder verschmutztes Grundwasser abzusaugen und wegzupumpen. Sie leisten hiermit einen erheblichen Beitrag zum Umweltschutz.

Zunehmende Bedeutung erlangt die Bekämpfung von Chemieunfällen. Durch den Transport gefährlicher Güter auf der Straße, auf der Schiene und auf dem Wasser steigen selbstverständlich auch die Gefahren, die von gefährlichen Stoffen ausgehen. Auch die wachsenden Gefahren in den Chemiebetrieben dürfen keineswegs unterschätzt werden.

Die Ausrüstung der Feuerwehren muß diesen neuen Herausforderungen angepaßt werden. Der Freistaat Bayern hat deswegen große Anstrengungen unternommen, um Ausbildung und Ausrüstung der bayerischen Feuerwehren für die Bekämpfung von Chemieunfällen zu verbessern. 40 Gerätewagen-Gefahrgut werden beschafft und landesweit stationiert.

Es genügt aber nicht, die Feuerwehren für Chemieunfälle besonders auszurüsten und auszubilden. Für die Einsatzkräfte ist es wichtig, sehr schnell Informationen über den zu bekämpfenden gefährlichen Stoff zu erhalten. Es ist deshalb dringend notwendig, daß schnellstmöglich ein funktionierendes bis an die Basis reichendes Schnellauskunftssystem über gefährliche Stoffe zur Verfügung steht.

Unsere Bevölkerung ist sehr sensibel und kritikfreudig geworden, was den Umweltschutz angeht, aber das reicht nicht. Wir können die Gefahren des Lebens und einer modernen Industriegesellschaft nicht ausschließen. Wir brauchen deshalb bei entsprechenden Unfällen Leute, die nicht nur vom Sessel aus das Unglück beklagen, sondern die mit genügend Fachwissen eingreifen und versuchen Gefahrensituationen zu meistern.“

Europäischer Binnenmarkt

Die Aussagen Dr. Stoibers führten zwischenzeitlich zu einer schnellen politischen Erklärung aller Innenminister der Bundesländer. Auf Vorschlag Bayerns beschloß die Innenministerkonferenz zum EG-Binnenmarkt und zur europäischen Normung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten:

„1. Die Innenministerkonferenz stellt fest, daß es durch den Europäischen Binnenmarkt bei der Ausrüstung der deutschen Feuerwehren zu keinen Qualitäts- und Sicherheitseinbußen kommen darf.

2. Die Innenministerkonferenz bittet deshalb den Bundesminister für Wirtschaft, darauf hinzuwirken, daß der hohe Standard der deutschen Feuerwehrausrüstung erhalten bleibt. Hierzu ist es vor allem erforderlich, daß durch das Deutsche Institut für Normung unsere nationalen Interessen in den europäischen Normungsgremien (Europäisches Komitee für Normung – CEN und Europäisches Komitee für elektronische Normung – CENELEC) mit Nachdruck vertreten werden.

3. Die Innenministerkonferenz beauftragt den AK V, im Benehmen mit dem Deutschen Institut für Normung die näheren Einzelheiten über die Finanzierung der anstehenden Normungsvorhaben zu klären und der Innenministerkonferenz hierüber baldmöglichst zu berichten. In diesem Zusammenhang ist vor allem auch zu prüfen, in welchem Umfang sich die freie Wirtschaft, der Verband der Sachversicherer und der Bund an diesen Kosten beteiligen. Als vordringlich wird die europäische Normung von Feuerlöschkreislumpen, Löschfahrzeugen und Drehleitern, für die der Sachnormenausschuß 'Feuerwehrwesen' im Deutschen Institut für Normung sogenannte Sekretariate übernehmen soll, angesehen.“

Zum Jahreswechsel

Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel grüße ich alle Mitglieder der Feuerwehren und ihre Familien herzlich. Ich wünsche Ihnen ruhige und besinnliche Festtage.

Mit dem Jahreswechsel treten wir in das letzte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. Viele Fragen nach der Zukunft drängen sich uns auf und wir versuchen, eine Antwort darauf zu finden.

Doch lassen Sie mich zuerst einen Rückblick auf das vergangene Jahr halten. Im Jahre 1989 bestand die Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre. Dieses war auch für den Deutschen Feuerwehrverband ein Anlaß, seine Veranstaltungen in Zusammenhang mit diesem Ereignis zu stellen. Die Feuerwehren haben beim Wiederaufbau unserer Bundesrepublik entscheidend mitgewirkt.

Gerade in den ersten Nachkriegsjahren waren sie es, die sich für den Mitbürger engagierten und zur Festigung der Gemeinschaft in den Dörfern und Städten beitrugen. Schon frühzeitig suchten die Feuerwehren Kontakte zu Feuerwehren in anderen Ländern, um damit zur Völkerverständigung beizutragen und Ressentiments abzubauen zu helfen.

Im Frühjahr fand mit Unterstützung des DFV eine Ostsee-„Florians“-Fahrt statt. Es wurden die Feuerwehren der Ostseeländer Schweden, Finnland, UdSSR, Polen und DDR besucht. Überall kam es zum regem und freundschaftlichem Gedankenaustausch. Diese Fahrt, die der Verständigung dienen sollte, wurde ein voller Erfolg und hat schon viele Begegnungen nach sich gezogen.

Die Internationalen Feuerwehrwettkämpfe des CTIF und das Symposium fanden in Warschau statt. Obwohl man sich Mühe gegeben hatte, ließen die Begleitumstände zu wünschen übrig. Hierunter hatten besonders die Wettkampfgruppen zu leiden. Um so mehr gilt unseren teilnehmenden Mannschaften mein Dank und meine Anerkennung für die erbrachte Leistung.

In der Delegiertenversammlung des CTIF wurde, da der bisherige Präsident Colonel Dollinger nicht wieder kandidierte, Direktor Gunnar Harum, Kopenhagen/Dänemark, zum Präsidenten des CTIF gewählt.

Anlässlich des Deutschen Jugendfeuerwehrtages in Lauf/Bayern wurde Bundesjugendleiter Kroboth für weitere vier Jahre gewählt. In verschiedenen Arbeitskreisen wurden Programme für die Jugendarbeit der kommenden Jahre entwickelt. Mit den Deutschen Jugendfeuerwehr-Wettkämpfen wurde der Deutsche Jugendfeuerwehrtag abgeschlossen.



Die bundeseinheitliche Brandschutzwoche wurde durch den DFV zusammen mit dem Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen in einer Großveranstaltung in Wuppertal eröffnet. Das Motto: „Deine Feuerwehr hilft – komm hilf mit“ sollte der Bevölkerung verdeutlichen, daß sie sich uneingeschränkt auf die Hilfe der Feuerwehr verlassen kann, daß andererseits aber auch wir die Mitarbeit und das Mitwirken der Bevölkerung brauchen, um unsere Aufgaben erfüllen zu können.

Mit Unterstützung durch die Feuerwehr Bonn und den angrenzenden Kreisen aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wurde die Veranstaltung

in der Rheinaue „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführt. Leider fiel diese Veranstaltung buchstäblich „ins Wasser“. Durch den lang anhaltenden Regen kamen kaum Besucher. Es war schade, daß dadurch das Engagement der über 500 Feuerwehrmitglieder kaum Beachtung fand.

Die Delegiertenversammlung des DFV in Garmisch-Partenkirchen fand unter großer Beteiligung von Gästen aus Politik und Wirtschaft statt. Die einzelnen Beiträge gaben sowohl einen Rückblick auf die vergangenen Jahre seit der Wiedergründung des DFV als auch

einen Ausblick in die kommende Zeit ab.

Die 90er Jahre werden auch für die Feuerwehren Probleme mit sich bringen. Die Finanzen der Kommunen werden durch zusätzliche Aufgaben immer begrenzter. 1993 wird der europäische Binnenmarkt verwirklicht. Die Normungen dürfen kein Handelshindernis mehr darstellen, d. h., daß auch nach anderen Normungen und Sicherheitsvorschriften gefertigte Produkte auf unseren Markt kommen. Wie wird sich dieses auf die Ausrüstung und Ausstattung der Feuerwehren auswirken? Bauvorschriften und Unfallverhütungsvorschriften können durch die Harmonisierung Änderungen erfahren. Die freie

Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der EG kann im Hinblick auf den Beamtenstatus neue Überlegungen aufwerfen.

Doch das Nächstliegende ist der 26. Deutsche Feuerwehrtag vom 14. bis 19. Juni 1990 in Friedrichshafen. Diese alle zehn Jahre stattfindende Veranstaltung bedingt viele organisatorische Vorbereitungen, die von den entsprechenden Gremien bereits in Angriff genommen wurden.

Aber auch Sie, liebe Kameradinnen und Kameraden, können Hilfe geben, indem Sie termingerecht Ihre Anmeldung hereingeben. Die Bedeutung dieser Veranstaltung wird durch die Übernahme der Schirmherrschaft durch Bundespräsident von Weizsäcker besonders hervorgehoben.

Neben Fachtagungen, Tagungen des CTIF, Leistungswettbewerben, Vorführungen und Kundgebungen soll auch genügend Raum für den Besuch der Fachausstellung bleiben. Ich fordere Sie alle auf, mit dazu beizutragen, daß der Deutsche Feuerwehrtag 1990 in Friedrichshafen zu einer herausragenden Veranstaltung der Feuerwehren wird.

Zum Schluß danke ich allen, die aktiv mit uns zusammengearbeitet haben. Besonderer Dank gilt Ihnen, meine Kameradinnen und Kameraden, die Sie in den Wehren bereit sind, sich täglich in die Pflicht nehmen zu lassen, wenn es darum geht, denen zu helfen, die unsere Hilfe benötigen.

Für das Jahr 1990 wünsche ich Ihnen allen Gesundheit, Glück und Erfolg! In unserer Organisation steht der Mensch an erster Stelle. Lassen Sie uns daran auch im kommenden Jahrzehnt festhalten.

Hinrich Struve

Hinrich Struve
Präsident des
Deutschen Feuerwehrverbandes

DLRG-Bundestagung in Frankfurt vom 26. bis 29. 10. 1989

Hans-Joachim Bartholdt für weitere Jahre zum DLRG-Präsidenten gewählt

Präsidialrat: Aus- und Übersiedlern kostenfreie Mitgliedschaft anbieten



Für weitere drei Jahre führt Hans-Joachim Bartholdt die Geschicke der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

Kontinuität in der Verbandspolitik verknüpft mit zukunftsweisenden Entscheidungen: das ist das Resultat der Bundestagung in Frankfurt vom 26. bis 29. Oktober 1989.

Dieses Fazit gilt gleichermaßen für die Beschlüsse wie für die Wahlen zum Präsidium.

Mit überwältigender Mehrheit wurde Hans-Joachim Bartholdt für eine weitere Legislaturperiode zum Präsidenten gewählt. Wiedergewählt wurden auch Vizeprä-

sident Jürgen Illing, der persönlich die Bundestagung organisiert hatte, und Bernd Schäfer als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit. Neu besetzt wurde die zweite Vizepräsidentenposition mit Hans-Joachim Sperling. Dr. Klaus Wilkens wechselte vom Technischen Leiter (TL) zum Schatzmeister; dafür übernahm Volkmar Friemel das Amt des TL. Mit Dr. Peter Pietsch (Arzt) und Dr. Friedrich Wilhelm von Detten (Justitiar) komplettierten zwei weitere „Neulinge“ das Präsidium.

Die Delegierten wählten mit Susanne Mey als stellvertretende

Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit und Astrid Löber, stellvertretende Justitiarin, zwei Frauen in das Präsidium.

Umfangreiche Beschlüßvorlagen

Die 135 Delegierten entschieden in den zwei Tagen über eine Vielzahl von Beschlüßvorlagen und Anträgen: So wurde der DLRG-Haushalt nach eingehender Beratung an den Präsidialrat überwiesen. Einer Erhöhung des Mindestbeitrages um einen verbesserten Anteil für das Präsidium schlossen sich die Delegierten nicht an. Auch der Antrag, den Mindestbeitrag in einen Regelbeitrag umzuwandeln, fand keine Zustimmung.

Die Bundestagung beriet über 26 Anträge auf Satzungsänderung, wovon die meisten nach Beratung mit redaktionellen oder geringfügigen inhaltlichen Korrekturen mit der erforderlichen Zweidrit-

telmehrheit von der Versammlung angenommen wurden.

Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten für den Antrag Westfalens, bei Zeitehrungen von Mitgliedern auf Urkunden und Anstecknadeln das Traditionselement anstelle des stilisierten Adlers wieder einzuführen.

Bei zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen nahm die Bundestagung die Absicht des Präsidiums, ein neues DLRG-Magazin als Nachfolger des Zentralorgans „Der Lebensretter“ einzuführen, befürwortend zur Kenntnis. Sie begrüßte das Rahmenkonzept, das den Teilnehmern in Form einer 0-Nummer vorlag und beauftragte Präsidium und Präsidialrat, in diesem Sinne tätig zu werden.

Gutachten 2000

Nach dem Willen der Bundestagung soll bei der Bundesgeschäftsstelle ein Zentralarchiv



Letztmalig trat das Präsidium in Frankfurt in „alter“ Besetzung zusammen.



Dr. Klaus Wilkens erläutert der Vollversammlung die komplizierte Haushaltsplanung.

eingerichtet werden, das von einer Fachkraft betreut wird. Dazu soll auf Antrag Niedersachsens ein Geschichtsprojekt zur Aufarbeitung der Verbandsgeschichte (aus AB-Mitteln) beantragt werden.

Mit inhaltlichen Änderungen angenommen wurde ein Antrag des LV Bayern, ein Gutachten zum Thema „DLRG 2000“ in Auftrag zu geben. Über die Auftragsvergabe soll der Präsidialrat entscheiden.

Mit der Zukunft der Lebensrettungs-Gesellschaft im Jahr 2000 soll sich im Rahmen der Rescue '90 ein Arbeitskreis befassen. Die Delegierten sprachen sich zudem für die Einrichtung eines Kuratoriums aus.

Neue Ehrenmitglieder gewählt

Seit der Bundestagung hat die DLRG fünf neue Ehrenmitglieder. Neben Günter Puff und Harald Kracht wurden Prof. Dr. Konrad Gelzer, Dr. Eitel-Friedrich Gülsdorf und Willy Hickstein für ihre Verdienste mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet.



Staatssekretär Carl-Dieter Spranger

Die Technischen Leiter der Landesverbände und die Fachreferenten der Technischen Leitung überreichten dem ausscheidenden langjährigen Leiter, Dr. Klaus Wilkens, einen Ehrenring.

Bei der Integration helfen

DLRG-Gliederungen sollen künftig Aus- und Übersiedlern, zunächst begrenzt auf ein Jahr, die kostenfreie Mitgliedschaft in der Ortsgruppe anbieten. Diese Empfehlung sprach der Präsidialrat aus, der im Rahmen der Bundestagung zusammentraf. Damit soll den vielen Tausend Neubürgern, die in den letzten Monaten in die Bundesrepublik gekommen sind, darunter viele junge Menschen, der Neubeginn erleichtert werden. Die DLRG setzt somit als einer der ersten Spitzenverbände eine Forderung von DSB-Präsi-



Staatsminister Karl-Heinz Trageser.

dent Hans Hansen um, der die angeschlossenen Vereine und Verbände um schnelle Hilfe anrief.

Künftig werden Bezirke, die noch in Ortsgruppen untergliedert sind, nicht mit eigenen zusammengesetzten Mannschaften an den Deutschen Meisterschaften im Rettungsschwimmen teilnehmen. Diese Korrektur im Regelwerk beschloß der Präsidialrat, weil darin eine Wettbewerbsverzerrung zu sehen ist. Bezirke, die keine Ortsgruppen haben, sind wie bisher mit Bezirksmannschaften startberechtigt.

Ein klares Votum zur Einheit in Vielfalt

Vor 135 Delegierten und 50 Ehrengästen gab DLRG-Präsident Hans-Joachim Bartholdt in seiner



135 Delegierte aus 14 Landesverbänden bestimmten die „Marschroute“ der nächsten drei Jahre.

Ansprache eine Standortbestimmung der DLRG am Ende der 80er Jahre. Mehr Freizeit und der Boom im Wassersport stelle den Sport allgemein und die DLRG vor neue Herausforderungen. Die DLRG wolle ihren guten Namen

erster Stelle, hat jedoch auch künftig einen hohen Stellenwert“, definierte der Präsident die Rolle des Leistungssports in der DLRG. Angesichts der Vielzahl zu lösender Aufgaben appellierte er an die Solidarität aller, „um mit Mut



„Klasse statt Masse“: Rainer Borgelt und Prof. Günter Willmann bildeten das Tagungspräsidium.

bei der Bewältigung dieser Aufgaben einbringen, versprach H.-J. Bartholdt.

Das sportliche Wettkampfwesen ist eine logische Folge des Rettungssportes: zwar stehe „der Leistungssport bei uns nicht an

und Kraft neue Wege zu beschreiten“.

Carl-Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, überbrachte der Bundestagung die Grüße von Dr. Wolfgang



Zahlreiche Ehrengäste wohnten der Eröffnungsveranstaltung bei.



DSB-Präsident Hans Hansen.

Schäuble. In seiner Rede erinnerte der Staatssekretär daran, daß fast 300 000 Menschen seit 1913 den Helfern ihr Leben verdanken, die DLRG habe durch breit angelegte Aus- und Fortbildung zur Verminderung der Unfallgefahren am und im Wasser beigetragen. „Im übrigen ist es der DLRG mitzuverdanken, daß in den Schulen der Schwimmunterricht zum festen Bestandteil nahezu jeden Sportunterrichts geworden sei. Auch der leistungsorientierte Rettungssport als wesentlicher Bestandteil der DLRG-Arbeit hat ein hohes Niveau“, hob Carl-Dieter Spranger zwei wesentliche Arbeitsfelder der humanitären Organisation hervor.

In einer Zeit, die von Anspruchs- und Versorgungsmentalität und übersteigertem Individualismus gekennzeichnet sei, „stehe die DLRG gegen derartige Strömungen des Zeitgeistes“.

Er appellierte an die Versammlung, daß gerade Vereine und Institutionen wie die DLRG einen wertvollen Beitrag dazu leisten könnten, daß Aus- und Übersiedler in ihrer neuen Heimat Fuß fassen können.

Den gleichen Appell richtete der Präsident des Deutschen Sportbundes Hans Hansen an die Teilnehmer, mahnte aber auch an, daß „wir mit dem Schicksal dieser neuen Mitbürger keine politische Agitation betreiben“.

Hans Hansen hob besonders das große Engagement der DLRG im Breitensport hervor. Er bezeichnete die „Rescue '90 als große Chance, Wert und Bedeutung der DLRG-Arbeit zu demonstrieren“.

Besorgt zeigte sich der DSB-Präsident über die Intoleranz gegenüber Kindern, die in ihrem natürlichen Bewegungsdrang als vitalem kindlichem Bedürfnis durch Verbote und Beschränkungen gehindert würden. Hier müsse sofort gehandelt werden.

Zum Verhältnis von Sport und Umwelt begrüßte Hansen die Entschlossenheit des Bundesinnenministers, die gegenwärtige Unsicherheit durch gesetzliche Regelungen und Rechtsverordnungen zu beseitigen.

Dies sei auch im Interesse des Sports. In diesem Zusammenhang stellte er fest, „daß die DLRG schon zu einem Zeitpunkt Um-

weltschutz betrieb, als dieses Wort noch nicht im Duden stand“.

Der hessische Sozialminister Karl-Heinz Trageser überbrachte die Grüße von Ministerpräsident Walter Wallmann. In seiner Ansprache hob er das gute Verhältnis zwischen Landesregierung und DLRG hervor. Sein Ministerium habe allein 1989 die wichtige Arbeit des Landesverbandes mit 115 000 DM unterstützt, nicht eingerechnet die erheblichen Zuwendungen für den Katastrophenschutz durch das Innenministerium. „Die hessische Landesförderung“, so Staatsminister Trageser, „nimmt damit eine Spitzen-

stellung ein“ und wünschte, „daß auch andere Bundesländer die DLRG stärker als bisher bei der Bewältigung ihrer wichtigen Aufgaben unterstützen“.

In seiner Grußadresse zeigte sich LV-Präsident Günter Walter sehr zufrieden mit dem sehr guten Verhältnis zur hessischen Regierung und sprach Karl-Heinz Trageser und Innenminister Dr. Milde seinen Dank aus.

Für die Stadt Frankfurt begrüßte Stadtrat Armin Kleist und für den DLRG-Bezirk Frankfurt dessen Vorsitzender Horst W. Maier die Delegierten.



Die Techniker verabschieden nach 15 Jahren ihren „Boss“ Dr. Klaus Wilkens.

So hat die Bundestagung gewählt:

Das neue Präsidium

Präsidium

Präsident:	Hans-Joachim Bartholdt,	(Wiederwahl)
Vizepräsident:	Jürgen Illing,	(Wiederwahl)
Vizepräsident:	Hans-Joachim Sperling,	(Neuwahl)
Schatzmeister:	Dr. Klaus Wilkens,	(Neuwahl)
Techn. Leiter:	Volkmar Friemel,	(Neuwahl)
Arzt:	Dr. Peter Pietsch,	(Neuwahl)
Justitiar:	Dr. Fr.-Wilh. von Detten,	(Neuwahl)
LdÖ:	Bernd Schäfer,	(Wiederwahl)

Stellvertreter im Präsidium

TL:	Wilfried Wieneke,	(Wiederwahl)
TL:	Hartwig Wiest,	(Neuwahl)
Schatzmeister:	Walter Beuchel,	(Neuwahl)
Arzt:	Dr. Ulrich Jost,	(Neuwahl)
Justitiarin:	Astrid Löber,	(Neuwahl)
LdÖ:	Susanne Mey,	(Neuwahl)



Präsident Bartholdt mit den neuen Ehrenmitgliedern: Prof. Dr. K. Gelzer, G. Puff, E. F. Gülsdorff, H. Kracht (v.l.n.r.). Es fehlt W. Hickstein.

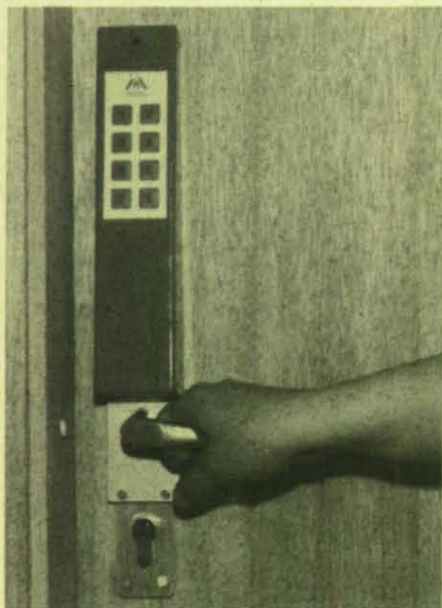
Sicherung von Notausgängen

Notausgänge dürfen nicht verschlossen sein, sondern müssen sich von innen ohne fremde Hilfe leicht öffnen lassen. Dies gebietet nicht nur der gesunde Menschenverstand, sondern auch die Arbeitsstättenverordnung und die Unfallverhütungsvorschriften.

Ein TÜV-geprüftes System löst bei Mißbrauch oder bei Benutzung im Notfall Alarm aus, sobald die Türklinke gedrückt wird. Befugte Personen können die Türe aber ohne Alarmauslösung öffnen, indem sie entweder den Schlüssel benutzen oder eine programmierbare, 4-stellige Kombination eintippen.

Die Sicherung kann auf jedem Türblatt bzw. an jeder Türklinke mit wenigen Handgriffen montiert werden. Über eine Leuchtdiode läßt sich kontrollieren, ob die etwa ein Jahr haltende handelsübliche 9-V-Batterie ausgetauscht werden muß. Das System weist noch eine Reihe anderer Merkmale auf, die nur in Stichworten genannt werden: Sabotage- bzw. Manipulationsschutz, Alarmweiterleitung, Energiefremdversorgung, einstellbare Alarmfrequenz und Stummschaltzeit (zur Überwachung, daß die Türe auch geschlossen wird).

(Foto: düperthal)



Universell einsetzbar

Flüssigkeits-Faltbehälter aus beidseitig beschichtetem Gewebe sind geschlossene, fle-

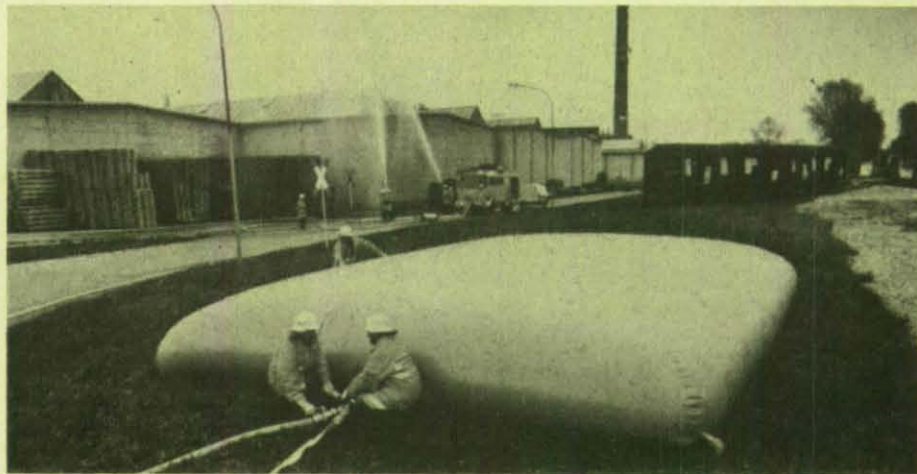
xible Behälter für den mobilen Einsatz in Industrie und Gewerbe, bei Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie im kommunalen Bereich zur schnellen Bereitstellung von Lagerkapazitäten für flüssige Produkte.

Die in verschiedenen Größen bis zu einem Fassungsvermögen von 150 Kubikmeter erhältlichen Faltbehälter sind kompakt, leicht und einfach zu handhaben. Wichtigstes Merkmal ist die wendelförmig geschweißte Hülle. Diese Art der Herstel-

lung stellt sicher, daß die Schweißnähte nicht in den hochbelasteten Zonen liegen.

Die Faltbehälter können mit unterschiedlichen Einrichtungen versehen werden. Serienmäßig sind sie mit Befüll-, Entleerungs- und Entlüftungstutzen ausgestattet. Sie eignen sich als Auffang-, Lager- und Pufferbehälter für zahlreiche flüssige Chemikalien, Mineralöle, kontaminierte Ab- und Löschwässer sowie für Deponie-Sickerwässer.

(Foto: Stahmer)



Ausbildung per Video

Einsatz hydraulischer Rettungsgeräte
VHS-Spielkassette, 23 Minuten Spielzeit
GMF-Feuerwehrfilm, 6073 Egelsbach

600 000 Verkehrsunfälle mit schweren Sach- und Personenschäden in nur einem Jahr verdeutlichen, wie oft hydraulisches Rettungsgerät zum Einsatz kommen muß. Durch die Vielzahl der zu beachtenden Faktoren gilt gerade für die Personenrettung: Jeder Griff muß sitzen! Ein einziger Fehler kann alle vorangegangenen Rettungsaktionen zunichte machen.

Der Schulungsfilm ist für Feuerwehrleute, die bereits Erfahrung im Umgang mit Rettungsgeräten gesammelt haben, genauso geeignet wie für junge Feuerwehrleute, die im Umgang mit den Geräten noch ungeübt sind. Durch die Methodendiskussion lassen sich eingeschlifene Gewohnheiten korrigieren und die Bedienung der hydraulischen Rettungsgeräte optimieren.

Alle Methoden und Vorgehensweisen werden eingehend unter den Gesichtspunkten der bekannten Sicherheitsregeln und der Einsatzgrundsätze diskutiert. Der Schulungsfilm entstand unter der fachlichen Beratung von Bauoberrat Dipl.-Ing. Bauer, Leiter der Staatlichen Feuerwehrschule Würzburg.

Strahlenschutz
VHS-Videokassette, 22 Minuten Spielzeit
GMF-Feuerwehrfilm, 6073 Egelsbach

Die Schlagworte Atom, Radioaktivität und Strahlung werden oftmals nur mit Kernkraftwerken und Kernwaffen in Verbindung gebracht. Jährlich werden jedoch auf unseren Straßen 36 000 Tonnen radioaktives Material transportiert. Der überwiegende Teil dieser Transporte besteht aus schwachstrahlendem Material für den medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Bereich.

Eine spezielle Strahlenschutzrüstung ist bei den wenigsten Feuerwehren vorhanden. Die nur mit einem Löschfahrzeug ausgerüstete Feuerwehr steht vor der Aufgabe, sich selbst und die Umwelt zu schützen. Der Schulungsfilm Strahlenschutz legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Vorgehensweise einer Feuerwehr ohne spezielle Strahlenschutzrüstung.

Es wird im Detail erklärt, wie und warum bestimmte Sicherheitsregeln unbedingt eingehalten werden müssen. Es wird ebenfalls gezeigt, wie sich möglicherweise kontaminierte Einsatzkräfte bis zum Eintreffen eines Strahlenschutztrupps zu verhalten haben. Somit ist der Schulungsfilm Strahlenschutz eine sinnvolle Ergänzung für den Strahlenschutzlehrgang.

Wolfgang Jendsch

Das Minimagazin

Das Vorbild

Das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF) ist dem ABC-Zug des Katastrophenschutzes zugeordnet und stellt ein Spezialfahrzeug zur Behandlung von Personen, Material und ggf. Gelände dar. Das Fahrzeug ist mit Allradantrieb ausgerüstet.

Im Rahmen des Katastrophenschutzes können weitere Aufgaben wahrgenommen werden: z. B. Feuerlöschen mit Wasser und Schaum, Straßenreinigung bzw. Abstreuen mit Ölbindemittel oder Salz, Trinkwassertransport oder Bergungsarbeiten mit der fahrzeugeigenen Seilwinde.



Ein Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug des ABC-Zuges der Freiwilligen Feuerwehr Rokenhausen/Pfalz: die optische Gestaltung der DMF kann sich im Einzelfall geringfügig unterscheiden (Detailfarbgebung, Beschriftung)

Einige technischen Daten: Zulässiges Gesamtgewicht 13t, Motorleistung 124 kW, Abmessungen ü. a. 1950/2500/2290 (L/B/H), Hydraulikseilwinde 5000 kg (nach vorn) oder 10000 kg (nach hinten), Pritschengröße 5000 x 2350 mm. Ausgeliefert wurde das Fahrzeug auf MAN-Fahrgestell 13-160.

Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeuge des Katastrophenschutzes werden den ABC-Zügen der Feuerwehr, des THW und in Einzelfällen auch den ABC-Einheiten der Sanitätsorganisationen vom Bund zur Verfügung gestellt. Sie sind, wie alle Fahrzeuge des ABC-Zuges, in Reinorange (RAL 2004) lackiert.

Das Modell

Der Bau eines DMF im Maßstab 1:87/HO ist sicher nicht einfach und erfordert ein gewisses Maß an modellbauerischer Erfahrung und Geschick. Wer daneben noch die nötige Geduld

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Vom Vorbild zum Modell

Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF)

aufbringt, erhält jedoch ein interessantes Einsatzfahrzeugmodell, das optisch schon etwas Besonderes darstellt.

Benötigte Grundmodelle: Preiser-Kommunal-Lkw MAN (Art. Nr. 1300: verwendet wird nur das Fahrerhaus einschließlich Fahrgestell), Preiser-TLF (oder TroTLF/RW 2) vom Typ MAN (Art. Nr. 1298 oder 1296/1302: verwendet wird nur die Motorhaube), Roco-Militär-Lkw MAN N 4520 (Art. Nr. 294: verwendet wird nur die Pritsche einschließlich Plane), Preiser-TLF 24/50 (Art. Nr. 1256: verwendet wird nur der hintere Kotflügel) sowie diverse Kleinteile der Firmen Preiser, Roco und Herpa.

Zunächst wird die Motorfront des Lkw-Fahrerhauses (Nr. 1300) gegen die des TLF (Nr. 1298 u. a.) ausgetauscht, so daß sich die verkürzte Version der Truppkabine ergibt. Diese wird laut beigefügter Bauanleitung zusammengesetzt und auf das Fahrgestell des Kommunal-Lkw (Nr. 1300) gesetzt. Dieses wird zudem um ca. 10 mm verlängert (Verlängerungsteil aus diversen Preiser-Bausätzen) und erst dann die hintere Stoßstange montiert. Auf der rechten Seite (in Fahrtrichtung) des Fahrgestells wird der Bezintank gesetzt.

Es erfolgt nun das Anpassen der Lkw-Pritsche (Roco Nr. 294), nachdem zuvor die Kotflügel aus Nr. 1256 geteilt und zwischen Fahrgestell und Pritsche bündig (in bezug auf Pritschenbreite) gesetzt wurden. Ergänzend dazu werden die Tanks, Staufächer und Kanisterhalterungen rechts und links unter die Pritsche plaziert (hier werden Teile der o. g. Firmen verwendet; unsere Vorbild- und Modellfotos lassen genauere Einzelheiten ersichtlich werden).

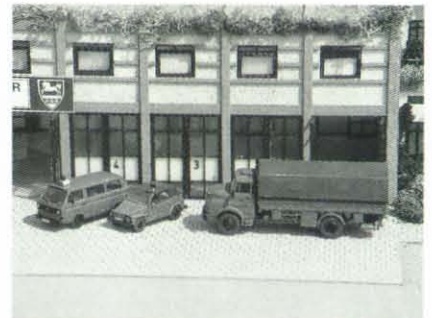
Schwierig ist die Nachbildung der Streuanlage einschließlich Stoßstange und Seilwinde am Heck des Fahrzeugs. Hier muß weitgehend von Hand bzw. mit Hilfe von Einzel- und Ersatzteilen aus der Bastelkiste gearbeitet werden.



Das DMF als Modell im Maßstab 1:87/HO – für den Modellfreund ein interessantes und sicherlich besonderes Einsatzfahrzeug.

Auf weitere Details ist zu achten: Anbringen der Front-Seilwinde an der Stoßstange (aus Teilersten), das Auspuffrohr (siehe Vorbildfoto) wird aus Preiser-Fahrgestellteilen entsprechend gebogen und zwischen Fahrerhaus und Aufbau gesetzt, ebenso eine Stange mit Blaulicht (sie stammt aus dem Bausatz Nr. 1300; verwendet wird jedoch nur ein Blaulicht rechts).

Die Pritschen-Plane des Militär-Lkw (Roco Nr. 294) muß nach Vorbild erhöht, in ihrer Form leicht verändert und mit „Fenster“-Verschlüssen versehen werden. Hierzu nimmt man sehr dünne Folie bzw. Papier (entsprechend zugeschnitten und ggf. naß verformt). „Verzerrungen“ können durch feine Drähte oder Plastik-Streifen dargestellt werden.



Das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF) mit den zwei weiteren, vom Bund bisher ausgelieferten Fahrzeugen des ABC-Zuges: Erkundungs-Kraftwagen (ErkW) VW-Kombi, Erkundungs-Kraftwagen VW 181, DMF auf MAN.

Die Lackierung (nach bekannter Technik) und Beschriftung geschieht entsprechend dem Vorbild: Fahrerhaus, Aufbau ohne Plane, Tanks, Staukästen, Kotflügel und hintere Stoßstange in Reinorange (RAL 2004), Stoßstange vorn Schwarz, Scheibenwischer, Rückspiegel und Auspuffrohr schwarz matt, ebenso die Türgriffe, Streuanlage (Kasten) alu, Blinker und Rückleuchten rot, Scheinwerfer, Gläser der Rückspiegel und Kühlergrill-Beschriftung silbern, Peilstangen-Köpfe weiß. Die Farbe der Plane ist grau-grün (matt) kann jedoch auch dunkelgrau oder beige sein.

Auch die Beschriftung erfolgt nach Vorbild, ebenso das Anbringen der Kfz-Kennzeichen. Hier sind gewisse Variablen möglich. Schriftzüge wie „Katastrophenschutz“, „ABC-Zug“ oder Feuerwehr-Türbeschriftungen liefert die Firma Müller, Siegen.

Eine Chemieranlage auf Rädern



Seit 1981 zählt die Feuerwehr des Dormagener Bayerwerkes den „Hilfszug Chemie“ zu ihrer Ausrüstung. Die in Konstruktion und Funktion weltweit einmalige Fahrzeugkombination kommt bei Schadensfällen mit flüssigen Chemikalien zum Einsatz. Das System ermöglicht es, die Flüssigkeit sowohl aus Behältern als auch vom Boden gefahrlos zu übernehmen und danach zu entsorgen.

Wesentlicher Bestandteil der Fahrzeugkombination ist der Auffangbehälter auf dem Anhänger, dessen Fassungsvermögen mit 21 Kubikmetern dem Inhalt eines üblichen Kesselwagens entspricht. Der Behälter besteht aus einer Metallegierung, die gegen fast alle Chemikalien beständig ist. Aufgeschweißte Halbrohrschlangen ermöglichen das Kühlen oder Erwärmen des Inhalts. Gezogen wird der Anhänger von einem Rüstwagen, der die Stromerzeugung sowie die komplette Meß- und Regeltechnik des Zuges an Bord hat.

Außerhalb des Werkes wird der „Hilfszug Chemie“ vorwiegend im Rahmen des „Transport-Unfall-Information- und Hilfeleistungs-Systems“ (TUIS) der chemischen Industrie eingesetzt. TUIS stellt oftmals die „letzte Rettung“ dar, wenn Einsatzkräfte im Schadensfall nicht genügend Informationen über die betroffene Chemikalie besitzen oder keine geeignete Ausrüstung zur Schadensbegrenzung haben. Ein Beitrag im Innern des Heftes stellt das bewährte System vor.